



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Dr. Hans Schleicher (Amtschef im Wirtschaftsministerium) und KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle bei der jüngsten KPV-Sitzung in München (v. l.). Foto: DK

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Breitband und Landesplanung

Sachstandsberichte zu den Themen Breitbandversorgung sowie Landesentwicklung und Regionalplanung bildeten den Schwerpunkt der jüngsten KPV-Landesvorstands- und Hauptausschusssitzung in München. Hierzu konnte KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle den Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Dr. Hans Schleicher begrüßen.

Schleicher, der zunächst eine kurze Bilanz der Breitbandförderung in Bayern zog, wies darauf hin, dass das im Juli 2008 gestartete Bayerische Breitband-Förderprogramm Ende des Jahres auslaufen wird. In den vergangenen drei Jahren sei viel erreicht worden. Die Bezirksregierungen hätten sich in dieser Frage „sehr bewährt und einen guten Job gemacht“. Knapp 840 Förderbescheide für eine Breitbandinvestition sprächen eine deutliche Sprache.

97 % Versorgungsrate

Rund 100 Millionen Euro stünden insgesamt für die Breitbandförderung zur Verfügung. Davon wurden laut Schleicher bislang 67 Millionen Euro für Förderbescheide bewilligt. Die Versorgungsrate in Bayern sei auf 97 % angestiegen; vor drei

Jahren lag diese noch bei unter 90 %. Dieser Wert gebe allerdings nur die halbe Wahrheit wieder, denn er beziehe sich auf Ende 2010. Zähle man die 700 Förderprojekte dazu, die noch im Bau sind oder im Breitbandatlas der Bundesregierung noch nicht erfasst wurden und berücksichtige man zudem die zahlreichen LTE-Projekte, die derzeit großflächig ausgerollt werden, „so ist de facto eine Abdeckung von 99 % erreicht“.

Nach neuesten Erhebungen seien derzeit von insgesamt 6 Mio. Haushalten in Bayern nur noch etwa 150.000 bis 170.000 unterversorgt. Mit den bisher bewilligten Förderprojekten könnten bis zu 90.000 dieser Haushalte erschlossen werden. Für mindestens 50.000 weitere Haushalte wurde ein zeitnahe LTE-Ausbau angekündigt. Bei rund 150 Gemeinden mit einer Versorgung von weniger als 95 % der Haushalte sei noch keine konkrete Lösung gesichert. Auch diese Gemeinden seien überwiegend gut erschlossen, so dass lediglich 22.000 Haushalte in diesen Problemgemeinden noch nicht breitbandig angeschlossen sind.

Glasfaserausbau

Was den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen angeht, so verwies Schleicher darauf, dass dieser teuer sei und die Geschäftsmodelle schwierig. Die Kosten für einen flächendeckenden Glasfaserausbau in Deutschland würden zwischen 40 und 100 Mrd. Euro geschätzt; bayernweit sei mit 8 bis 20 Mrd. Euro zu rechnen. „In diese Richtung wird es wohl nicht gehen“, meinte der Amtschef, „denn dieses Modell ist als Förderpro-“

Bayerischer Städtetag in Bad Reichenhall:

Wechsel an der Führungsspitze

**OB Dr. Ulrich Maly neuer Vorsitzender
 Tagungsschwerpunkt Klimaschutz**

Die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Bad Reichenhall hat den Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der 51-Jährige Volkswirt war von 1996 bis 2002 Finanzreferent der Stadt Nürnberg. Er ist Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetags. Zum 1. Stellvertreter wurde der bisherige Verbandschef Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger bestimmt. Als 2. Stellvertreter wurde Erster Bürgermeister Michael Sedlmair aus Ismaning im Amt bestätigt. Die Amtszeit der Vorsitzenden läuft bis 2014.

Zum neuen Geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags bestimmte die Vollversammlung Bernd Buckenhofer. Er tritt am 1. Januar 2012 die Nachfolge von Reiner Knäusel an, der Ende Dezember 2011 mit Vollendung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand treten wird.

Ausgewogener Sozialstaat

Wie Ulrich Maly ihn seiner Antrittsrede darlegte, sorgten solide Kommunalfinanzen für einen ausgewogenen Sozialstaat und garantierten den Fortbestand des Sozialstaates: „Bürger neh-

men Staatliches immer zu allererst im Städtischen und im Kommunalen wahr.“ Solide Kommunalfinanzen seien das beste Mittel, um Verdrossenheit gegen Staat, Demokratie und Parteien erst gar nicht entstehen zu lassen. Eine funktionierende Demokratie basiere auf der lokalen Demokratie: „Es ist kein Zufall, dass die Idee der Demokratie in den Städten geboren worden ist.“

Bei den Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich darf laut Maly der Freistaat die kommunale Seite nicht automatisch ins Unrecht setzen, wenn diese mehr Geld fordere. Ein

Kernzentren und Peripherie:

Gerechtigkeit für alle Teilräume?

Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Hanns-Seidel-Stiftung in München

Gerade Bayern ist durch seine kleinräumige Vielfalt charakterisiert. Doch dies betrifft nicht nur Stadt und Land als (vermeintliche) Gegenpole. Selbst innerhalb der Metropolregion München, die als Leuchtturm des ganzen Landes gilt, muss differenziert werden. Welche Zukunftschancen diesen so verschiedenen Teilräumen gewährt werden, darüber informierte das diesjährige Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Hanns-Seidel-Stiftung in München mit Tagungsteilnehmern aus Landes- und Kommunalpolitik, Verwaltungen, Wirtschaft und Wissenschaft.

In seiner Begrüßung verwies der stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung Alois Glück darauf, dass die innere Stabilität einer Gesellschaft nur mit Gerechtigkeit zu erreichen sei. Besonders die Schaffung von Chancengerechtigkeit werde hier in Zukunft eine wichtige Schlüsselrolle spielen. Auch Prof. Dr. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, stellte die Frage nach dem Wesen von Gerechtigkeit. Bestehe die geforderte Gerechtigkeit für ländliche Räume eher in einer proportionalen Gleichheit aller Räume, also einer Verhältnisgleichheit, nach der der Größere mehr bekommt und der Kleinere weniger? Oder

gelte es, zur Erklärung Menschenwürde und Menschenrechte heranzuziehen?

Ethische Grundfragen

Martin Lendi, Em. Professor für Rechtswissenschaften am Department für Recht und Ökonomie, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, plädierte unter dem Titel „Ethik in der Raumplanung“ für eine stärkere Rückbesinnung auf ethische Grundfragen in der Raumplanung und bemängelte einen Rückfall in eine rein methodisch „technokratisch“ orientierte Planung. Raumplanung sei mehr auf das Zweckrationale als auf das Gerechte ausgerichtet. Dies



Der neue Städtetagschef Dr. Ulrich Maly bei seiner Antrittsrede. □

weiterer zentraler Punkt sei die „Kultur des Miteinandergehens“ des Freistaates mit den Kommunen. „Bei der Konnektivität sind wir Selbsterfahrungsjuristen“, sagte der neue Vorsitzende mit Blick auf „Konnektivitätsvermeidungsaktivitäten in der Staatsverwaltung und den Ministerien.“

Energiewende

Das Problem der Energiewende darf Maly zufolge weder überhöht noch kleingeredet werden. Nun müsse eine Fülle offener Fragen geklärt werden. Die Kommunen seien bereit, die Energiewende partnerschaftlich mit dem Staat umzusetzen. Ohne Stadtwerke könne die Energiewende nicht gelingen. Alle Akteure der Energiewende müssten gehört werden, nicht zuletzt auch die

kleineren Stadtwerke seien als ernsthafte Partner einzubeziehen.

Selbstverwaltung

„Die Regierung darf nicht nur auf die großen vier Energieerzeuger hören“, machte der Städtetagschef deutlich und ergänzte: „Diejenigen, die gegen die Energiewende klagen, sind nicht die besten Partner, wenn es darum geht, die Energiewende zu vollziehen.“ Nicht zuletzt beim Bau von Gaskraftwerken sei darauf zu achten, dass sie „nach gegenwärtigen Marktbedingungen nicht finanzierbar sind“; daher seien kurzfristige Subventionen oder Förderungen nicht ausgeschlossen.

Maly warb für Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung und ermunterte die Bürgermeister zum „fröhlichen Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie“. Nicht zuletzt Bürgermeister (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von **Sabrina**

Glaubenskriege aller Orten. Spätestens seit Horst Seehofers Auftritt beim Landtags-Empfang in Schleißheim heißt es: „Binden oder nicht binden, das ist heut' die Frage!“ Der Bürgermeister hat für sich einen Weg gefunden und wird damit auch am ehesten einem Gedanken des Modeschöpfers Giorgio Armani gerecht. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerischer Geriatrietag: Selbstbestimmt im Alter leben ... 2	Seite
Flughafenausbau München: Schritt für Schritt ... 2	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Gewerbesteuer bleibt unangetastet ... 3	3
Kinderbetreuungsplätze: Ausbau kommt gut voran ... 3	3
E.ON Bayern fördert Kinderbibliotheken ... 3	3
Mainlimes iPhone-App: High-Tech am Welterbe ... 4	4
GZ-Fachthemen: Wasser - Abwasser ... 5-6	5-6
Kommunaler Bau ... 7-8	7-8
Aus den bayerischen Kommunen ... 9-12	9-12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

7. Bayerischer Geriatrietag:

Selbstbestimmt im Alter leben

25 Jahre nach Eröffnung der ersten bayernweiten Geriatrie in Bayreuth gab der diesjährige Geriatrietag einen Rückblick auf bisher Erreichtes und einen Ausblick auf anstehende Herausforderungen in der geriatrischen Versorgung. Veranstaltet wurde die Tagung vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern e.V. und der Klinikum Bayreuth GmbH.

Künftige Ziele in der Altersmedizin benannte Gesundheitsminister Dr. Markus Söder. Zudem diskutierten zahlreiche Experten wie Dr. Axel Schramm (Chefarzt a. D. der ersten Geriatrie in Bayern), Prof. Dr. Ursula Lehr (Bundesgesundheitsministerin a. D.), Dr. Not-Rupprecht Siegel (1. Vorsitzender der Ärztlichen Arbeitsgemeinschaft für Förderung der Geriatrie in Bayern) und Dr. Holger Lange (Chefarzt am Klinikum Bayreuth).

Erfolgsgeschichte

Wie Mittelfrankens Bezirkspräsident Richard Bartsch, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern, feststellte, sei die 25-jährige Erfolgsgeschichte der Geriatrie in Bayreuth Vorbild und Ansporn für viele Einrichtungen in Bayern gewesen. Die Arbeit von Dr. Axel Schramm und seinem Nachfolger Dr. Holger Lange sei weit über die Grenzen Oberfrankens hinaus anerkannt. Mit den heutigen rund 70 geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen in Bayern und den schon über 35 Akutabteilungen in den somatischen Krankenhäusern entwickle sich die bayerische Krankenhaushauslandschaft entsprechend dem demografischen Wandel. In allen Bereichen des Gesundheitswesens werde künftig der ältere Patient im Mittelpunkt stehen.

„Wir brauchen neue Versorgungsstrukturen, damit wir den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht werden“, betonte Bartsch. Bei der geplanten Novellierung des Pflegeversicherungsgesetzes seien verstärkt Anreize zur Vermeidung

von Pflegebedürftigkeit in das Pflegeversicherungsgesetz mit aufzunehmen. Nicht die Organisation und Finanzierung der Pflege solle im Mittelpunkt stehen, sondern die Vermeidung, Linderung oder Aktivierung von Pflegebedürftigen müsse der Maßstab einer modernen Gesundheits- und Pflegepolitik in Deutschland sein.

Richard Bartsch forderte, dass künftig vor der Leistungsgewährung aus dem Pflegeversicherungsgesetz zwingend eine geriatrische Reha-Maßnahme vorgeschaltet werden muss. Leider werde heute oft aus Unkenntnis oder anderen Gründen auf die geriatrische Rehabilitation verzichtet und gleich die vollstationäre Pflege ins Auge gefasst. Dazu gehöre auch eine Umsteuerung von Finanzströmen im Gesundheits- und Pflegemarkt. Die Vermeidung oder Linderung von Pflegebedürftigkeit müsse besser honoriert werden als die Organisation von Dauerpflege. Nur dadurch sei es möglich, dass sich viele Akteure in diesem Bereich verstärkt der Altersmedizin, insbesondere der Geriatrie, zuwenden.

Innovative Wege

Bayern geht innovative Wege bei der medizinischen Versorgung älterer Patienten. Mobile Reha-Teams sollen in Zukunft ältere Menschen auch in ihrer Wohnung betreuen. Damit wird das seit 25 Jahren bestehende bayerische Konzept zur Altersmedizin weiter ergänzt, hob Gesundheitsminister Söder hervor: „Ältere Menschen brauchen unsere besondere Fürsorge. Wir wollen es

ihnen ermöglichen, selbstbestimmt im häuslichen Umfeld zu leben. Deshalb soll die medizinische Hilfe auch zu den Patienten nach Hause kommen.“

Engere Vernetzung

Bayern setzt bei der Altersmedizin auf ein umfassendes Versorgungskonzept: Das flächendeckende Netz an geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen müsse erhalten bleiben und die stationäre Versorgung in Krankenhäusern sei weiter zu stärken. Zudem solle die ambulante Behandlung enger vernetzt und mobile Reha-Teams gefördert werden. Für erste Modellprojekte zur therapeutischen Betreuung von älteren Menschen im eigenen Hause stellt der Freistaat eine Anschubfinanzierung bereit, kündigte Söder an. Bis zu 15.000 Euro pro Team seien vorgesehen. Insgesamt stehen für das Jahr 2012 rund 100.000 Euro zur Verfügung.

In Bayern wurden 2008 rund 390.000 Patienten in Krankenhäusern behandelt, die über 80 Jahre alt waren. Für das Jahr 2020 rechnet man mit rund 550.000 Patienten über 80 Jahren. Im Freistaat besteht bereits ein flächendeckendes Netz von 69 wohnortnahen geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen mit knapp 3000 Betten. Laut Söder haben Studien gezeigt, dass rund 94 Prozent der Patienten ein halbes Jahr nach der Entlassung wieder selbständig in ihrer Wohnung leben können. Zudem konnte Bayern bereits zahlreiche Kliniken motivieren, eine altersmedizinische Abteilung ein-

zurichten. Dieses Fachprogramm Akutgeriatrie im stationären Bereich solle weiter ausgebaut werden.

Wohnortnähe

Derzeit gibt es 41 Akutgeriatrien an bayerischen Kliniken mit mehr als 1000 Betten. Weitere 14 Anträge von Krankenträgern liegen vor. In Akutgeriatrien werden ältere Menschen ganzheitlich von speziell geschulten Fachkräften versorgt. Dies betrifft nicht nur die akute Erkrankung, sondern auch andere bestehende Leiden. „Zudem muss die hochwertige ambulante Versorgung enger vernetzt, die ambulante geriatrische Rehabilitation intensiviert werden“, forderte Söder. Derzeit gibt es im Freistaat neun entsprechende Einrichtungen. Ältere Patienten sollen künftig noch stärker von einem wohnortnahen, engmaschigen Versorgungsnetz von Haus- und Fachärzten, Pflegediensten und Therapeuten profitieren. Eine vom Bayerischen Gesundheitsministerium geleitete Arbeitsgruppe erarbeitet gemeinsam mit Krankenkassen, Ärzten und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern entsprechende Vorschläge.

Mehr Orientierung

Heute verfügt Bayern über mehr als 4.000 Betten im Bereich Geriatrie. 2010 wurde eine Patientenbeauftragte als zentrale Ansprechpartnerin auf Landesebene eingesetzt, um gerade auch Senioren mehr Orientierung in der Gesundheitsversorgung zu geben. Darüber hinaus fördert der Freistaat verschiedenste Projekte, um älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen. Dazu zählen Vorsorgeprojekte für mehr Bewegung im Alter, die bisher mit knapp 400.000 Euro unterstützt wurden. **DK**

Horst Seehofer zum Flughafenbau München:

Schritt für Schritt vorgehen

„Projekt im engen Dialog mit Bevölkerung begleiten“

Der Ministerrat hat sich in seiner jüngsten Sitzung mit dem von der Regierung von Oberbayern erlassenen Planfeststellungsbeschluss zur 3. Start- und Landebahn am Flughafen München befasst und das weitere Vorgehen erörtert.

Der Flughafen München und der geplante Ausbau des Flughafens München mit der 3. Start- und Landebahn hat eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region und ganz Bayerns. Das mit Zustimmung des Bayerischen Landtags beschlossene Landesentwicklungsprogramm sieht den leistungs- und bedarfsgerechten Ausbau des Flughafens München zu einem internationalen Drehkreuz von europäischen Rang ausdrücklich vor. Die Staatsregierung begrüßte die Entscheidung der Regierung von Oberbayern, die formelle Zustimmung des Planfeststellungsbeschlusses in Form der öffentlichen Bekanntmachung erst nach den Sommerferien durchzuführen. Erst dann beginnen die Klagefristen zu laufen, so dass potentielle Kläger ca. drei Monate Gelegenheit haben, sich mit der Entscheidung auseinander zu setzen und dann zu entscheiden, ob sie den Beschluss gerichtlich angreifen wollen.

Die Staatsregierung nahm zur Kenntnis, dass die Flughafengesellschaft vor der gerichtlichen Entscheidung zum Sofortvollzug mit dem Bau der 3. Start- und Landebahn nicht beginnen wird. Damit bestehe ausreichend Zeit für die Bewertung des Planfeststellungsbeschlusses und zum Dialog mit den Beteiligten. Die Staatsregierung werde diesen Dialog führen, wenn gleich öf-

fentliche Einlassungen der Projektgegner eine Einigung wenig realistisch erscheinen lassen.

Die beteiligten Ressorts der Staatsregierung werden den Planfeststellungsbeschluss in den nächsten Monaten sorgfältig bewerten. Dabei geht es vor allem um ein Finanzierungskonzept ohne Einsatz von Mitteln des Staatshaushalts, dem Verkehrsanschluss mit Straße und Schiene und die Festlegung der Lärmschutzzone.

Intensive Gespräche

Ministerpräsident Horst Seehofer: „Die Regierung von Oberbayern hat mit ihrer Entscheidung festgestellt, dass und unter welchen Auflagen die 3. Start- und Landebahn für den Flughafen München Franz-Josef-Strauß gebaut werden darf. Bei dem anstehenden Ausbau des Flughafens muss Schritt für Schritt vorgegangen werden. Wesentlich ist, dass der schon bisher geführte Dialog mit dem Flughafenumland intensiv fortgesetzt wird. Das gilt auf allen Ebenen, für alle Beteiligten und nicht nur heute und morgen, sondern während der gesamten Projektlaufzeit. Ich werde deshalb in den nächsten Tagen und Wochen auch persönlich Gespräche mit dem Nachbarnschaftsbeirat und auch Vertretern der Bürgerinitiativen von AufgEMUCk in der Staatskanzlei führen. Mir ist

Bayerischer Museumstag in Würzburg:

Zeit- und Alltagsgeschichte

Rund 400 Museumsexperten haben am 16. Bayerischen Museumstag in Würzburg teilgenommen. Unter dem Motto „Leute wie, die Zeit vergeht“ veranstaltete die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern die größte Museumsfachtagung im deutschsprachigen Raum.

Kunstinister Wolfgang Heubisch, der auf der Festung Marienberg den Bayerischen Museumstag eröffnete, unterstrich, dass die Entwicklung der Museumslandschaft ein zentrales Anliegen der bayerischen Kulturpolitik sei. Jüngste Beispiele dafür stellten der Neubau für das Staatliche Museum Ägyptischer Kunst im Münchner Kunstareal oder das Textil- und Industriemuseum auf dem Gelände der früheren Augsburgs Kammgamm-Spinnerei dar. Zugleich sprach sich Heubisch für eine dezentrale Museumspolitik aus: „Wir setzen nicht nur auf große Prestigeobjekte in der Landeshauptstadt, sondern haben die Museumslandschaft in ganz Bayern im Blick.“

Zukunftsinvestitionen

Dies zeige unter anderem die Eröffnung des Memorium Nürnberger Prozesse oder des Museums Deutscher Fayencen auf Schloss Höchstädt. Auch die Kommunen, Gebietskörperschaften und Stiftungen trügen wesentlich zur Ausgestaltung der Museumslandschaft bei. Heubisch hob hervor, dass es trotz des Sparhaushalts gelungen sei, die Förderung der nichtstaatlichen Museen in den Jahren 2011 und 2012 unvermindert weiterzuführen: „Die Museumsförderung ist eine Zukunftsinvestition in ein lebens- und liebenswertes Bayern. Die jährlich rund 2,24 Millionen Euro fließen überwiegend in die vitale und vielfältige Museumslandschaft in der Region.“

Im Rahmen des Bayerischen Museumstags wurde auch der Preisträger des Bayerischen Museumspreises 2011 bekannt gegeben. Die von der Versicherungskammer Bayern mit 20.000 Euro dotierte Auszeichnung erhält in diesem Jahr die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg. Um den Bayerischen Museumspreis 2011 haben sich mehr als 140 Museen beworben. Eine Jury, bestehend aus Vertretern des Landesvereins für Heimatpflege, der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, der beiden zuletzt ausgezeichneten Museen sowie der Versicherungskammer Bayern, hat den Preisträger ausgewählt. Die offizielle Verleihung des Bayerischen Museumspreises sowie die Ehrung der Nominierten erfolgt in einem feierlichen Festakt im Spätherbst.

und bleibt es ein Anliegen, ein solches Großvorhaben im engen Dialog mit der Bevölkerung zu begleiten.“

Wirtschaftsminister Martin Zeil bezeichnete die 3. Start- und Landebahn und seine rechtliche Grundlage, den Planfeststellungsbeschluss, als verkehrs- und wirtschaftspolitisch enorm wichtig. Der weitere Ausbau des Flughafens zu einer international bedeutenden Verkehrsdrehscheibe ist nach Wirtschaftsminister Zeil gerade im Blick auf den globalen Wettbewerb für den Forschungs- und Produktionsstandort Bayern von elementarer Bedeutung. „Der Planfeststellungsbeschluss ist das Ergebnis eines intensiven Abwägungsprozesses, in welchem unter anderem auch die Stellungnahmen von mehreren zehntausend Einwendungsführern eingeflossen sind“, sagte Wirtschaftsminister Zeil. **DK**

Rainer Fürhauer, Vorstandsmitglied der VKB, begründete die Preisverleihung damit, dass die Gedenkstätte in ihrer zweiten großen Dauerausstellung die Nachwirkungen des Konzentrationslagers in den Blickpunkt rückt. Die Schau widme sich den sechs Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. „Damit beschäftigt sich die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg als bundesweit erste Einrichtung ihrer Art umfassend mit der Zeit von der Befreiung 1945 bis heute.“

Vielschichtigkeit

Ebenfalls zum ersten Mal sei eine Ausstellung den „komplexen Folgen der nationalsozialistischen Konzentrationslager gewidmet“, betonte Fürhauer. Die Präsentation sei der Versuch, die vielschichtige Rezeptions- und Erinnerungsgeschichte eines Lagers während der vergangenen sechs Jahrzehnte zu dokumentieren. „Die widersprüchlichen Nachwirkungen des KZ Flossenbürg werden dabei in die Zeitgeschichte vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute eingebettet“, so der Vorstand.

Erstmals wurden 2011 auch drei Nominierungen bekannt gegeben, die es in die engste Auswahl der Jury geschafft haben. Die Nominierten für den Bayerischen Museumspreis 2011 sind: das Haus der Geschichte Dinkelsbühl, die Kunsthalle Schweinfurt und das Museum Lothar Fischer in Neumarkt.

Mit einem Empfang des Bezirkspräsidenten Erwin Dotzel darauf, dass die museale Aufbereitung der Jahre des nationalsozialistischen Regimes ein wichtiges Thema des Museumstages gewesen sei. Dotzel bezeichnete deshalb auch die Museen als „das Gedächtnis einer Region“, die als solches unverzichtbar seien.

In seinem Grußwort verwies Bezirkspräsident Erwin Dotzel darauf, dass die museale Aufbereitung der Jahre des nationalsozialistischen Regimes ein wichtiges Thema des Museumstages gewesen sei. Dotzel bezeichnete deshalb auch die Museen als „das Gedächtnis einer Region“, die als solches unverzichtbar seien.

Würzburg für Museum der Bayerischen Geschichte

Am Rande des Museumstages übergab Würzburgs Kulturreferent Mucthar Al Ghusain dem Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, ein Exemplar der Würzburger Bewerbung um das Museum der Bayerischen Geschichte. In der zweigeteilten Bewerbungsmappe legt Würzburg seine Vorteile wie auch die Rahmendaten für ein mögliches Museum der Bayerischen Geschichte auf dem Gelände des Mozartareals gegenüber dem UNESCO-Weltkulturerbe Residenz dar. Unter dem Titel „Durch Würzburg auf Bayern schauen“ blickt die Bewerbung unter anderem auf die Bedeutung der Altstadt für Bayern und stellt dabei vor allem die Geschichte Würzburgs in den vergangenen zwei Jahrhunderten dar, beginnend mit der Abdankung des letzten Würzburger Fürstbischofs 1802. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG
Bürgermeister Josef Foitl
89446 Ziertheim
am 22.8.

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Alois Gensler
97618 Wollbach
am 2.9.

Bürgermeister
Anton Bauernschubert
97711 Thundorf
am 21.8.

Bürgermeister Kurt Sägmüller
91233 Neunkirchen am Sand
am 22.8.

Bürgermeister Peter Schweiger
86836 Klosterlechfeld
am 23.8.

Oberbürgermeister
Josef Kellerer
82256 Fürstenfeldbruck
am 27.8.

Bürgermeister Josef Wittmann
92708 Mantel
am 31.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Werner Thomas
96274 Itzgrund
am 2.9.

Bürgermeister
Klemens Holzmann
82436 Eglfing
am 8.9.

Bürgermeisterin
Hildegard Wanner
89420 Höchstädt
am 20.8.

Bürgermeister Hans Peis
85467 Oberneuching
am 22.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Landrat Klaus
Peter Söllner
95326 Kulmbach
am 6.9.

Bürgermeister Ludwig Robold
84061 Ergoldsbach
am 7.9.

Bürgermeister Josef Flatscher
83395 Freilassing
am 23.8.

Bürgermeister Norbert Gräbner
96364 Marktdrodach
am 23.8.

Bürgermeister Dr. Wieland Gsell
97225 Zelligen
am 23.8.

Bürgermeister Manfred Schübler
63840 Hausen
am 28.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Johann Gaßlbauer
84552 Geratskirchen
am 23.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Dieter Ott
89437 Haunsheim
am 30.8.

ZUM 40. GEBURTSTAG
Bürgermeister Markus Baiertl
84164 Moosthenning
am 31.8.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Kinderbetreuungsplätze:

Ausbau in Bayern kommt gut voran

Von Dorothee Bär, MdB

Wenn junge Eltern Kinder erziehen und gleichzeitig erwerbstätig sein wollen, brauchen sie gute, zuverlässige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsstellen. Nur so wird verhindert, dass der Spagat zwischen Familien- und Erwerbsleben für sie zur Zerreißprobe wird. Im ersten Lebensjahr der Kinder plädieren Eltern heute ganz überwiegend noch für eine Betreuung in der Familie. Dann aber wächst der Wunsch nach alternativen Angeboten.

Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Betreuungsangeboten in guter Qualität gehört daher zu den großen Zukunftsaufgaben unseres Landes. Bund, Länder und Gemeinden haben 2007 beim sogenannten Krippengipfel vereinbart, bis zum Jahr 2013 für rund ein Drittel der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz zu schaffen, das entspricht bundesweit rund 750.000 Betreuungsplätzen. Ab August 2013 wird es dann einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr an geben.

Bundeszuschuss

Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, unterstützt der Bund Länder und Kommunen finanziell beim Ausbau der Plätze, obwohl dies nicht zu seinem Aufgabenbereich gehört: Von den insgesamt 12 Mrd. Euro, die für den Ausbau benötigt werden, trägt der Bund ein Drittel – 2,15 Mrd. Euro in Form von Investitionskostenzuschüssen und 1,85 Mrd. Euro für die ausbaubedingten zusätzlichen Betriebskosten. Nach der Ausbauphase unterstützt der Bund die Länder ab 2014 bei den Betriebskosten mit jährlich 770 Mio. Euro.

Zwischenberichte

Die Ausbauschritte werden im Kinderförderungsgesetz (KiföG) geregelt, und der Ausbaufortschritt wird durch regelmäßige Zwischenberichte dokumentiert. Im Mai 2011 hat das Bundeskabinett den Zweiten Zwischenbericht zur Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes verabschiedet. Der Bericht zeigt, dass die meisten Länder und Kommunen die Bedeutung des Ausbaus erkannt haben und große Anstrengungen unternommen, um die

nötigen Angebote zu schaffen. Allerdings zeigt der Bericht auch, dass es bei einigen Ländern deutlich mehr Dynamik beim Ausbau geben muss, um das Ausbauziel zu erreichen. Bislang haben viele Länder fast



Dorothee Bär, MdB.

ausschließlich Bundesmittel abgerufen. Jetzt sind sie selbst in der Pflicht, Gelder bereitzustellen.

Prioritätensetzung

In dieser Situation rufen viele Bundesländer erneut nach Finanzhilfen des Bundes. Doch der Bund hat seinen Beitrag geleistet. Jetzt sind die Länder aufgefordert, in ihren Haushalten Prioritäten zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass der Bedarf gedeckt wird: Es gibt Bundesländer, die einerseits beklagen, dass sie aufgrund knapper Ressourcen das angestrebte Ausbauziel nicht erreichen können, die aber andererseits beitragsfreie Kinderbetreuungsplätze anbieten.

Für die CSU hat der Ausbau der Krippenplätze Vorrang vor der Beitragsfreiheit: Für geringverdienende Eltern ist es sinnvoll und angemessen, im Interesse der frühen Förderung ihrer Kinder bezahlbare oder auch beitrags-

freie Betreuungsplätze zu gewährleisten - alle ändern Eltern sind aber sehr wohl bereit, eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung auch mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen. Hier können Länder und Kommunen in Zeiten knapper Kassen ihre Ausgabenlast begrenzen und nach dem erfolgten Ausbau prüfen, ob eine schrittweise Reduzierung oder gar eine Streichung der Elternbeiträge angezeigt ist.

Hohes Tempo

In Bayern kommt der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für die unter Dreijährigen sehr gut voran: Seit 2008 wächst die Anzahl der Plätze um jährlich 3,4%. Das hohe bayerische Ausbautempo zeigt sich auch darin, dass Bayern als erstes Bundesland die gesamten Bundesgelder mit Bescheid gebunden hat. Somit wird die Mehrheit der Gemeinden ihr Ausbauziel erreichen. Lediglich die Großstädte, vor allem München und Nürnberg, werden ihr Ausbautempo noch steigern müssen, um den Rechtsanspruch erfüllen zu können. Ich bin aber zuversichtlich, dass in Bayern spätestens ab August 2013 alle Eltern, die das wünschen, für ihr Kind nach Vollendung des ersten Lebensjahres einen Krippenplatz finden werden.

E.ON Bayern fördert Bibliotheken

Kinderbibliothekspreis würdigt besonderes Engagement bei Leseförderung

Im Stadttheater Amberg verlieh das Energieunternehmen E.ON Bayern zum fünften Mal den Kinderbibliothekspreis an Bibliotheken und Büchereien in kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft. Zehn Einrichtungen im Bereich der Leseförderung von Kulturstaatsekretär Thomas Kreuzer und dem Vorsitzenden des Vorstands der E.ON Bayern AG, Thomas Barth, mit dieser Auszeichnung geehrt. Die zehn Preisträger erhielten jeweils 5.000 Euro für die Neubeschaffung von Büchern und kindgerechten Medien.

„Wer Lesen fördern will, muss in die Infrastruktur investieren. Eine entscheidende Rolle spielen

die Bibliotheken und Büchereien im Freistaat. Deshalb fördern wir diese Einrichtungen. Sie bemühen sich in besonderer Weise darum, Kinder zum Lesen zu bringen“, erklärte Thomas Barth. „Bibliothekare, Mitarbeiter und viele ehrenamtliche Helfer leisten mit ihrer Arbeit in den Büchereien einen unverzichtbaren Dienst an der Gemeinschaft“, so Barth weiter. Das könne man nicht hoch genug bewerten.

Grundqualifikation Lesen

Auch Staatssekretär Kreuzer würdigte die Leistung der

bayerischen Bibliotheken. „Die Fähigkeit zu lesen ist die bedeutendste Grundqualifikation junger Menschen“, erklärte Kreuzer. Deshalb zähle es zu den politischen und gesellschaftlichen Kernaufgaben, in Kindern die Lust am Lesen zu wecken. Allerdings stehe das Buch heute mehr denn je im Wettbewerb zu vielen anderen, teils neuen Medien.

Wertvolle Lesequelle Buch

Laut Kreuzer sind die Bibliotheken daher unverzichtbar, um der wertvollen Lesequelle „Buch“ auch künftig einen festen Platz in den bayerischen Kinderzimmern zu verschaffen.

„Kinder und Jugendlichen wachsen heute in einer neuen Medienwelt auf. Auch auf diese Welt müssen wir sie vorbereiten. Da gibt es viele neue Chancen, dort lauern aber auch Gefahren“, so Kreuzer. In Gemeinschaft mit Eltern, Lehrern, öffentlichen Einrichtungen und engagierten Partnern aus der Wirtschaft müssten Kinder und Jugendliche in diese neue Welt hineingeführt werden. „Das Buch muss dabei seinen festen Platz im Reigen kind- und jugendgerechter Medi-

en behalten“, betonte der Kulturstaatsekretär.

Die ausgezeichneten Bibliotheken sind: Die Marktbibliothek Nittendorf, die Marktbücherei St. Martin Eggolsheim, die Stadtbibliothek Burghausen, die Stadtbücherei Obernburg, die Stadtbücherei Pocking, die Gemeindebibliothek Neufahrn, die Bücherei Ursensollen, die Bücherei von Weyarn, die Gemeindebücherei Ihrlenstein und die Gemeindebibliothek Bergheimfeld.

Die Gewerbesteuer wird in diesem Jahr voraussichtlich 38,7 Milliarden und im nächsten Jahr 42 Milliarden Euro in die Kassen der Kommunen spülen und ist damit die wichtigste eigene Einnahmequelle. Schon allein angesichts dieser Größenordnungen versteht es sich von selbst, dass die Städte und Gemeinden auch in Zukunft auf den ungeschmäilerten Erhalt der Gewerbesteuer bestehen müssen.

Eine wertvolle, aber auch dringend erforderliche Entlastung bei den Sozialausgaben der Kommunen bringt die schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) durch den Bund. Der Bund übernimmt damit schrittweise 4 Milliarden Euro pro Jahr von den Kommunen. Bis 2015 entlastet damit der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben mit 12,2 Milliarden Euro, bis 2020 gerechnet ergibt sich sogar eine Entlastung von rund 52 Milliarden Euro. Eine solche Verschiebung der Sozialausgaben zu Lasten des Bundes und zu Gunsten der Kommunen hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

Im Augenblick können die Kommunen also in finanzieller Hinsicht optimistischer in die Zukunft blicken. Doch eine jahrzehntelange Erfahrung lehrt, dass der nächste Angriff auf die Gewerbesteuer bestimmt kommen wird. Deshalb gilt auch für die Kommunen der abgewandelte Nato-Wahlspruch: „Wachsamkeit ist der Preis der – finanziellen – Freiheit.“

Ihr Gerhard Weber

GZ

Kolumne
Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt auch noch gute Nachrichten: Die Gewerbesteuer bleibt unangetastet und der Bund übernimmt die Grundsicherung im Alter! Dieses Ergebnis der Arbeit der kürzlich abgeschlossenen Gemeindefinanzkommission ist für die Kommunen - jedenfalls insoweit - äußerst erfreulich.

Auch der erneute Versuch der kurzfristig denkenden Interessenvertreter der Wirtschaftsverbände zur Abschaffung oder Aushöhlung der Gewerbesteuer ist gescheitert. Niemand kann wohl exakt sagen, wie oft schon von interessierter Seite die Gewerbesteuer infrage gestellt worden ist. Den kommunalen Spitzen-



Gewerbesteuer bleibt unangetastet

verbänden und verantwortungsvollen Politikern ist es gelungen, die Gewerbesteuer auch weiterhin zu erhalten. Dank gebührt hierfür insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, die ihre Zusagen an die Städte und Gemeinden eingehalten haben und keine Lösung gegen die Kommunen zuließen.

Nach dem Motto „Totgesagte leben länger“ hat sich die Gewerbesteuer auch in dieser Diskussionsrunde wieder als die bestmögliche Finanzierungsquelle für die Kommunen erwiesen. Die vermeintlichen Alternativen wie zum Beispiel ein kommunaler Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht oder einem höheren Anteil an der Umsatzsteuer erwiesen sich als nicht tragfähige Lösungen. Zu Ende gedacht hätten diese Vor-

Krankenhäuser wehren sich gegen Vorwurf der Falschabrechnung

Die bayerischen Krankenhäuser wehren sich vehement gegen den Vorwurf, sie würden den Krankenkassen überhöhte Rechnungen stellen. Die Bayerische Krankenkassengesellschaft (BKG) bezeichnete die Darstellung, dass nahezu jede zweite Krankenhausrechnung falsch sei als unwahr und kränkend. Die BKG kündigte an, dass die Kliniken sich künftig gegen unberechtigte Kürzungen ihrer Rechnungen wehren und ihre berechtigten Ansprüche vor Gericht durchsetzen werden. 1.400 Klagen gegen unberechtigte Rechnungskürzungen sind bereits auf dem Weg zu den Sozialgerichten.

BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein wies darauf hin, dass die Krankenkassen in Bayern derzeit rd. 11 % aller Krankenhausrechnungen nachprüfen. Bei 2,8 Mio. Krankenhauspatienten jährlich bedeute dies einen gigantischen Aufwand von ca. 300.000 Prüfverfahren. Der Anteil der gekürzten Rechnungen gemessen an der Gesamtzahl betrage 4 %. Die Behauptung, jede zweite Rechnung sei falsch, ist deshalb abwegig.

Ansprüche durchsetzen

Die Krankenhäuser seien überzeugt, dass auch noch bei einem erheblichen Teil dieser 4 % die Kürzungen zu Unrecht erfolgten. Bislang hätten viele Kliniken den zeit- und kostenaufwendigen

Weg von gerichtlichen Auseinandersetzungen vermieden, doch künftig werde man die Ansprüche durchsetzen. Als irreführend bezeichnet die BKG die Darstellung der Krankenkassen, dass die Komplexität des Abrechnungssystems häufigster Anlass für fehlerhafte Rechnungen sei.

Das komplexe Vergütungssystem hätten die Krankenkassen bei ihren Prüfaufträgen gar nicht im Blick, betont Hasenbein. Vielmehr würden sie Monate nach der Akutbehandlung die Notwendigkeit der im Krankenhaus erbrachten Leistungen in Abrede stellen.

Heftig kritisieren die Kliniken, dass die Kassen den Weg des Dialogs verlassen haben. Strittige Fälle seien bisher zwischen Krankenhausern und Prüfärz-

ten diskutiert worden. Diesen Weg hätten die Kassen verlassen. Ohne Kontakt mit dem Krankenhaus werde nur noch anhand schriftlicher Unterlagen vom „grünen Tisch aus“ geprüft.

Patientenbedürfnisse

Der Grund ist für Hasenbein klar: „Das Ziel ist möglichst viele Rechnungskürzungen. Aus der Anonymität heraus ohne fachlichen Austausch mit dem Krankenhaus lässt sich dies leichter erreichen“. Der Krankenhausarzt habe keine Möglichkeit mehr, darzulegen, warum er zum Zeitpunkt der Akutbehandlung bestimmte Leistungen für notwendig erachtet habe. Nach Angaben der BKG erhöht sich der Anteil der gekürzten Rechnungen nach der Umstellung des Prüfverfahrens in den Krankenhäusern um 50 - 70%.

Besonders übel stößt den Krankenhäusern auf, dass die Vorgabe, die Ausgaben zu minimieren, dominiere und medizinische Erfordernisse sowie die individuellen Bedürfnisse des Patienten immer mehr in den Hintergrund geraten.



Bei der Verleihung des Kinderbibliothekspreises im Stadttheater Amberg.

Breitband...

(Fortsetzung von Seite 1)
gramm nicht darstellbar und zudem für die Kommunen unmöglich leistbar“. Ohnehin hätten Gespräche mit Fachleuten gezeigt, dass die Bandbreiten der herkömmlichen Netze für alle üblichen Anwendungen ausreichen. 1 Mbit/s sei schon sehr gut, so die übereinstimmende Meinung. Der Kunde sei daher wohl kaum bereit, allein für höhere Bandbreiten mehr zu zahlen.

Zukunftshoffnung LTE

Gleichwohl werde es „eine weitere technische Entwicklung geben, die wir noch nicht voraussehen können“, räumte Schleicher ein. Das neue Zauberwort heiße LTE. Mit dieser Technik werde eine Bandbreite von bis zu 50 Mbit/s erreicht. „Hier habe ich eine erhebliche Zukunftshoffnung“, so der Amtschef.

Auch der Bund sei gefordert, beim Thema Breitbandausbau geeignete Konzepte zu entwickeln, fuhr Schleicher fort und ergänzte: „Wir werden hier bei der Bundesregierung nachhaken.“ Konkret sprach er davon, vom Bund ein eigenes Förderprogramm zu fordern. Darüber hinaus werde im Freistaat über ein eigenes Förderprogramm nachgedacht.

Der vom Freistaat geförderte Ausbau von Glasfasernetzen soll sich nach Überlegungen des Wirtschaftsministeriums im Wesentlichen auf Gewerbegebiete in besonders strukturschwachen Räumen konzentrieren. Ultraschnelles Internet mit 50 Mbit/s soll die dort vertretenen Unternehmen wettbewerbsfähiger und die Ansiedlung neuer Firmen attraktiver machen. Alles was allerdings in punkto Glasfasererschließung darüber hinausgehe, sei schlicht nicht finanzierbar und leistbar, machte Schleicher nochmals deutlich.

Landesentwicklung

Stichwort Landesentwicklung: Wie der Amtschef betonte, stellt das Bayerische Landesplanungsgesetz die Grundlage für das neue Landesentwicklungspro-

gramm dar. Beides soll 2012 zu Ende gebracht werden. Als Ziele habe Ministerpräsident Horst Seehofer die Schlagworte Entbürokratisierung, Deregulierung und Kommunalisierung vorgegeben.

Gleichwertigkeit

In den Entwurf des bayerischen Landesplanungsgesetzes eingeflossen sei die Diskussion um die Vorschläge des Zukunftsrats bezüglich der weiteren Entwicklung des ländlichen Raums. Es gelte, am Grundsatz der Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen festzuhalten.

Wie Schleicher hervorhob, könne es nicht angehen, Bayern auf sechs Leistungszentren zu beschränken. Dieser Grundgedanke des Zukunftsrats sei von der Bayerischen Staatsregierung massiv zurückgewiesen worden.

Bayern sei darauf angewiesen, dass es im ganzen Land wirtschaftsstarke, attraktive und dynamische Lebensräume gebe. Die Staatsregierung werde deshalb auch künftig die peripheren und strukturschwächeren Regionen als „lebens- und liebenswerte Heimat für die junge Generation“ erhalten und einer drohenden Abwanderung durch die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze entgegenwirken. Eine „passive Sanierung“ strukturschwacher Räume durch Abwanderung entspreche nicht dem Leitbild gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen. Dieses Leitbild erfordere eine Politik der aktiven Förderung und Unterstützung aller Regionen Bayerns.

Regionalplan

Die Regionalpläne sollen Schleicher zufolge auf die wesentlichen Bereiche Siedlungsstruktur, Verkehr, Wirtschaft und Freiraumsicherung reduziert werden. Den Regionalen Planungsverbänden (RPV) sollen neue Aufgaben ermöglicht werden: Sie sollen Träger der hoheitlichen Planung sein und darüber hinaus soll ihnen erlaubt werden, auch Partner und Unterstützer regiona-

Gerechtigkeit...

(Fortsetzung von Seite 1)
feldleite Strukturpolitik & Regionalentwicklung, Prognos AG Bremen. Anhand umfassender Analysen aus dem Zukunftsatlas stellte er die derzeitige Lage der Regionen in Bayern vor und ordnete diese in den gesamtdeutschen Kontext ein. Die Karten des Zukunftsatlas verdeutlichen, dass auch viele ländliche Regionen gute Zukunftschancen haben. Jedoch zeigt sich auch, dass Bayern das Bundesland mit den größten Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen ist.

Aufruf zu Solidarität

Im Rahmen einer Diskussionsrunde mit Alois Glück, Prof. Dr. Jürgen Aring, Universität Kassel, FG Stadt- u. Regionalentwicklung, Mitglied im Beirat für Raumentwicklung beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Prof. Mark Michaeli, TU München, Sustainable Urbanism, Lehrstuhl für nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land, Stephan Reiß-Schmidt, Stadtdirektor, Planungsreferat Landeshauptstadt München, Vorsitzender Landesgruppe Bayern der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung sowie Peter Siegart, Bürgermeister von Markt Schönberg im Landkreis Freyung-Grafenau, rief Prof. Michaeli zur Solidarität zwischen den Teilträumen auf und

verwies auf den französischen Dreiklang von Liberté, Egalité und Fraternité. Gemeinsame Werte herauszuarbeiten sollte stärker fokussiert werden. Die Rückbesinnung auf eine Symbiose von Stadt und Land sei wichtig und in Zukunft immer stärker notwendig, gerade wenn man an Fragen der Energieversorgung und Nahrungsmittelproduktion denke.

Kooperation

Bürgermeister Peter Siegart hob die Vorteile interkommunaler Kooperation hervor, wie er sie mit seinen Nachbargemeinden im Rahmen einer Integrierten Ländlichen Entwicklung pflege. Viele Probleme seien in Zukunft nur noch miteinander zu lösen. Dabei forderte der Ratshauschef einen ehrlichen Umgang der Akteure ein, der sich auch auf die Planung und die Realisierbarkeit von Maßnahmen beziehen solle.

Mehrere Podiums- bzw. Plenarumsteilnehmer betonten die Rolle der Regionalplanung und regten an, die Regionalen Planungsverbände mit den Aufgaben von Regionalbudgets und „Empowerment“ zu betrauen. Dabei sollten diese selbst personell und mit Know-how gestärkt werden, zudem aber auch dafür sorgen, die endogenen Kräfte zu wecken und zu bündeln. **DK**

ler Eigeninitiativen zu sein. Dazu zähle zum Beispiel die Entwicklung regionaler Energiekonzepte. Dagegen sollen Fachbereiche wie Kultur, Bildung, Soziales und Gesundheit künftig nicht mehr Inhalt des LEP sein. Auch sei geplant, künftig keine regionalen Entwicklungsachsen mehr festzulegen (Stichwort Verkehrsachsen).

Raumstruktur

Zudem soll das Zentrale-Orte-System mit jetzt sieben auf künftig drei Hierarchiestufen reduziert werden. Außerdem ist daran gedacht, die raumstrukturelle Gliederung zu vereinfachen.

Künftig soll es drei statt sechs Gebietskategorien in Bayern geben. Als neue Anliegen sollen der „demografische Wandel“ sowie „Energie und Klimawandel“ ins Landesplanungsgesetz aufgenommen werden. **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

kleinerer Städte und Gemeinden pflegten unmittelbaren Kontakt zu Bürgern, sobald sie über den Marktplatz gehen oder am Stammtisch sitzen: „Der Bürgermeister findet sofort sein Feedback, das er für die Politik braucht.“ Allerdings stelle sich mit Blick auf Stuttgart 21 und die Diskussion um „Wutbürger“ die Frage, wie künftig Regierende und Regierte miteinander kommunizieren.

Der scheidende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags Hans Schaidinger zog eine Bilanz seiner seit Februar 2005 dauernden Amtszeit. Als Leitmotiv seiner Amtszeit sieht er den Kampf um den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge. Von der Privatisierungseuphorie, die sich in den 1990er Jahren entfaltet habe, sei inzwischen in Europa wenig übrig geblieben. Weitere Begehrlichkeiten zur Privatisierung kommunaler Aufgaben hätten in den vergangenen Jahren keine Erfolge erzielen können – so stimmten etwa die Bürger Italiens im letzten Monat gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung.

Marktradikale Sirenen

Schaidinger: „Die Verlockung der marktradikalen Sirenen gesänge haben an Reiz verloren.“ Nicht nur die alarmierenden Rahmenbedingungen aus Bankenleihen und Börsencrashes hätten drastisch vorgeführt, „dass die kommunale Daseinsvorsorge die beste Garantie für ein funktionierendes Gemeinwesen und für die Stabilität eines Wirtschaftssystems ist. Die Daseinsvorsorge gewährt die Teilnahme und Teilhabe der Bürger am Leben.“ Schaidinger verwies darauf, dass die Energiewende nur mit der Unterstützung der öffentlichen Energieversorger zu meistern ist: „Wenn wir noch mehr Energieunternehmen in öffentlicher Hand hätten, würde sich die Herausforderung der Energiewende leichter politisch steuern lassen. Ohne Stadtwerke ist die Energiewende nicht zu schaffen.“

Als markanten Punkt seiner Amtszeit sieht der Ex-Städtetagschef den erfolgreichen Kampf um den Erhalt der Gewerbesteuer: „Trotz der Freude über den Erfolg müssen wir weiterhin wachsam bleiben, wenn es um die Hinzurechnungen von Mieten und Pachten, Leasinggebühren, Nutzungsgebühren für Patente und Lizenzen geht. Man darf sich keine Illusionen machen: Es wird auch künftig Versuche geben, so lange in das System der Gewerbesteuer Löcher zu reißen, bis nur noch eine Hülle übrig bleibt.“

Als Durchbruch verbucht Schaidinger den Bildungsgipfel vom Februar 2009: Dieser habe

High-Tech am Welterbe

Mainlimes Mobil iPhone-Applikation

Der Mainlimes gehört seit 2005 zum Welterbe. „Grenzen des Römischen Reiches“. Initiiert und finanziert durch die Bayerische Sparkassenstiftung wurde von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern in Kooperation mit der Firma Boundary Productions (Neuried) ein multimediales Informationssystem entwickelt, das filmische Inhalte, Bilder, Tonspuren und Texte direkt vor Ort bereitstellt.

Insgesamt wurden 48 Hotspots in der Landschaft am Mainlimes festgelegt. Sie vermitteln die Geschichte der römischen Grenzanlage in dieser Region. Mit Hilfe der integrierten GPS-Navigation kann der Besucher auch schwer zu lokalisierende archäologische Denkmäler entdecken: Das iPhone meldet sich automatisch, sobald ein *point of interest* in der Landschaft zu entdecken ist und stellt den Zusammenhang zwischen Bodendenkmal und dort ge-

fundenen Objekten her. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Applikation und alle Inhalte auch ohne Internetverbindung funktionieren. Alle Inhalte sind in die Anwendung eingebunden und werden mit der Applikation auf das Mobiltelefon geladen. Die Applikation besitzt eine direkte Internetanbindung auf die Website www.museenmainlimes.de.

Die kostenfreie Applikation steht im Appstore zum Download bereit (englisch/deutsch). **□**

Wechsel an der...

endlich Schwung in eine verfahrenere Situation gebracht. Nach langen Jahren des Stillstands sei nun erstmals ein Bekenntnis des Freistaates zum flächendeckenden Ausbau der Ganztagschule erfolgt.

Bewährt hat sich Schaidinger zufolge die Hartnäckigkeit des Städtetags beim Drängen auf eine Grundgesetzänderung zum Erhalt der Arbeitsgemeinschaften im Rahmen von Hartz IV. Nachdem im Dezember 2007 das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil die Arbeitsgemeinschaften für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz erklärt hat, mussten die Kommunen einen Scherbenhaufen fürchten: „Wir sind haarscharf an der Situation vorbeigeschrammt, dass im Jahr 2011 ein enormes Chaos vor den Arbeitsagenturen ausgebrochen wäre. Das war eine Zitterpartie. Wenn es am Schluss dann tatsächlich noch eine Wende zum Kompromiss gegeben hat, grenzt das schon fast an ein Wunder.“ Allerdings verwies Schaidinger auf Mängel in der bürokratischen Umsetzung beim Bildungs- und Teilhabepaket, was in der Praxis einen enormen Verwaltungsaufwand entfaltete: „Die Bürokratie für die Abwicklung dieses Pakets kostet im Verhältnis zu dem, was unter dem Strich bei betroffenen Kindern ankommt, zu viel. Beim Vollzug des Bildungs- und Teilhabepaketes muss nachgebessert werden.“

Der Bayerische Städtetag tagte in Bad Reichenhall unter dem Motto „Lokal handeln – Klimaschutz in der Stadt“. Der Titel zeige, dass Klimaschutz auch eine Aufgabe der Kommunen ist, erläuterte OB Schaidinger: „Klimaschutz ist keine alleinige kommunale Aufgabe. Klimaschutz muss global angepackt werden, wobei sich die lokale Ebene tatkräftig beteiligt. Die lokale Ebene ist nicht auf das Kommunale zu reduzieren. Betroffen sind Wirtschaft, Privathaushalte, Kommunen, Land und Bund. Die Handlungsfelder sind reichhaltig und ineinander verwoben.“

Klimaschutz

Kommunalpolitik könne an vielen Stellen für Klimaschutz wirken, so der OB: Konzepte zur Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Verkehrspolitik setzten Rahmenbedingungen für einen klimafreundlichen Alltag. „Für eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung lautet das Motto: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die bestehenden Siedlungsstrukturen bieten die Chance, eine kompakte Stadt weiter zu entwickeln, indem Baulücken und Brachflächen konsequent genutzt werden. Dies steigert die Energieeffizienz und spart viele Kilometer

Anlagen investiert werden.

Axel Gedaschko vom Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen verwies darauf, dass 40 Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs auf das Konto der Gebäude gehen. Vor allem die energetische Sanierung der Bestandsgebäude biete die Chance zur größeren Unabhängigkeit Deutschlands von Energieimporten.

Laut Prof. Dr. Heiner Monheim, Universität Trier, haben Industrie und Gewerbe die Energiewende „verschlafen“. Dünnwandige Gewerbebauten seien wahre Energieschleudern. Hingegen unterstützte Monheim die vom Städtetag vorgelegten vier Strategien zur klimafreundlichen Mobilität: Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung, nachhaltige Gestaltung des motorisierten Verkehrs und Ausbau des ÖPNV.

Monheim zufolge widersetzt sich die Automobilindustrie seit Jahren vehement jeder Klimaschutzanstrengung, so seien die Autos heute „durstiger“ als vor 20 Jahren. Der Professor forderte eine Reform der Nahverkehrsgeetze in den Ländern, um den ÖPNV weiter zu rekommunalisieren. Gerade die mittleren und kleineren Städte müssten verstärkt dafür sorgen, dass der innerörtliche Verkehr vom PKW auf Bus, Tram und Bahn verlagert wird. Monheim kritisierte die unsichere Zukunft der staatlichen Förderung des ÖPNV-Ausbaus. Der „Tanker Bahn“ müsse sich bewegen und dürfe sich nicht weiter aus der Fläche zurückziehen.

Kemptens Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer empfahl den Städten, CO₂-Bilanzen und integrierte Klimaschutzkonzepte zu erstellen. Das Allgäuer Energieberatungszentrum eza agiere schon seit zehn Jahren in diesem Bereich und sei bei der Beratung von Kommunen und Bürgern erfolgreich. Die Stadt Kempten habe durch vorbildliches Vorgehen im Bereich der Gebäude den CO₂-Ausstoß um 60 Prozent senken können.

Dezentrale Strukturen

„Die Energiewende zum Megaproblem zu stilisieren“, davor warnte schließlich Ministerpräsident Horst Seehofer. Gleichzeitig hob er die Bedeutung der Kommunen für das Gelingen der Energiewende hervor. Seehofer: „Die Fäden für das Gelingen der Energiewende liegen fest in der Hand von Bayerns Städten, Landkreisen und Gemeinden. Die Energieversorgung der Zukunft setzt auf dezentrale Strukturen, erneuerbare Energien und bürgerschaftliches Engagement. Der Ministerpräsident bat die kommunale Seite um tatkräftige Beteiligung an der Energieagentur: „Sie ist keine Behörde, sondern ein Gremium für Informationsaustausch und ein Frühwarnsystem.“

Für die Behindertenpolitik regte Seehofer an, dass es ein einheitliches Bundesleistungsgesetz für Behinderte geben müsse, um diesen Bereich von der kommunalen Ebene loszulösen: „Dies ist der Startschuss für eine politische Initiative. Wir brauchen ein modernes Bundesleistungsgesetz, um die Behinderten nicht in die Sozialhilfe abzuschleppen.“

Seehofer erneuerte das Bekenntnis der Bayerischen Staatsregierung zur kommunalfreundlichen Politik: „Bayern setzt auf starke Kommunen. Deswegen haben wir den kommunalen Finanzausgleich 2011 abermals aufgestockt. Das sind 71 Millionen Euro mehr als in 2010.“ Bayerische Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände seien Partner auf Augenhöhe: „Das zeigt sich gerade bei der Energiewende, die wir gemeinsam vollziehen wollen.“ **DK**

Planungsbüro WasserWerkstatt:

Naturnahe Freibäder im Blick

Jüngste Beispiele: Königstein und Gößweinstein

Viele Gemeinden betreiben Schwimmbäder, die 20, 30 oder mehr Jahre in Betrieb und mittlerweile renovierungsbedürftig geworden sind. Sie entsprechen auch nicht mehr dem heutigen Stand der Technik. Allein davon gibt es in Deutschland über 5.000. Für sie muss in den nächsten Jahren eine Lösung gefunden werden. Viele Bürgermeister träumen aber auch von einem eigenen Gemeindebad, das sich jedoch bisher aus Kostengründen nicht verwirklichen ließ.

Erfahrungen des Planungsbüros für Badegewässer und Freiraumplanung GmbH „WasserWerkstatt“ in Bamberg mit Naturbädern seit 1987 zeigen, dass diese eine echte Alternative zu gechlorten Schwimmbädern darstellen können. Viele ökologische und ökonomische Gründe sprechen für naturnahe Freibäder, wie aktuell zwei neue von der WasserWerkstatt eröffnete Naturbäder im oberpfälzischen Königstein und im oberfränkischen Gößweinstein demonstrieren. Bei beiden Anlagen wurde die Instandsetzung von überaus engagierten Fördervereinen unterstützt. Zur finanziellen Bewältigung der Vorhaben trugen verschiedene EU Förderprogramme wie Leader und Sozialfonds, aber auch Spenden in großer Zahl bei.

Energieoptimierung

In einem feierlichen Rahmen wurden jüngst in Königstein die neu errichteten Sanitäräume, Kiosk, Wasserwachtgebäude und die Becken ihrer Bestimmung übergeben. Vorangegangen waren viele Wochen harter Arbeit und Umbauaktivitäten zahlreicher Firmen und freiwilliger Helfer. Da das alte Freibad aus dem Jahr 1960 in den letzten Jahren sehr marode wurde und zahlreiche, kostenintensive Reparaturen anstanden, entschloss sich der Marktrat Königstein nach langen Diskussionen zu einem energieoptimierten Neubau. Somit konnten wichtige Fördergelder der Regierung beantragt und damit die finanzielle Belastung des Marktes gesenkt werden.

Die Chlorodosierungsanlage des alten Bades war defekt und auch die Beheizung mit Gasbrenner war sehr kostenintensiv. So wurde das alte Bad noch einige Jahre durch die Mithilfe der Wasserwacht und des Fördervereins auf ehrenamtlicher Basis betrieben.

Keine Heizung nötig

Das neue Naturbad kommt nunmehr ohne Heizung aus. „Wir haben natürliche Wassertemperaturen, wie die Sonne sie hergibt“, erklärt Planer Claus Schmitt von der WasserWerkstatt Bamberg. Wie ein Nachtspeicherofen soll das System funktionieren, das 2.780 Kubikmeter Wasser ständig über den Trockenfilter der biologischen Kläranlage, dessen Oberfläche tagsüber von der Sonne erwärmt wird, beheizt. So soll das Wasser auch nachts kaum auskühlen.

Das Hauptbecken konnte bei den Umbaumaßnahmen erhalten werden. Durch den Wegfall der Chlorierung und der Heizung wird man künftig jede Menge Geld sparen können. Hinzu kommt, dass man für die natürliche Anlage keine Fachkraft für Bäderbetriebe mehr braucht. Der Betrieb wird somit wesentlich günstiger.

Bei den Umbaumaßnahmen war es dem Marktrat Königstein und Bürgermeister Hans Koch ein großes Anliegen, das Gelände mit den neu errichteten Gebäuden nicht nur vier bis fünf Monate im Jahr zu nutzen. Das Naturbad kann im Winter zum Schlittschuhfahren oder Eis-

stockschießen genutzt werden. Dies ist durch Ausdehnungsbecken für das Eis möglich, was bei herkömmlichen Freibädern ausgeschlossen ist.

Spieldandschaft

Auch optisch wirkt das neue Bad natürlich. In der Kleinkinderspiellandschaft sprudelt ein

24. Lindauer Seminar:

Neues aus der Welt der Kanalisationstechnik

Mit über 600 Teilnehmern und 57 Ausstellern stellte das 24. Lindauer Seminar Kanalisationstechnik „Aus der Praxis, für die Praxis“ erneut einen Höhepunkt unter den jährlichen Branchenveranstaltungen dar. Hochkarätige Referenten informierten über die praxisgerechte Instandhaltung von Kanalisationen. Betroffen wurden zukunftsorientierte Aussagen zu Klimawandel, Starkregenereignissen und Sturzfluten und die Diskussion zur Zustands- und Lagerfassung von Anschlusskanälen mit deren kritikbewussten, bürgernahen und nachvollziehbaren Umsetzung war wiederum wichtiges Leitthema der Veranstaltung.

Im Zentrum der Diskussion stand auch die Frage der Qualitätssicherung rund um Planung, Wartung und Sanierung von Kanalisationssystemen. Hierzu wurden Konzepte und deren praktische Umsetzung vorgestellt. Wie eine vernünftige Vorgehensweise bei einem nichtvorhandenen bzw. verloren gegangenen Entwässerungsplan aussieht, zeigte Veranstalter Dipl.-Ing. (FH) Ulrich Jöckel (JT-elektronik GmbH, Lindau) in seinem Vortrag auf.

Zuvor hatte Prof. Dr.-Ing. Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, die Herausforderungen, die der Klimawandel aller Voraussicht nach an die Wasserwirtschaft stellt, erläutert. Das absehbare Grundmuster aller Prognosen - trockenere Sommer, nassere Winter, extremere Niederschlags-Einzelereignisse - stellt die Wasserwirtschaft nicht nur in punkto Hochwasservorsorge vor Probleme. Man könne, so Göttle, den Hochwasserschutz nicht in Dimensionen treiben, die jenseits aller volkswirtschaftlichen Machbarkeit lägen.

Niedrigwasser

Dem gegenüber oft unterschätzt wird zugleich das Problem Niedrigwasser. Ausgedehnte Dürreperioden werden künftig ein ebenso unangenehmes Pendant zu fatalen Hochwassern sein. Nicht ohne Sorge sieht Göttle die Ausbreitung der Geothermie als regenerative Energiequelle. Durch tief greifende geothermische Bohrungen würden allerorten Grundwasserleiter und die zwischen ihnen liegenden Trennschichten durchstoßen. Folge davon könnte die Ausbreitung von Verunreinigungen auch in tiefe, vermeintlich sichere Grundwasservorkommen sein. Auch die zunehmende Energiewirtschaft wird von Wasserwirtschaftlern mit Skepsis betrachtet, da intensivierter Landbau und die Nutzung weiterer Flächen nicht ohne Rückwirkung auf Grund- und Oberflächengewässer bleiben kann.

Energie war auch der Aspekt, der im Fokus der Betrachtungen

Bachquelle, statt des Sprungturms gibt es einen Sprungfelsen. Zudem sorgt eine breite Wellenrutsche für weiteren Spaß. Die Gesamtkosten liegen bei 1,25 Millionen Euro, Träger der Maßnahme sind die Marktwerke Königstein.

Viele fleißige Hände machten auch aus dem einstigen Höhenschwimmbad Gößweinstein ein idyllisches Naturbad. Dieses wurde zu Beginn der 1960er Jahre als klassisches und konventionelles Schwimmbad gebaut. In den folgenden Jahrzehnten war es recht beliebt, so dass sogar eine Wärmehalle als angenehmer Aufenthaltsort angebaut wurde. Allerdings unterblieben als Folge schlechter gemeindlicher Finanzen notwendige größere Investitionen u. a. in die Wasseraufbereitung, so dass das Bad Mitte der 1990er Jahre schließlich geschlossen wurde. Es dümpelte als ungenutzter Freizeittempel in landschaftlich bester Lage dahin, verfiel in einen Dornröschenschlaf. Im Jahr 2000 erinnerten sich

interessierte Gemeindebürger ihres Freibades und gründeten den Förderverein Höhenschwimmbad Gößweinstein mit dem Ziel, das Bad wieder zum Leben zu erwecken. Man entschied sich für ein Naturbad ohne Chlorung mit natürlichem Wasseraustausch über eine Schilfanlage. In der „WasserWerkstatt“ fand die Marktgemeinde Gößweinstein als Bauherr und Betreiber einen verlässlichen und engagierten Partner.

Durch Mitgliedsbeiträge in Höhe von 25 Euro pro Jahr, weit mehr aber noch mit der Durchführung kultureller Veranstaltungen wurde über viele Jahre Geld generiert, so dass 2008 mit der konkreten Planung begonnen werden konnte, maßgeblich unterstützt vom Landkreis Forchheim mit einem Leader-Projekt Bäderlandschaft Fränkische Schweiz.

Wasserwiederaufbereitung

Kernstück des Naturbades ist die Wiederaufbereitung des



Idyllisch gelegen erinnert am Naturbad Gößweinstein allenfalls die Beckenform an andere Schwimmbäder. Foto: Roland Huber

Wassers, das an der Oberfläche abgesaugt, in einem groben Filter von Blättern und Blüten befreit wird und dann zur weiteren Reinigung in ein Kiesbett verrieselt, wo es versickert. Von dort aus fließt es einen halben Meter tiefer über Quellsteine wieder zurück ins Becken - zuerst in den kleinen, abgegrenzten Kinderbereich und von dort in das große Becken. „Innerhalb von zehn Stunden ist der komplette Inhalt einmal durchgereinigt, und das sind immerhin 790 Kubikmeter“, erläutert Fördervereinsmitglied Reinhard Bauer. Das System wirkt bei bis zu 400 Badegästen am Tag. Sollten es mehr werden, muss mit herkömmlicher Reinigung nachgeholfen werden.

Damit auf einen Bademeister verzichtet werden kann, hat das Bad nur eine Wassertiefe von ca. 1,40 Meter. Unterhalten wird es vom Förderverein mit einem Beitrag von 4 000 Euro jährlich, von der Marktgemeinde und einem „Outdoor-Event-Veranstalter“, der das rund 13.000 Quadratmeter große, terrassenförmig angelegte Gelände zur Nutzung erhalten hat und dafür dessen Betrieb und Pflege sicherstellen muss. Im Gegenzug kann er - nicht nur während der Badezeit - seine Veranstaltungen für Schulklassen oder Firmenfeste durchführen. So kann das Höhenschwimmbad zum ganzjährigen Treffpunkt für Gäste und Einheimische werden, hofft Gößweinsteins Rathauschef Georg Lang. DK

Landesamt für Umwelt:

Gewässer-Nachbarschaften

„90.000 Kilometer Bäche sind wichtiges Natur-Kapital“

Mit den 'Gewässer-Nachbarschaften' übernimmt das Landesamt eine neue und wichtige Aufgabe, erklärte Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) jüngst in Augsburg beim bayerischen Beratertag der Gewässer-Nachbarschaften. Kumutat: „Bayerns rund 90.000 Kilometer Bäche sind ein wichtiges Rückgrat für die Biodiversität. Mehr Naturnähe ist daher das wichtigste Ziel der Unterhaltung und Entwicklung dieser Gewässer.“

Dafür fördert der Freistaat die Konzeption und Umsetzung von Gewässerrenaturierungen. Über 50 erfahrene Berater unterstützen darüber hinaus die Kommunen, in deren Obhut die kleinen Gewässer liegen. Die Koordination und Leitung der Gewässernachbarschaften ist von der Regierung der Oberpfalz ans LfU übergegangen. „Die Berater in den Gewässer-Nachbarschaften engagieren sich in ganz Bayern für die naturnahe Entwicklung der Bäche“, so Kumutat.

Schwerpunktthema am Beratertag der Gewässer-Nachbarschaften ist die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie an den kleinen Bächen. Sie fordert den „guten Zustand“. In fünf bayerischen Pilotprojekten wird

derzeit gemeindeübergreifend erprobt, wie die Vorgaben der EG bei der Unterhaltung der kleinen Gewässer konkret umgesetzt werden können. Besonders im Fokus steht dabei die Verbesserung der Durchgängigkeit: Durch Wehre und Abstürze können sich Fische und andere Wassertiere in den Bächen und Flüssen nicht mehr frei bewegen. Abhilfe schaffen Rampen, Umgehungsgewässer oder Fischaufstiegshilfen. Das LfU stellt beim Beratertag eine Sammlung von konkreten Fallbeispielen vor. Diese zeigen, wie die Ökologie an den kleinen Bächen verbessert werden kann, ohne die Kommunen finanziell über Gebühr zu belasten.

Weitere Informationen unter: www.gn-bayern.de □

Auslastungsgrad

Ein anderes, weit schwieriger zu lösendes Problem ist Jungnickel zufolge die Tatsache, dass viele Anlagen durch die demografische Entwicklung aus dem optimalen Auslastungsgrad heraus rutschen und das Merkmal der Überdimensionierung erfüllen. Wer jedenfalls Abwasseranlagen plane, ohne demografisch absehbare Entwicklungen hinreichend zu berücksichtigen, laufe ebenfalls Gefahr, dass seine Gebührensatzung rechtlich anfechtbar ist. Demografie ist also ein Thema, das (objektiv nachweisbar) ernst genommen werden müsse, will man keine Rechtsrisiken eingehen. DK

Sanierungskosten

Die auf den Bürger zukommenden Inspektions- und Sanierungskosten nehmen aus der Perspektive eines kommerziellen Wohnimmobilienunternehmens natürlich ganz andere Dimensionen an. Darauf verwies Andreas Voß, der bei der Deutschen Annington Immobilien GmbH, Bochum, für das Instandhaltungsmanagement zuständig ist. Er beklagte nicht zuletzt den Umstand, dass bundesweit aufgestellte Immobilienunternehmen nicht nur diversen unterschiedlichen Landesrechtsslagen ausgesetzt seien, sondern potentiell in jeder Kommune einer anderen Satzung.

Rechtsanwalt Sebastian Jungnickel (FPS Rechtsanwälte, Berlin), setzte sich seinerseits mit



... Badespaß, natürlich!

www.wasserwerkstatt.com

WasserWerkstatt

BÜROS FÜR BADEGEWÄSSER UND FREIRAUMPLANUNG

Bamberg Telefon +49 (0)951/ 51 93 437

Wien Telefon +43 (0)1/310 48 78

Zertifizierung nach GN3

Güteschutz Kanalbau und DVGW CERT arbeiten Hand in Hand

Im Rahmen der Wasser Berlin International 2011 hat die Thomsen GmbH Tiefbauunternehmen, Osterröndfeld, die Zertifizierungsurkunde der Gruppe GN3 – Berstliningverfahren – der DVGW CERT GmbH erhalten. Die Prüfung im Rahmen der beantragten DVGW-Zertifizierung wurde hierbei erstmals von einem beauftragten Prüfingenieur der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 durchgeführt. Diese Vorgehensweise ist das Ergebnis einer Kooperationsvereinbarung, die die Gütegemeinschaft Herstellung und Instandhaltung von Abwasserleitungen und -kanälen e.V. (Güteschutz Kanalbau) und die DVGW CERT GmbH im vergangenen Jahr in einer gemeinsamen Presseerklärung bekannt gegeben haben.

Unter dem Motto „Gemeinsam für Qualität“ bieten die beiden Organisationen ein abgestimmtes Verfahren zur Qualifikationsprüfung von Kanal- und Rohrleitungsbauunternehmen an. Vorrangiges Ziel: Durch die Abstimmung von Prüfverfahren und den Abgleich von Prüfkatalogen sollen Vereinfachungen für Unternehmen realisiert werden, die sowohl in der Sparte Gas/Wasser tätig sind und die die etablierten Qualifikationsnachweise führen oder anstreben. Dabei stellt die Kooperation die Beibehaltung eines bewährten und mit den Auftraggebern abgestimmten Anforderungsniveaus für den jeweiligen Nachweis sicher. Zudem profitieren Auftraggeber und qualifizierte Unternehmen in den jeweiligen Sparten von der hohen fachlichen Kompetenz der Prüforganisationen und beauftragten Prüfer.

Als Pilotprojekt hatten Güteschutz Kanalbau und DVGW CERT eine Abstimmung der Prüfverfahren bei den grabenlosen Techniken vereinbart. „Zementmörtelaukleidung, Langrohr- und Gewebeschlauchrelining sowie Berstlining werden auf der Versorgungs- wie auf der Abwasserseite angewendet“ erläutert der Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau, Dr.-Ing. Marco Künster. „Hinzu kommt, dass das Regelwerk und die Arbeitstechniken im hohen Maße deckungs-

gleich sind, deshalb sind hier Synergieeffekte realisierbar.“

Gemeinschaftliche Prüfungen

Das Konzept zur Optimierung beinhaltet dementsprechend gemeinschaftliche Qualitätsprüfungen durch die Prüfingenieure der Gütesicherung RAL-GZ 961 und Experten der DVGW CERT. Die Prüfergebnisse werden von beiden Organisationen übernommen und für das jeweilige Verfahren genutzt. „Hierdurch wird der Aufwand auf Seiten der Unternehmen spürbar reduziert“, so Künster weiter.

Ein Potenzial, das Dipl.-Ing. Willi Thomsen, Geschäftsführer der Thomsen GmbH Tiefbauunternehmen, nach Bekanntwerden der Kooperationsvereinbarung „unbedingt heben wollte“. Traditionell steht die Einhaltung von hohen Qualitätsstandards im Unternehmen und bei der Ausführung der Baumaßnahmen im Fokus. „Fachkundige und qualifizierte Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit sind die Grundbausteine unserer Geschäftsphilosophie“, erklärt Willi Thomsen. Der Einsatz von erfahrenen, qualifizierten Mitarbeitern, eine kontinuierliche Weiterbildung und der Einsatz von modernsten technischen Geräten tragen entscheidend zum Gelingen einer Baumaßnahme bei“, so Thomsen

weiter, der in diesem Zusammenhang darauf hinweist, dass sein Unternehmen bereits im Mai 1996 das RAL-Gütezeichen für Kabelleitungstiefbau erhalten hat, mit dem ebenso wie mit dem später erworbenen RAL-Gütezeichen Kanalbau und der DVGW-Zulassung die Leistungsfähigkeit des Unternehmens dokumentiert wird.

Allerdings dürfe bei aller Wichtigkeit nicht übersehen werden, dass die Erlangung der Zertifizierungen auch ein personelles und finanzielles Engagement nach sich zöge – sieht sich Thomsen im Schulterschluss mit vielen Unternehmenskollegen. Zudem befänden sich Kanal- und Rohrleitungsbauunternehmen in einem scharfen Wettbewerb und seien bestrebt, wirtschaftliche Optimierungsmöglichkeiten zu nutzen. Das gemeinsame Konzept von Güteschutz Kanalbau und DVGW CERT sei deshalb ein hervorragender Ansatz, um dem Zertifizierungsaufwand zu optimieren. Im Idealfall sollen durch Abstimmung der Prüfverfahren und Abgleich der Prüfkataloge Doppelerhebungen vermieden und eine Reduzierung der zeitlichen Belastungen bei den Firmen erreicht werden, die Ihre Qualifikation in der jeweiligen Sparte durch den Güteschutz Kanalbau und DVGW CERT GmbH bestätigen lassen.

Anforderungen überschneiden sich

Als Inhaber eines RAL-Gütezeichens für Berstliningverfahren (S 51.01) erwartete Thomsen eine Vereinfachung bei der Erlangung der entsprechenden Zertifizierung GN 3 der DVGW CERT. „Zumal Regelwerk und die Arbeitstechniken im Abwasserbereich in hohem Maße deckungsgleich mit denen im Gas/Wasser Bereich sind“, wie Dipl.-Ing. Dirk Stoffers, ein vom Güteausschuss der RAL-Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragter Prüfingenieur bestätigt. So finden sich in den Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 detaillierte Anforderungen an die Fachkunde, die technische Leistungsfähigkeit und technische Zuverlässigkeit der Bieter sowie die Dokumentation der Eigenüberwachung. Im Einzelnen betrifft dies Anforderungen an Personal, Betriebseinrichtungen und Geräte, Nachunternehmer und Eigenüberwachung, deren Erfüllung die Bieter mit Angebotsabgabe nachweisen müssen.

Sichergestellt wird die Bestätigung der Qualifikation der Firmen unter anderem durch die kontinuierliche Beratung und Überprüfung durch die vom Güteausschuss beauftragten Prüfingenieure. So werden bei Firmen- und Baustellenbesuchen die Erfahrung und Zuverlässigkeit sowie die Ausstattung der Unternehmen in Bezug auf Personal und Betriebseinrichtungen und Geräte bewertet. Besondere Erfahrung des Unternehmens und des eingesetzten Personals belegen Nachweise über entsprechende Tätigkeiten, Zuverlässigkeit wird durch Vorlage eines Organisationsmanagements dokumentiert und in unangemeldeten Baustellenbesuchen

bracht hatte, war es, Wasser durch Stollen und Überleiter aus dem wasserreichen Süden in den trockenen Norden Bayerns zu leiten. Die Bauarbeiten für das Großprojekt dauerten weit über zehn Jahre. Bis heute werden beispielsweise über die „Donau-Main-Überleitung“ jährlich 150 Millionen Kubikmeter Wasser ins Seenland gepumpt.

Wirtschaftsfaktor Nr. 1

Am 1. April 1986 wurden

bestätigt. Hinzu kommen aussagekräftige Referenzen wie zum Beispiel Abnahmeprotokolle. Bei der Überprüfung der Ausstattung des Unternehmens geht es insbesondere um das Personal.

Beurteilungsgruppe S

Zu den Anforderungen der Beurteilungsgruppe S zählt ein Verantwortlicher mit erfolgreicher praktischer fünfjähriger Tätigkeit im Kanal- oder Rohrleitungsbau sowie mit Fachwissen über das jeweils anzuwendende Spezialverfahren, Fachpersonal in angemessener Zahl entsprechend dem jeweiligen Auftragsumfang, mindestens ein Vorarbeiter mit dreijähriger praktischer Erfahrung sowie ein ausgebildeter Spezialist je Bauvorhaben für das jeweils angewendete Verfahren mit personengebundenen Referenzen. Zudem ist die Schulung durch betriebliche Fortbildungsmaßnahmen nachzuweisen. In Bezug auf Betriebseinrichtungen und Geräte müssen alle für die Durchführung der jeweiligen Arbeiten erforderlichen Betriebseinrichtungen vorhanden sein. Geräte müssen in ausreichender Menge und funktionstüchtigem Zustand auf der Baustelle bereitgestellt werden.

Ein so genannter Leitfadens gibt den Umfang der Eigenüberwachung vor. Im Rahmen der Eigenüberwachung sind die maßgeblichen Parameter zu überprüfen und deren Einhaltung zu dokumentieren. Gütezeicheninhaber der Beurteilungsgruppe „Sanierung“ verfügen über ein Handbuch für das jeweilige Verfahren, in dem Anforderungen an Material, Verfahren, Ausführung und Eigenüberwachung definiert sind. Hiermit steht ebenfalls ein wichtiges Instrument zur Verfügung, welches Aussagen über Qualifikation und Zuverlässigkeit eines Unternehmens ermöglicht.

Zuverlässigkeit

Anforderungen in Bezug auf die Anwendung des Berstliningverfahrens werden im Abwasserbereich durch die Gütesicherung Kanalbau, Beurteilungsgruppe S51.01 und im Bereich der Versorgung durch die DVGW-Zertifizierung nach GN 3 definiert. Die Anforderungen bei der Beantragung von entsprechenden DVGW-Zertifizierungen überschneiden sich mit den Anforderungen der Gütesicherung Kanalbau. „Firmen, die in der Gas/Wassersparte tätig sind, weisen ihre Kompetenz, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit anhand von Zertifizierungen nach den DVGW-Arbeitsblättern GW 301 und GW 302 nach“, so Stoffers weiter, der zu Beginn dieses Jahres von der DVGW CERT in die Prüfung des Antrages der Thomsen GmbH einbezogen wurde.

Unternehmen, die nach GN 3 zertifiziert werden wollen, haben der DVGW CERT GmbH eine einschlägige Dokumentation zu überlassen, die die Qualitätssicherung bei Erneuerungsverfahren gemäß GW 323 exemplarisch darstellt. Es muss bereits in der Antragsvorprüfungsphase sichergestellt werden, dass im Unternehmen geregelte Abläufe schriftlich festgelegt wurden und anhand der Dokumentation jederzeit nachvollziehbar sind. Sind diese Rah-

menbedingungen nicht erfüllt, wird die Überprüfung vor Ort nicht veranlasst. Die inhaltliche Bewertung der Qualitätssicherungsmaßnahmen kann nur im Unternehmen selbst erfolgen. Sie legen den DVGW-Experten deren Eignung, Vollständigkeit und Umsetzung der Regelungen dar.

menbedingungen nicht erfüllt, wird die Überprüfung vor Ort nicht veranlasst. Die inhaltliche Bewertung der Qualitätssicherungsmaßnahmen kann nur im Unternehmen selbst erfolgen. Sie legen den DVGW-Experten deren Eignung, Vollständigkeit und Umsetzung der Regelungen dar.

Optimiertes Angebot

Die große Schnittmenge in bestimmten Ausführungsbereichen haben beide Organisationen veranlasst, ein optimiertes Angebot zu erarbeiten. Der Kunde hat nun die Möglichkeit, ein gemeinsames Antragsverfahren zu durchlaufen. Dies vereinfacht die Zusammenstellung der Unterlagen und erlaubt eine zeitliche Abstimmung der Überprüfungen durch die Experten bzw. Prüfingenieure. Der interne Aufwand für die Vorbereitung auf die Prüfung und den Zeitbedarf für deren Durchführung kann minimiert werden. Das Angebot eines gemeinsamen

Prüfungstermins soll dem Rechnung tragen. Zwar werden die Prüfungen weiterhin spartenspezifisch durchgeführt, doch sollen Störungen im Tagesgeschäft und Zeitverlust reduziert werden. Die allgemeinen Teile wie Einführungsgespräch, Vorstellung und Organisation des Unternehmens, Qualitätsmanagement, Arbeitssicherheit und Tiefbaukompetenz können beispielsweise zusammengefasst werden.

Nach der Verleihung des ersten Zertifikates ziehen die Beteiligten ein positives Fazit. Manche Abläufe wurden spürbar vereinfacht. Deutlich wurde allerdings auch, dass noch weitere Potenziale erschlossen werden können. Auf die Hebung dieser Potenziale ist die Arbeit der beteiligten Organisationen ausgerichtet. Rohrleitungsbauverband (rbv) sowie Rohrleitungssanierungsverband (RSV) unterstützen die Prüforganisationen bei der Erarbeitung diesbezüglicher Grundlagen. □



Überzeugende Close-Fit-Technik. □

Grabenlos für den Naturschutz

Mennicke Rohrbau saniert für Wassergruppe Marktheidenfeld mit Close-Fit-Lining

Über 8.000 Gebiete stehen bundesweit unter Naturschutz. Viele übernehmen für unseren Alltag zentrale Funktionen. Allein in Bayern dienen mehr als zehn Naturparks der Trinkwassergewinnung, so auch das Naturschutzgebiet Weihersgrund. Zur Erhaltung einer ausgezeichneten Wasserqualität rehabilitierte Mennicke im Gewinnungsgebiet bei Marktheidenfeld Brunnenleitungen im Close-Fit-Verfahren.

Klar und unbelastet versorgen die Quellen im Naturschutzgebiet Weihersgrund über drei Tiefbrunnen rund 22.000 Einwohner mit Trinkwasser. 60 Liter pro Sekunde aus über 50 Metern Tiefe. In die Qualität der Wassergewinnung investiert die Wassergruppe Marktheidenfeld viel. Bis zum 100-jährigen Verbandsjubiläum im kommenden Jahr sollen die Arbeiten zur Sanierung und Erweiterung der Verbandsanlagen abgeschlossen sein. Für die Erneuerung der Brunnenleitungen und der Zuleitung zum Maschinenhaus im Einsatz war das bayerische Rohrleitungsbauunternehmen Mennicke Rohrbau.

Kleine Baustelle, große Wirkung

Aufgelöste Dichtringe in den Muffen hatten dazu geführt, dass das Wasser aus den PVC-Leitungen in das Erdreich austrat. Auf einer Gesamtlänge von 1.790 Metern wurden die maroden Leitungen (DN 150 und DN 175) des Kiesel-, Gold- und Forstratsbrunnens durch den Einzug von PE-Inlinern SDR 17 grabenlos erneuert. „Eine offene Bauweise war von vornherein ausgeschlossen“, gibt Markus Warmuth-Baron, Niederlassungsleiter Nord, rückblickend an. „Für die Erneuerung der Brunnenleitungen und der Zuleitung zum Maschinenhaus im Einsatz war das bayerische Rohrleitungsbauunternehmen Mennicke Rohrbau.“

war das Faltröhrenrelining durch Close-Fit optimal gewählt.

Die thermomechanische Technologie erlaubt eine schnelle und umweltschonende Installation und garantiert zugleich ein dauerhaft dichtes, vor Innenkorrosion geschütztes Rohr. Letzteres war besonders wichtig, da das Grundwasser am Weihersgrund kohlenstoffaggressiv ist. Durch den hohen Anteil an freier Kohlensäure bot sich für die Brunnenleitungen das diffusionsoffene Polyethylen als bestgeeigneter Baustoff an.

Aufwändiges Vorgehen

Zur Umgehung von Tabuzonen mussten Winden mancherorts 150 Meter von der Baugrube entfernt postiert werden. Nicht minder aufwändig gestaltete sich die Bewältigung der Fliesssande. Häufig auftretende Quellen sind die Folge der artesischen Brunnen vor Ort und bilden nasse feinsandige Böden der Klasse zwei. „Unsere PE-Schweißer mussten hier unter erschwerten Bedingungen volle Leistung bringen“, so Warmuth-Baron. Schweißtechnisch routiniert verbanden Mennickes Spezialisten die PE-Liner innerhalb kürzester Zeit.

Mit dem modernen Close-Fit-Verfahren renovierte Mennicke die Wassergewinnungsanlage im Weihersgrund zügig und reibungslos. Die Brunnenleitungen in der Talau bei Marktheidenfeld sind damit technisch wieder auf dem neuesten Stand. □

25 Jahre Fränkisches Seenland

Ministerpräsident Seehofer und Umweltminister Söder gratulierten

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums haben Ministerpräsident Horst Seehofer und Umweltminister Dr. Markus Söder das Fränkische Seenland als ein Juwel Frankens und Musterbeispiel für vorausschauende Politik der Staatsregierung bezeichnet.

Seehofer: „Bereits vor 40 Jahren hat Bayern ungeheuren Weitblick bewiesen. Die Entscheidung, das Fränkische Seenland zu errichten, um den trockenen Norden aus dem feuchten Süden Bayerns mit ausreichend Wasser zu versorgen und damit zugleich das Altmühltal besser vor Hochwasser zu schützen, war visionär. Das kostbare Gut Wasser soll gleichmäßig allen Regionen im Freistaat zustehen. Die wunderbare Seenlandschaft ist heute Vorbild für nachhaltige Wasserwirtschaft und aktiven Umweltschutz zugleich. Die Staatsregierung hat zur rechten Zeit die richtigen Weichen für eine erfolgreiche, nachhaltige Zukunft Bayerns in allen Landesteilen gestellt.“

Ökologie als Erlebnis

„In der Fränkischen Seenlandschaft soll Ökologie für die Menschen zum Erlebnis werden“, betonte Umweltminister Dr. Markus Söder. Ziel sei, im Einklang mit den Bürgern vor Ort die Natur in der Region weiter zu stärken und vor allem den sanften Tourismus zu fördern. Das Naherholungsgebiet vor den Toren Nürnbergs werde bereits durch mehrere umweltverträgliche Projekte gestärkt.

Seit 2000 hat das bayerische Umweltministerium insgesamt rund 70 Millionen Euro in den Unterhalt der Seen investiert, sagte Söder.

Ideenwettbewerb

Allein im Jahr 2011 fließen rund 5 Millionen Euro aus dem Umweltetat in die Region, so der Umweltminister weiter. Am Altmühlsee wurde bereits ein Beobachtungsturm auf der Vogelinsel errichtet. Im nächsten Jahr sollen weitere Vorschläge aus dem erfolgreichen „Ideenwettbewerb Fränkische Seenlandschaft“ verwirklicht werden, kündigte Söder an. Dafür stellt das Umweltministerium insgesamt 500.000 Euro zur Verfügung. Unter anderem sollen im Altmühlsee schwimmende Inseln mit Pflanzen entstehen, die für höhere Wasserqualität sorgen. Über weitere Vorschläge wird in Absprache mit den Verbänden vor Ort entschieden.

Jahrhundertprojekt

Der Bau des Seenlands im südlichen Franken war eines der größten Landschaftsprojekte des vergangenen Jahrhunderts. Ziel des Projekts, das die Staatsregierung 1970 auf den Weg ge-

Interkommunal erfolgreich:

Kooperation über Gemeindegrenzen hinaus

Experten tagten in Nürnberg zu aktuellen Themen der Stadtentwicklung

Demographischer Wandel, Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, sich permanent wandelnde ökologische Anforderungen und knappe Kassen verlangen von Städten und Gemeinden ein Umdenken in ihrer Kommunalpolitik. Die interkommunale Zusammenarbeit bietet Kommunen dabei eine Vielzahl von Möglichkeiten, ihre Position weiter zu stärken, und kann zukünftig ein wichtiger Handlungsansatz für die öffentliche Hand werden.

Im Rahmen der 3. DSK-Fachtagung in Nürnberg standen Fragen rund um das Thema interkommunale Zusammenarbeit im Fokus: Wie können Kommunen in den unterschiedlichen Themenfeldern und in unterschiedlichen Organisationsformen kooperieren? Welche Fördermöglichkeiten bietet das neue Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ für die überörtliche Zusammenarbeit? Und wie kann ein grenzübergreifendes Kooperationsmodell aussehen? Wo liegen die Chancen und was sind die Risiken derartiger Kooperationen?

Interkommunale Zusammenarbeit ist von Land und Bund gewollt und wird mit Fördermitteln belohnt. Insbesondere Kommunen mit defizitärem Haushalt sind angehalten stärker als bisher zu-

sammenzuarbeiten, um Kosten einzusparen.

Die rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit sind vielfältig. Sie können den Aufgaben entsprechend gewählt werden und z. B. als Verein, Zweckverband oder Kommunale Arbeitsgemeinschaft umgesetzt werden. Univ.-Prof. Dr. habil. Gabi Troeger-Weiß vom Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern und Claus Spandau, Leiter des Kompetenzzentrums für Interkommunale Zusammenarbeit, Wiesbaden, stellten diverse Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit an Beispielen in Bayern und Hessen vor.

Laut einer Umfrage wurden allein in Oberfranken 165 Koope-

rationen unterschiedlicher Art erfasst. Davon finden viele im Bereich Freizeit und Tourismus statt, aber auch auf den Gebieten Wasser, Bildung, Soziales und Regionalmarketing. Ein Beispiel hierfür ist der Verein „Oberfranken Offensiv“, der mittlerweile 300 Mitglieder zählt und sich die Attraktivitätssteigerung der Region zum Ziel gesetzt hat.

Förderung in Hessen

Klaus Spandau legte beispielhaft auch die Fördervoraussetzungen für das Land Hessen dar. Diese besagen unter anderem, dass mindestens drei Kommunen über einen Zeitraum von mehr als fünf Jahren zusammenarbeiten müssen, um Fördergelder zu erhalten.

Eckhard Horwedel, Geschäftsführer der DSK, erläuterte die Programmkomponente „Kleinere Städte und Gemeinden“ und zog eine Zwischenbilanz dieser neu aufgelegten Form der Städtebauförderung, die erstmals bun-

desweit gezielt dem ländlichen Raum bei der Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels helfen will.

Die Fachtagung bot den Besuchern interessante Einblicke in die vielfältigen Verflechtungen unterschiedlicher Städte. So ist die Stadt Herne bereits seit vielen Jahrzehnten mit umliegenden Städten und Gemeinden im Ruhrgebiet verflochten, unter anderem unter dem Motto „Städteregion Ruhr 2030“ mit elf weiteren Städten der Region. Zusammen mit der Universität Dortmund und im Austausch mit vielen Akteuren der Region entstanden zahlreiche Ideen, wie die Region im Jahre 2030 aussehen könnte.

Beispiele aus der Praxis

Interessante Beispiele aus der Praxis legten auch Alfons Brandl, erster Bürgermeister der Stadt Herrieden, und Birgit Höcherl, Bürgermeisterin der Stadt Schönsee, dar. Beide Gemeinden sind aktiv in Netzwerken vertreten und nutzen die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, die Stadt Schönsee mit ihrem Landschaftspark Bayern-Böhmen sogar über die Grenze nach Tschechien hinweg. Die Region Heselberg nutzt seit dem Jahr 2000 die Vorteile größeren politischen Gewichts und gemeinsamer Finanzierungen und hat Fördermittel in Höhe von ca. 12 Mio. Euro erhalten. Mit ihrem Projekt „fränkische Moststraße“ legt die Region sogar eigene Produkte rund um den Apfel auf. Die Stadt Nürnberg im Zusammenschluss mit den Städten Fürth, Erlangen



Eckhard Horwedel, Geschäftsführer der DSK, erläutert das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“.

und Schwabach übt die Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen aus, mit dem Ziel, Ressourcen einzusparen.

Zum Schluss der Veranstaltung wurde das Thema im Rahmen einer Podiumsdiskussion kontrovers diskutiert. Fazit: Interkommunale und regionale Kooperationen sind aufgrund aktueller Entwicklungen und Rahmenbedingungen nicht nur im Bereich der „klassischen“ Kooperationsfelder (z. B. Ver- und Entsorgung) sondern auch in weiteren Themenfeldern wie der Tourismusentwicklung und themenübergreifend von Bedeutung. Ein Blick über die Gemeindegrenzen hinaus macht Sinn! Basis hierfür ist immer gegenseitiges Vertrauen. Ist dieses aufgebaut und verfolgen alle Partner gemeinsame Ziele, können auch für kleine Kommunen hohe Anforderungen auf Landes-, Bundes- und

EU-Ebene durchgesetzt werden.

Die DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG berät und unterstützt öffentliche Auftraggeber seit mehr als 50 Jahren in allen städtebaulichen Aufgabenstellungen. Dabei bietet sie maßgeschneiderte Komplettdienstleistungen in den Bereichen Stadterneuerung, Stadttumbau, Konversion, städtebauliche Beratung, energetische Sanierung und Baugebietsentwicklung an. Darüber hinaus ist die DSK Träger und Investor von diversen städtebaulichen Maßnahmen. Als Marktführer im Bereich der Stadtentwicklung betreut die DSK-Gruppe mit rund 260 Mitarbeitern an 18 Standorten und ihrem Hauptsitz in Wiesbaden ca. 560 Projekte und verwaltet rund 4,9 Mrd. Euro Treuhandvermögen.

Weitere Informationen unter: www.dsk-fachtagung.de

Vom Leerstandsmanagement zur aktiven Branchenmixsteuerung

Von Achim Gebhardt, Berater CIMA Beratung + Management GmbH (München)

Die Schließung innerstädtischer Betriebe ist ein deutschlandweit zu beobachtender Trend, der sich nach Analyse der CIMA mit abnehmender Stadtgröße verschärft. Während in vielen größeren Städten Nach- bzw. Neuvermietungen insbesondere in den IA-Lagen aufgrund des Interesses von Filialisten oftmals noch gelingen, fällt es in Mittel- und Kleinzentren aller Größen weitaus schwerer, angemessene und nachhaltige Nutzungsperspektiven zu schaffen. Ein reines Leerstandsmanagement reicht hier vielfach nicht mehr aus. Vielmehr gilt es, die Immobilienstruktur gezielt und aktiv weiterzuentwickeln. Ein aktives innerstädtisches Flächenmanagement bietet hier erfahrungsgemäß gute Ansatzpunkte, denn: Ungenutzte bzw. unter Wert genutzte gewerbliche Immobilien bedeuten zum einen Kapitalverluste für die Eigentümer, andererseits stellen sie im Sinne einer strategischen Stadtentwicklung auch ein wichtiges Nachverdichtungspotenzial dar.

Die Aufgabenbereiche des Flächenmanagements und die aktive Steuerung des Branchenmix gehen über die Aufgaben des bereits in vielen Städten bekannten Leerstandsmanagements hinaus und ergänzen es um eine strategische Komponente. Neben der weit verbreiteten Sammlung leer stehender Immobilien in einer Datenbank gilt es nunmehr darüber hinaus Maßnahmen für eine sinnvolle Übergangs- bzw. Zwischennutzung sowie im optimalen Fall eine erfolgreiche Vermarktung in die Wege zu leiten.

Der Aufbau von Kontakten zu kommunalen Interessengruppen, die Kontaktierung möglicher Investoren und Expansionsabteilungen sowie die Festlegung von strategischen Entscheidungen für die Entwicklung des Betriebstypen- und Branchenmix in einer Innenstadt bilden den Schwerpunkt in diesem Aufgabenfeld. Die Praxis zeigt, dass insbesondere zwei grundlegende Ansatzpunkte für ein zielgerichtetes und effizientes innerstädtisches Flächenmanagement wichtig sind: Eine fundierte Datenbasis und eine Standortkonzeption, die die Leitlinie für die Fortentwicklung des betreffenden Standortes darstellt.

Oftmals liegen in den Kommunen viele Informationen in Form von Gutachten, Datenbanken, Tabellen, etc. aus den unterschiedlichen städtischen Ressorts wie z.B. Wirtschafts- bzw. Standortförderung, Stadtplanung, Stadtmarketing oder Liegenschaftsamt bereits vor. Seltener liegen sie gebündelt vor und müssen erst – unter Berücksichtigung des Datenschutzes – zusammengeführt werden. Wei-

terhin empfehlen sich intensive Gespräche mit den Eigentümern, bei denen beispielsweise Investitionsvorhaben oder Verkaufsbereitschaft thematisiert werden können. Wichtige Voraussetzung hierbei ist der vertrauensvolle Umgang miteinander und mit den immobilienbezogenen Informationen. Weiterhin sollten auch qualitative Angaben zum Standort und zur Immobiliensituation erhoben werden.

Umfassende Datenbank

Resultat der Zusammenfassung der vorhandenen und zusätzlich erhobenen quantitativen und qualitativen Daten ist in der Regel eine umfassende Datenbank, die als Arbeitsgrundlage für das Flächenmanagement dient. Empfehlenswert ist die Überführung dieser Daten in ein Standortinformationssystem, mit dem sich z. B. die Nutzungsstruktur darstellen lässt, Objektinformationen abfragen, analysieren und visualisieren lassen. So können im Sinne eines Frühwarnsystems z. B. Nutzungscluster identifiziert oder auslaufende Mietverträge dargestellt werden. Im Idealfall bietet es die Möglichkeit, interne (Verwaltung von Eigentümerinformationen, Mietpreise, Kaufpreise, Laufzeit von Mietverträgen, ...) und externe (Immobilienexposés für Standortanfragen) Zugangsbereiche einzurichten.

Der zweite Ansatzpunkt für ein aktives Flächenmanagement sollte eine Standortkonzeption sein, die der betreffenden Geschäftslage ein eigenes Profil und eine eigene Positionierung gibt. Diese kann ab-

hängig sein von der Historie des jeweiligen Quartiers sowie von der Immobilienstruktur und den bestehenden Nutzungen. Für diese Lagen gilt es, einen Zielbranchenmix zu definieren, der Aussagen über gewünschte (und natürlich auch realisierbare) Nutzungen, Sortimente und Betriebstypen gibt. Hierzu ist es notwendig den aktuellen Besatz auf Angebotslücken und fehlende Marken und Betreiber zu überprüfen und deren Marktchancen am Standort zu bewerten. Zu berücksichtigen sind hierbei die potenziell erzielbaren Umsätze, die Anforderung an die Fläche, sowie akzeptierte Mietbelastungen. Zudem sollten Arrondierungsmöglichkeiten berücksichtigt werden.

Warum sind diese Ansatzpunkte so bedeutend? Die Praxis zeigt, dass die reine Vermittlung einzelner Immobilien oftmals nicht mehr ausreicht, um innerstädtische Standorte weiterzuentwickeln. Vielmehr gilt es, eine Entwicklungsstrategie und -perspektive für die Geschäftslage zu definieren und zu verfolgen. Die Kenntnis aktueller Marktdaten, dem aktuellen Branchenbesatz und unausgeschöpfter Potenziale sowie die Anforderungen möglicher Betreiber an die Standort- und Immobilienstruktur gehören ebenso zur Grundausstattung auf dem Weg zu einem aktiven Flächenmanagement wie qualitative Standortinformationen beispielsweise zum Zustand und zur Qualität der vorhandenen Betriebe sowie mögliche Risikofaktoren (Auslaufende Mietverträge, Generationswechsel etc.).

Auf dieser Basis lassen sich ein klares und für alle – insbesondere auch für die Eigentümer – nachvollziehbares Konzept zur Profilierung und Funktion des Standortes sowie eindeutige Aussagen zu einem angestrebten tragfähigen Marken- und Betreiberportfolio formulieren. Dieser Ansatz muss in eine gesamtstädtische Betrachtung sowie – und dies ist ein elementarer Anspruch jedes Investors und jeder Expansionsabteilung – in eine Strategie zur Optimierung der städtebaulichen Qualität eingebettet sein.

Der Bodyguard.

Der Unimog. Serienmäßig mit dem Sicherheitskonzept von Mercedes-Benz.



Im Unimog sind Sie in den besten Händen. Mit seinem einzigartigen Fahrzeugkonzept setzt er schon seit 60 Jahren Maßstäbe – auch bei der aktiven und passiven Sicherheit. Speziell als Geräteträger entwickelt, ist er die ideale Lösung für den kommunalen Einsatz. Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de/unimog.



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

NürnbergMesse Group:

Rekordgewinn zum Ende einer Ära

Geschäftsführer Bernd A. Diederichs in den Ruhestand verabschiedet

Mit einer Rekordbilanz hat der Geschäftsführer der NürnbergMesse Group Bernd A. Diederichs seine 15-jährige überaus erfolgreiche Tätigkeit gekrönt. Bei der Bilanzvorlage des vergangenen Geschäftsjahres konnte der Messechef, der Ende Juli nach Erreichen seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand ging, mit sensationellen Zahlen aufwarten: knapp 205 Millionen Euro Umsatz und rund zehn Millionen Euro Gewinn nach Steuern bei einem Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen von über 41 Millionen Euro.

„Damit haben wir bei Umsatz und Gewinn das mit Abstand beste Geschäftsjahr in der 35-jährigen Geschichte der NürnbergMesse Group erzielt“, freute sich Diederichs über die knapp fünfprozentige Umsatzrendite. Als besonders wichtig erachtete er den Umstand, dass auch die Auslandsstochtergesellschaften – und zwar überproportional – zum Gewinn beitragen. Der Auslandsgewinn belief sich auf über zwei Millionen Euro bei einem Umsatz von fast 12 Millionen Euro allein in den drei Tochtergesellschaften in Brasilien, Nordamerika und China.

Als prägende Erfolgsfaktoren nannte Diederichs die kontinuierliche Internationalisierung der Konzepte, die hohe Motivation

der Kolleginnen und Kollegen, eine konsequente unternehmerische Ausrichtung und ein Führungsteam, das ausgezeichnet miteinander harmonisiert und sich in seinen Stärken ergänzt.

Exzellente Unternehmenskultur

Die Ergebnisse geben dem Geschäftsführer recht: Das Wachstum der Messen kommt heute vor allem aus dem Ausland und auch die Fachmessen im Ausland selbst tragen zum Gewinn bei. Die Mitarbeiterfluktuation im Unternehmen liegt unter zwei Prozent, der Gewinn erreicht nach entsprechenden Investitionen nie gekannte Höhen. Und auch um ihre Unternehmenskultur werden die

Nürnberger Messespezialisten immer wieder beneidet.

Maßgeblich für das hervorragende Ergebnis des Jahres 2010 ist die überdurchschnittlich gute Entwicklung bei der verkauften Ausstellungsfläche sowie den zusätzlich angebotenen Dienstleistungen. So lag die verkaufte Fläche

der NürnbergMesse Group, 2010 waren es 48,8 Millionen Euro (plus 142 %).

Aber auch die weiteren Geschäftsfelder der NürnbergMesse trugen 2010 nachhaltig zum Wachstum der NürnbergMesse Group bei: So stiegen die Eigen- und Partnerveranstaltungen Inland um 68 Prozent auf 85,4 Millionen Euro, das Geschäftsfeld International um 24 Prozent auf 18,6 Millionen Euro und die Gastveranstaltungen um 20 Prozent auf 41,0 Millionen Euro. Lediglich der leichte Rückgang im CCN CongressCenter Nürnberg von 12,6 Millionen Euro auf 11,0 Millionen Euro ist Diederichs zufolge der Großbaustelle im Bereich Mitte bis September vergangenen Jahres geschuldet.

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme

www.renz-container.eu

2010 mit 967.000 qm um rund zehn Prozent über der des turnusgemäß besser vergleichbaren Jahres 2008. Diese Fläche wurde von insgesamt 29.581 Ausstellern gebucht, was einer Steigerung von neun Prozent entspricht.

Neun Prozent mehr Besucher

Am Messeplatz Nürnberg blieb der Anteil der ausländischen Aussteller mit 38 % stabil (2008: 37 %), bei den internationalen Eigen- und Partnerveranstaltungen der NürnbergMesse liegt er bei 49 % (Vorveranstaltungen: 47 %). Insgesamt beteiligten sich an den 159 Fachmessen, Kongressen, Publikumsveranstaltungen und Firmenevents im Portfolio der NürnbergMesse Group 1,38 Millionen Besucher (2008: 1,26 Millionen), was einem Wachstum von ebenfalls neun Prozent in 2010 entspricht.

Immer bedeutender wird der Umsatzanteil, der durch den MesseService generiert wird. Inzwischen bietet die NürnbergMesse Group ihren Kunden ganzheitliche Services an – von der ersten Beratung zur Messeteilnahme über Presse- und Marketingangebote bis zum fertigen Stand. Heute erwirtschaftet der MesseService fast ein Viertel des Gesamtumsatzes

Für das Jahr 2011 geht Diederichs aufgrund der Tatsache, dass die ungeraden Jahre immer noch die schwächeren sind, von einem Umsatz von über 170 Millionen Euro aus – und dies nach 132 Millionen Euro im besser vergleichbaren Jahr 2009. „Wir liegen etwa drei Prozent über unseren Planungen. Neben der etwas besseren Entwicklung der Fachmessen und Kongresse ist dafür vor allem der Kauf der Fachmesse it-sa verantwortlich, die sich ausgesprochen positiv entwickelt und uns sicher noch viel Freude bereiten wird.“

Enge Verbundenheit

Künftig werden sich diese Freude zwei Messechefs teilen: Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann, die am 1. August die Nachfolge von Bernd Diederichs angetreten haben. Mit Ottmann, seit 2005 Mitglied der Geschäftsleitung, hat die NürnbergMesse einen erfahrenen Messestrategen aus dem eigenen Haus an ihrer Seite. Auch Fleck ist der NürnbergMesse eng verbunden. Seit Beginn seiner Amtszeit als Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg ist er Mitglied des Aufsichtsrats der NürnbergMesse und wirkte dort an der strategischen Entwicklung des Unternehmens mit. **DK**



Bodenstabilisierung nach dem CSV-Verfahren: Mit 320 Säulen wurde ein sicherer Baugrund hergestellt.

Untergrundverbesserung nach dem CSV-Verfahren

Nach langem Suchen hat man es endlich gefunden: das Traumgrundstück - günstig, gelegen, herrlicher Blick, Abendsonne. Die Sache hat nur einen Haken: Der Untergrund ist zum Bauen nicht geeignet.

Zum kostspieligen Bodenaustausch gibt es nun eine günstigere Alternative: Die Bodenstabilisierung nach dem CSV-Verfahren.

Funktionsweise

Und so funktioniert's: Mit Hilfe eines Schneckengestänges wird Stabilisierungsmaterial im Vollverdrängungsverfahren in Böden mit ungenügender Tragfähigkeit eingebracht. Die stabilisierende Wirkung ergibt sich aus mehreren Faktoren. Zum einen wird der anstehende Boden von

der CSV-Schnecke verdrängt und schon dadurch verdichtet. Zum anderen entzieht das eingebrachte Trockenmaterial dem umgebenden Baugrund Bodenfeuchtigkeit und bindet zu einer Betonsäule mit einem Durchmesser von 12 bis 18 cm ab. Erfolgt die Herstellung im Grundwasser, wird die Abbindezeit der Betonsäule erheblich verkürzt.

Weitere Informationen: Laumer GmbH & Co. CSV Bodenstabilisierung KG, Bahnhofstraße 8, 84323 Massing, Tel.: 08724/88900, Fax: 88770. **DK**



Messechef Bernd A. Diederichs (Mitte) mit seinen Nachfolgern Dr. Roland Fleck (l.) und Peter Ottmann.

Gerhard Hess (bbiv) zur Verkehrsfreigabe der B15 neu:

Wir bauen zu teuer, weil zu langsam

Mit PPP wäre es deutlich schneller gegangen

München. „Mit der Verkehrsfreigabe des Teilstücks der B15 neu von Saalhaupt bis Neufahrn ist ein erstes Mosaiksteinchen eines künftig mehr dezentral ausgerichteten bayerischen Fernstraßennetzes fertig“, kommentierte Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, die feierliche Verkehrsfreigabe des Teilstücks Saalhaupt-Schierling der B15 neu.

Ziel muss sein, so Hess, das bayerische Fernstraßennetz so auszubauen, dass leistungsfähige Bundesfernstraßen wie die B15 neu als Querverbindungen der Autobahnen dienen und so viel Verkehr von der bayerischen Landeshauptstadt München fernhalten. „Nicht zuletzt erschließen wir mit solchen Verkehrsachsen auch die in den ländlichen Räumen Bayerns schlummernden enormen Potentiale.“

„Jahresscheibchen-Finanzierung“

„Trotzdem bin ich aber unzufrieden, und zwar zweifach: Wie immer in Deutschland hat es eine Ewigkeit gedauert vom Planen bis zum Baubeginn – vierzig Jahre! Zweitens kritisiere ich die Bauzeit. Fünf Jahre für 21 km Bundesstraße – das ist zu lang. Es ist die dramatische Folge unserer Jahresscheibchen-Finanzierung der öffentlichen Haushalte“, so Hess. Die beteiligten Baufirmen müssen die Kapazitäten vorhalten, sie müssen die Baustelle stilllegen und wieder in Gang bringen: „Die teuerste Bauweise, die man sich vorstellen kann!“

Hess: „Das geht auch anders

und besser. Wir müssen dazu nicht nur nach Ungarn schauen, wo ein 80 km langes Teilstück der M6 in zwei Jahren fertig gebaut wurde. Auch in Bayern haben wir mit dem Ausbau der A 8 von München nach Augsburg gezeigt, wie es besser geht.“ Die A 8 von München nach Augsburg wurde höchst erfolgreich als erstes A-Modell in Deutschland ausgebaut. In dreieinhalb Jahren wurden 37 neue Autobahnkilometer gebaut, dreimal so schnell wie auf herkömmliche Art. Hess: „Drei Jahre Bauzeit - statt herkömmlich neun Jahre, das verbilligt die Fremdfinanzierung enorm. Weit mehr als jeder Zinsvorteil, den die Öffentliche Hand – noch – hat.“

Dreifacher Gewinn

Für den Hauptgeschäftsführer erbringt schnelles Bauen durch PPP einen dreifachen Gewinn: „Die Öffentliche Hand muss weniger Mittel aufbringen, der Konzessionsnehmer gewinnt durch eine langfristig ausgerichtete Investition mit stabilen Erträgen, die Nutzer – wir alle – gewinnen durch eine zügig gebaute und hervorragend betriebene Verkehrsinfrastruktur.“

Baugewerbe und Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz:

Bundesrat zur Änderung aufgefordert

„Wir unterstützen den niedersächsischen Gesetzentwurf zur besseren Verfolgung von Schwarzarbeit im Handwerk und fordern den Bundesrat und insbesondere die Bayerische Staatsregierung auf, diesen Gesetzesantrag zu unterstützen.“ Mit diesen Worten kommentierte Andreas Demharter, Hauptgeschäftsführer des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen, einen in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf des Landes Niedersachsen zur Änderung des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes.

Darin wird u. a. die Wiedereinführung des bis 2004 bestehenden Verbots unlauterer Werbung für die selbständige Erbringung handwerklicher Dienst- oder Werkleistungen, insbesondere bei der Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks, und die Erweiterung der Befugnisse der zuständigen Behörden bei der Verfolgung von Schwarzarbeit gefordert.

„Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Abschaffung des Verbots der Werbung für ein zulassungspflichtiges Handwerk ohne Eintragung in die Handwerksrolle sowohl den in aller Regel gutgläubigen Kunden als auch den Meisterbetrieben des Bau- und Ausbaubereichs massiv schadet. Seit es keine Ordnungswidrigkeit

mehr ist, dass „schwarze Schafe“ z.B. mit Kleinanzeigen unter Angabe einer Mobilfunknummer etwa für die Ausführung von Maurer- oder Stukkateurarbeiten werben, hat diese Form der unlauteren Werbung zu Lasten der Qualität und des gesamten Handwerks enorm zugenommen. Es ist doch widersinnig, dass es selbsternannten „Bauhandwerkern“ zwar verboten ist, zulassungspflichtige Handwerke auszuüben, dass sie aber dafür werben dürfen, ohne dass die Behörden eingreifen können“, machte Demharter die Position des Baugewerbes deutlich. Der Bundesrat wird auf seiner Plenarsitzung am 8. Juli 2011 über den Gesetzesantrag des Landes Niedersachsen einen Beschluss fassen. **DK**

Bernd A. Diederichs – eine Bilanz:

Feines Gespür, klare Konzepte

Mit Strategie und Charme hat Bernd A. Diederichs in den vergangenen 15 Jahren die Messegesellschaft in der Riege der Top Ten in Europa etabliert.

In diesem Zeitraum war die NürnbergMesse geprägt von einem hohen Wachstumstempo: Das Portfolio vergrößerte sich um mehr als 30 Fachmessen in Deutschland und in aller Welt. Tochtergesellschaften in China, Nordamerika, Brasilien und Italien wurden gegründet. Gleichzeitig setzte sich Diederichs nachhaltig für den Ausbau des Messegeländes, den Neubau moderner Kongresszentren und die Etablierung zusätzlicher Dienstleistungen am Messeplatz Nürnberg ein. Sein unermüdlicher Einsatz schlägt sich in beeindruckenden Umsatzzahlen nieder: Von 1997 bis 2010 steigerte die zehntgrößte europäische Messegesellschaft ihren Umsatz von 41,5 auf über 200 Millionen Euro.

Sein Augenmerk legte Diederichs von Beginn an auf klare Konzepte mit Profil. Dabei verfolgte er stets das Ziel, mit hoch spezialisierten internationalen Fachmessen Experten eine Plattform zum Wissensaustausch zu bieten. Unter seiner Führung entwickelten die Profis der NürnbergMesse weltweit zahlreiche neue Messekonzepte zur Marktreife. Zudem stand Diederichs, der insgesamt 37 Jahre im deutschen Messewesen tätig war, bei 18 Messekäufen Pate. Viele Veranstaltungskonzepte, zum Beispiel die Weltleitmesse für Bio-Produkte BioFach, wurden während seiner Zeit als Geschäftsführer nicht nur gekauft sondern auch konsequent weiterentwickelt.

Diederichs' Team entwickelte Anfang des Jahrtausends mit dem MesseService ein neues Geschäftsfeld, das 2010 in der Beteiligung am Messedienstleister Holtmann gipfelte. Mit Unterstützung des Langenhagener Spezialisten für Messebau kann die NürnbergMesse ihren Kunden ganzheitliche Services anbieten – von der ersten Beratung zur Messeteilnahme über Presse- und Marketingangebote bis zum fertigen Stand. Heute erwirtschaftet der MesseService fast ein Viertel des Gesamtumsatzes der NürnbergMesse Group, 2010 waren es 47 Millionen Euro.

Mit großem Tatendrang trieb Diederichs darüber hinaus die Auslandsstrategie der NürnbergMesse und den Ausbau ihres Geländes von 106.000 qm auf 160.000 qm voran. Die Eröffnung des CCN CongressCenter Nürnberg katapultierte Nürnberg in die Liga der europäischen Kongressmetropolen. 2010 ging der neugestaltete Kongress- und Eingangsbereich Mitte in Betrieb. Insgesamt investierte die NürnbergMesse von 1997 bis 2010 rund 560 Millionen Euro in den Ausbau und die Modernisierung des Geländes sowie in das Veranstaltungsprogramm im internationalen Ausland. Insgesamt hängen knapp 20.000 Arbeitsplätze in der Metropolregion Nürnberg von den Veranstaltungen der Messegesellschaft ab. **DK**

Bodenstabilisierung nach dem CSV-Verfahren

- keine Grundwasserabsenkung
- kein anfallendes Bohrgut
- Qualitätsnachweis



Tel. 08724/88-900 • CSV@laumer.de • www.laumer.de

Stadt Neusäß:

European Energy Award® im Visier

BayernFM fungiert als akkreditierter eea-Berater

Ob Blockheizkraftwerk oder energetische Sanierungen von Schulen - in Neusäß passiert viel in Sachen Klimaschutz und Energiesparen. Zu nennen sind hier verschiedene Umbauarbeiten an den Grundschulen in Steppach und Sankt Ägidius, bei denen eine Minimierung des Energieverbrauches ein wichtiges Ziel war. Darüber hinaus wurden über 1500 alte Straßenleuchten durch moderne Energiesparlampen ersetzt.

Weil die schwäbische Kommune diesen bereits eingeschlagenen Weg auch in Zukunft kontinuierlich verfolgen und ausbauen will, nimmt sie nun am European Energy Award® (eea) teil. Hierbei handelt es sich um ein Programm für umsetzungsorientierte Energie- und Klimaschutzpolitik. Bürgermeister Hansjörg Durz zufolge „wollen wir unterstreichen und zeigen, wie unverzichtbar es ist, den Klima- und Umweltschutz bei städtischen Entscheidungen mit einzubeziehen“.

Energie und Klimaschutz

Der European Energy Award® erfasst die Energie- und Klima-

schutzaktivitäten der Kommune in verschiedenen Handlungsfeldern (u. a. Kommunale Gebäude und Anlagen, Entsorgung und Versorgung, Mobilität) und bewertet bzw. überprüft diese regelmäßig. Setzt sich eine Kommune nachweislich für den Klimaschutz ein und erfüllt sie bestimmte Voraussetzungen, wird sie am Ende eines Zertifizierungsverfahrens mit dem European Energy Award® öffentlichkeitswirksam ausgezeichnet.

Energierteam

Um die Auszeichnung zu erhalten, hat die Stadt Neusäß jetzt ein Energierteam gebildet, das von der BayernFM als eea-Bera-

ter unterstützt wird. Damit hat der eigentliche Start der Projektarbeit für den European Energy Award® begonnen. Die BayernFM ist der erste klimaneutrale Facility Management Dienstleister in Deutschland und entsprechend zertifiziert. Als eea-Berater steht Rudolf Bruckbeck, der im Bereich Bau + Fläche der BayernFM als Senior Projektleiter tätig ist, der Stadt Neusäß zur Seite.

Ganzheitliche Betrachtung

Die ganzheitliche Betrachtungsweise im Zertifizierungsverfahren tangiert nahezu alle Verwaltungsbereiche. Für die Mitarbeit im Energierteam Neusäß konnten folgende Personen gewonnen werden: Lothar Baumeister (Hochbau), Peter Eisen (Hauptamt), Josef Hoppe (Amt für öffentliche Ordnung), Dietmar Krenz (Bauamt), Kerstin Weidner (Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit)

sowie Benjamin Schröter (Liegenenschaften), Leiter Energierteam. Nach dem Abschluss der Bestandsaufnahme wird das Energierteam um je einen Vertreter pro Fraktion erweitert.

Mit der Ist-Analyse werden die bisherigen Erfolge der Kommune im Energie- und Klimaschutzbereich erfasst. Die Bewertung der in der Kommune erbrachten Leistungen erfolgt nach der Recherchetätigkeit im Rahmen eines Workshops durch das Energierteam mit der Methode der Selbstbewertung. eea-Berater Rudolf Bruckbeck steht dem Energierteam hierbei unterstützend zur Seite. Als Ergebnis der Bewertung erhält die Kommune den von ihr erreichten Prozentsatz der maximal möglichen Punktzahl und damit die Einstufung in der kommunalen Energieeffizienz-Skala.

Maßnahmenplan

Im Energiepolitischen Arbeitsprogramm werden anschließend die energiepolitischen Ziele der Kommune für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren beschrieben. Darauf aufbauend wird ein verbindlicher Maßnahmenplan mit der entsprechenden Prioritätensetzung erstellt, der jährlich im Rahmen des internen Re-Audits aktualisiert wird. Das Energiepolitische Arbeitsprogramm wie auch der Maßnahmenplan werden durch das Energierteam mit Unterstützung durch den eea-Berater erstellt und vom Planungs- und Umweltausschuss beschlossen. Die Neusässer Bürgerinnen und Bürger können sich an der Erstellung und Weiterentwicklung des Energiepolitischen Arbeitsprogramms entsprechend beteiligen. Eine jährliche Erfolgskontrolle (internes Re-Audit) mit Anpassung der Ist-Analyse und des Maßnahmenplans wird entsprechend dem Managementzyklus durchgeführt.

Standortfaktor

Die international anerkannte Zertifizierung soll aussagekräftige Zahlen liefern. Sie sind eine Basis zum Vergleich der Kommunen untereinander. „Wir wollen sehen, wie sich der Energieverbrauch entwickelt“, erklärt Bürgermeister Durz. Es gehe auch darum, etwas in der Hand zu haben, zum Beispiel wenn es um das Vermieten kommunaler Gebäude geht. Letztlich, so der Rathauschef, werde die Steigerung der Energie- und Kosteneffizienz immer mehr zum Standortfaktor für eine Kommune. Die Teilnahme am eea kostet die Stadt im ersten Jahr 15.000 Euro. In den nächsten Jahren halbiert sich der Betrag. Nach drei Jahren wird das Bewertungssystem wiederholt. **DK**

burg. Exemplarisch zeigte er auf, dass Kultur ein enorm wichtiger Faktor für eine Gesellschaft ist. „Kultur ist das, was hält, wenn alles andere aus den Fugen gerät“, sagte Sedmak. So würden immaterielle Dinge wie Werte oder Wissen – die „intangible Infrastruktur“ – gerade in schwierigen Zeiten Kraft geben. Dies sei nicht nur für jeden einzelnen von Bedeutung, sondern auch für eine Region oder ein Land. Mit einem Blick auf die Zukunft gab er zu bedenken: „Wenn wir nicht kulturell gegensteuern, frisst die Ökonomie die Kultur und die Menschlichkeit auf.“ Die Idee einer Metropolregion, in der unterschiedliche Akteure verschiedene Themen gemeinsam für die Region vorantreiben, bewertete Sedmak positiv: „Die Metropolregion ist eine Einheit, die Vielfalt zusammenbringt. Aristoteles hätte seine Freude an der Metropolregion gehabt.“

E-Mobilität im Allgäu

Ein wichtiger Teil der Konferenz war die Präsentation der E-Mobilität im Allgäu. Interessierte konnten auf dem Außengelände E-Cars, Hybrid-Autos und E-Bikes testen und erleben. Der Fahrzeugparcours umfasste e-Autos der neuesten Generation der eTour Allgäu - ein Projekt der Hochschule Kempten zusammen mit den Allgäuer Überlandwerken, das eRuf Porsche Coupé der Firma Ruf Automobile aus Pfaffenhäusern und ein TESLA der VWEW Energie. Ebenso zu sehen waren der brandneue Audi A1 e-tron aus Ingolstadt, Fahrräder und Mountainbikes mit elektrischer Unterstützung der Lechwerke AG sowie Segways. Präsentiert wurde aber auch weniger Bekanntes wie ein E-Gleitschirm, E-Drachen und ein E-Motorrad.

Darüber hinaus war eine Ausstellung zur Metropolkonferenz im Füssener Festspielhaus für Besucher geöffnet und kostenlos zugänglich. Dort präsentierten sich unter anderem die Arbeitsgruppen der Metropolregion München. Bei der AG Mobilität konnten die Besucher das neue Webtool zum Erreichbarkeitsatlas ausprobieren; mit selbst gewähltem Startort, Reisezeitbudget und Verkehrsmittel lassen sich eigene Erreichbarkeitskarten abrufen. **DK**



Das Energierteam Neusäß. Hintere Reihe stehend von links: Peter Eisen, Benjamin Schröter, Dietmar Krenz. Sitzend von links: Josef Hoppe, Kerstin Weidner und Lothar Baumeister. **□**

Ein Lotse für (fast) alle Fälle

Landratsamt Kitzingen stellt virtuellen Familienwegweiser vor

Als „Lotse für – fast – alle Situationen, die Familien betreffen können“, beschreibt Landrätin Tamara Bischof den virtuellen Familienwegweiser des Landkreises Kitzingen, der in der Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Integration vor kurzem vorgestellt wurde.

„110 Seiten, über 200 Links, unzählige Telefonnummern und Internetadressen – das ist der Familienwegweiser in aller Kürze“, erklärt die Landrätin und führt weiter aus: „Er ist ein echtes Serviceangebot für unsere Bürger und ein weiteres wichtiges Element unseres familienfreundlichen Landkreises.“ Der Wegweiser ist in neun Bereiche untergliedert: Kinderbetreuung, Alltagsstress, Kummer und Krisen, Schule, Leistungen für Familien, Schwangerschaft und Geburt, Sport und Freizeit, Gesund aufwachsen, Hilfe bei Krankheit und Behinderung, Familie, Erziehung, Partnerschaft sowie Wohnen und Mobilität im Kitzinger Land. Vor allem schnell und unkompliziert soll der Wegweiser Hilfe geben.

Vielfältige Themen

„Suchen Eltern zum Beispiel einen bestimmten Sportverein für ihr Kind, werden sie fündig, ebenso, wenn sie nach Betreuungsangeboten Ausschau halten oder nach den Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung für Familien“, erklärt Kerstin Betz, Abteilungsleiterin Soziales, Familien, Jugend, Senioren und Gesundheit am Landratsamt. Aber natürlich liefert der Wegweiser auch Telefonnummern und Links zu Problemen wie Essstörungen, Gewalt, Schulden oder auch für trauernde Eltern. „So vielfältig ein Familienleben ist, so vielfältig sind die Themen, die der Wegweiser abdeckt“, betont Betz. Natürlich könne man keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. „Wir freuen uns vielmehr über Anregungen und Er-

gänzungen“, betont die Abteilungsleiterin. Vielleicht fördert der Wegweiser auch mögliche Lücken zu Tage, die bisher noch nicht aufgefallen sind. „Auch hier freuen wir uns auf neue Erkenntnisse, denn schließlich wollen wir unser Angebot für Familien immer weiter optimieren.“

Das Zusammentragen der aktuellen Information war die größte Herausforderung in der Erstellung des Wegweisers. Erst einmal sei es um die Frage gegangen, was es im Landkreis überhaupt alles gibt. Nachdem die Idee für den Familienwegweiser im Juli 2008 im Ausschuss für Familie, Senioren und Integration vorgestellt worden war, befassten sich Arbeitsgruppen, bestehend aus Vertretern von Beratungsstellen, sozialen Einrichtungen, Kindergärten, Schulen und Gemeinden, Hebammen, Kreisräten, der Agentur für Arbeit sowie Mitarbeitern der Kreisverwaltung, mit den neun Handlungsfeldern und füllten sie mit Daten und Fakten. Mitarbeiter der Verwaltung haben die Ergebnisse ergänzt und aktualisiert.

Eine große Aufgabe für die Zukunft ist nun auch, den Familienwegweiser aktuell zu halten. Für die Pflege ist Silke Welter, die stellvertretende Leiterin des Jugendamts, zuständig. Für die heiße Phase gab es Unterstützung durch Projektmitarbeiter Tobias Niedermeyer. Er hat die Daten überprüft und sie vor allem von der Papierform ins Internet übertragen. **Der Familienwegweiser ist über die Startseite des Landratsamts www.kitzingen.de/aktuell oder über www.kitzingen.de/familienwegweiser zu finden.** **□**

EMM-Jahreskonferenz in Füssen:

Wer braucht schon Kultur?

Das Thema Kultur stand in diesem Jahr im Mittelpunkt der Metropolkonferenz des Vereins Europäische Metropolregion München (EMM e.V.). Rund 250 Delegierte kamen hierzu in das Festspielhaus Füssen. Im Außengelände testeten die Besucher die Mobilität der Zukunft. Zahlreiche Aussteller luden zum Probefahren in einem E-Auto und zu Testfahrten mit Segways, E-Bikes und E-Motorrädern ein.

Einmal jährlich kommen alle Akteure der Metropolregion München zusammen und diskutieren ein Thema, das im Verein in Projekten umgesetzt wird. Mit jährlich wechselnden Orten zeigt der Verein auch den großen räumlichen Umgriff der Metropolregion. In diesem Jahr war die EMM zum ersten Mal in einem Landkreis zu Gast – und dies nicht ohne Grund, wie Landrätin Johanna Rumschöttel, die als stellvertretende Vorsitzende des Vereins die Konferenz eröffnete, erläuterte: „Wir haben uns dafür entschieden, dass wir uns gemeinsam positionieren wollen – das heißt, dass wir als Stadt und ländlicher Raum gemeinsam für eine starke Region arbeiten.“ Im Landkreis Füssen zeige sich, dass der ländliche Raum nicht nur Landschaft zu bieten habe, sondern auch ein hohes Maß an Wirtschaft und High-Tech.

Kraft des ländlichen Raums

Johann Fleschhut, Landrat Ostallgäu, hob ebenfalls die Kraft des ländlichen Raumes hervor und machte anhand von Beispielen deutlich, dass auch abseits von Großstädten hochkarätige Kultur zu finden ist: Schlosskonzerte auf Neuschwanstein, Passionsspiele in Waal, das Künstlerhaus in Marktoberdorf oder Veranstaltungen wie die Kulturexpedition.

Füssen sei nicht nur mit Blick auf den ländlichen Raum ein geeigneter Veranstaltungsort, sondern auch für das Thema Kultur besonders geeignet gewesen, konstatierte Gabriel Engert, Kulturreferent der Stadt Ingolstadt und Leiter der Arbeitsgruppe Kultur. Ludwig II., der diesen Ort bis heute prägte, habe Kultur als seinen entscheidenden Lebensentwurf empfunden. Allerdings seien Kunst und Kultur für Ludwig ein Gegenentwurf zum politischen Raum gewesen. Damit es zu dieser Konfrontation zwischen kulturellem Lebensraum und politischem Raum nicht mehr kommt, sondern aus beiden ein Zusammenwirken entsteht, habe

die Europäische Metropolregion München eine Arbeitsgruppe Kultur ins Leben gerufen.

Bei ihrer Gründung vor gut einhalb Jahren hat sich die Arbeitsgruppe Engert zufolge das Ziel gesetzt, die kulturelle Zusammenarbeit in der Region zu verstärken und die Wahrnehmbarkeit der Metropolregion München national wie international als Einheit zu erhöhen. Bei der Metropolkonferenz präsentiert sie bereits das erste Projektergebnis einer Bestandsaufnahme von kulturellen Hot-Spots in der Metropolregion München. Als „EMMpfehlung“ werden besondere Theater, Veranstaltungsorte und Festivals in der gesamten Metropolregion demnächst auch im Internet unter www.kulturregion.eu abrufbar sein.

Wertschöpfung und Kreativität

Die Akteure der Arbeitsgruppe werden auch einen Einblick in die wirtschaftliche Bedeutung des Themas Kultur geben. Die Wertschöpfung, die mit dem Kreativ einhergeht, werde oft vergessen, so Ernst Wolfswinkler, Geschäftsführer des Feierwerk e.V. Daher wird das Thema Kultur- und Kreativwirtschaft seit Mai unter seiner Leitung in der Metropolregion München vorangetrieben. „Entsprechende Untersuchungen auf Bundesebene zeigen, dass dieser Sektor der Wirtschaft einen erheblichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leistet und gleich nach der Automobilwirtschaft und noch vor der Chemieindustrie die drittgrößte Wirtschaftssparte darstellt“, stellte Wolfswinkler fest.

Wichtiger Faktor

Eine philosophische Reflexion zur Bedeutung von Kultur als wichtige Basis für die Lebensqualität einer Gesellschaft gab Professor Clemens Sedmak, Präsident des Internationalen Forschungszentrums für soziale und ethische Fragen (IFZ) aus Salz-



www.bayernfm.de

nachhaltiges
Immobilienmanagement

BayernFM
Bayern Facility Management GmbH

Mit Beratungsleistungen für über 350 Kommunen
ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Hand

Interkommunale Zusammenarbeit:

Über den Tellerrand hinaus

Zentrale Informationsveranstaltung für die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände bei der Regierung von Schwaben

Kirchturmdenken ist passé, so die Botschaft einer zentralen Informationsveranstaltung der Regierung von Schwaben zum Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“. Demographische Entwicklungen, Globalisierung und das Erfordernis kostengünstiger und Ressourcen schonender Aufgabenerfüllung haben für ein gestiegenes Interesse an den verschiedenen Kooperationsformen gesorgt.

Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit – KommZG. Letzteres bestimmt auch, dass Arbeitsgemeinschaften gegründet, Zweckvereinbarungen geschlossen und Zweckverbände sowie gemeinsame Kommunalunternehmen gebildet werden können. Daneben haben die Kommunen auch die Möglichkeit, sich in privatrechtlichen Rechtsformen (AG GmbH, e.V., Stiftungen) zusammenzuschließen.

Zwar hat die Bezirksregierung nach eigener Aussage keinen Überblick, wie viele Zusammenspiele es zwischen Kommunen in der Region gibt. Gleichwohl präsentierte sie Beispiele, die über die „Klassiker“ Wasser- und Abwasserzweckverbände hinausreichen.

So ist beispielsweise das Großprojekt Allgäuer Moorallianz, Marktoberdorf, eines der fünf Sieger im bundesweiten Wettbewerb „chance.natur – Zukunftspreis Naturschutz“.

Der gemeinsam von Bundesumwelt- und Landwirtschaftsministerium initiierte Wettbewerb will neue, zukunftsweisende Konzepte für Naturschutz, großprojekte in Deutschland anstoßen. Nachhaltige regionale Wertschöpfung vor allem in Landwirtschaft und Tourismus spielen dabei im Naturschutz eine große Rolle.

chance.natur-Projekt

Zur Umsetzung des chance.natur-Projekts haben die Landkreise Ost- und Oberallgäu den Zweckverband gegründet; Vorsitzender ist Landrat Johann Fleischhut (Ostallgäu), Stellvertreter Landrat Gebhard Kaiser (Oberallgäu). Das Kerngebiet umfasst zusammen rund 15.000 ha. Den Schwerpunkt bilden die großflächigen Moorlandschaften im Kempter Wald, im Sulzschneider Forst und am Bannwaldsee, daneben das Elbsee-Gebiet und der Wirlinger Wald.

Im Naturschutzteil des Projekts werden zunächst in einem Umsetzungsprozess die vorrangigen und machbaren Maßnahmen festgelegt. Diese Planung wird gemeinsam mit Gemeinden, Grundstückseigentümern, Landwirten und Fachbehörden erarbeitet und ab 2012 realisiert. Eine wichtige Ergänzung bildet das Klimaprogramm Bayern 2020: Aus diesem Fördertopf können schon jetzt Moorschutz-Maßnahmen finanziert werden; die Landschaftspflege- und Naturschutzverbände sind dabei wichtige Partner.

Motto im Teilbereich Regionalentwicklung ist „das Moor mit allen Sinnen erleben“. Kulinarische Genüsse wie regionaler Moorkräuterkäse und Moorbäder im Wellness- und Gesundheitsbereich sind ebenso geplant wie „Moor-Bahnhöfe“ als Ausgangspunkte für Moor-Wanderungen und -Radtouren. Moorerlebniscamps und -Spielplätze für Kinder sind weitere Ideen. Gastwirte, Bauernhöfe und regionale Unternehmen sollen als „Partner der Moorallianz“ gewonnen werden.

Das „Allgäuer Dorf“ wiederum soll ab 2012 bei Füssen nahe dem Festspielhaus entstehen. Wie Bürgermeister Paul Jacob bemerkte, „wollen wir kein Disneyland, aber das Allgäu zum Anfassen“. Auf einer Fläche von 7,5 Hektar sollen unter anderem ein Dorfplatz, eine Kapelle, eine Wirtshaus, eine Brauerei, eine Käseerei und Handwerksbetriebe entstehen. Die Initiative geht vom „Allgäuer Land“ aus, einem Zusammenschluss von zehn Kommunen. Die Investitionen dürften etwa 40 Millionen Euro betragen.

An der Umwandlung des aufgelassenen Fliegerhorstes Leipheim in ein interkommunales Gewerbegebiet sind Stadt und Landkreis Günzburg sowie die Stadt Leipheim und die Gemeinde Bu-

ge Aufführungssituation gewährleistet.

Im Jahr 2006 folgte dann eine weitere Neuerung. So wurde das „Fränkisch-Schwäbische Städte-theater“, wie es nach seiner Benennung als „Burgschauspiel“ seit 1962 hieß, durch Staatsminister Dr. Thomas Goppel, der seit Jahren die Schirmherrschaft der Sommerfestspiele in Dinkelsbühl übernahm, zum „Landestheater Dinkelsbühl“ erhoben.

Einstimmig erfolgte schließlich der Beschluss des Stadtrates im Jahr 2006, den Spitalhof in Dinkelsbühl auszubauen, um dem Theater der Stadt seine erste feste Winterspielstätte zu ermöglichen. Mussten bisher die Proben in einem zunehmend baufällig gewordenen Gebäude in der Bauhofstraße und die Aufführungen während des Winters in dem städtischen Multifunktionsaal, „Schranke“ stattfinden, bestand nun für das Ensemble die Hoffnung auf eine eigene Wirkstätte.

Als die erhofften EU-Fördergelder ausblieben, sicherte der Oberbürgermeister der Stadt Dinkelsbühl Dr. Christoph Hammer, der das Bauprojekt von Beginn an unterstützte, durch seinen engagierten Einsatz die neben den schon zugesagten Fördergeldern des Freistaats Bayern und der Bayerischen Landesstiftung für Denkmalschutz noch fehlenden 350.000 Euro bei 193 Spendern und Sponsoren. So konnte das Ensemble des Landestheaters Dinkelsbühl am 24. Mai 2008 das von Stadtbaumeister Holger Götter und Intendant Peter Cahn geplante, neue Theaterhaus im Spitalhof beziehen und zeigte im Rahmen eines feierlichen Abends als Eröffnungsproduktion

besheim beteiligt. Die 227 Hektar entsprechen der gesamten Siedlungsfläche Leipheims. Seit einem Jahr wird diese Konversion aktiv betrieben. Elf Firmen haben sich bislang angesiedelt, einige davon nutzen bestehende Gebäude nur als Lager. Größtes Vorhaben ist das von den Stadtwerken Ulm/Neu-Ulm geplante Gas- und Dampfturbinenkraftwerk. Ziel ist es, das Gewerbegebiet in spätestens 30 Jahren komplett vermarktet zu haben. Die Kommunen teilen sich die Aufgaben und bündeln sie gleichzeitig: Am Landratsamt Günzburg ist der Sitz der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, die Stadt Günzburg ist für die Finanzverwaltung zuständig, Leipheim übernimmt die Verkaufs- und Interessentenbetreuung.

Gewerbegebiet Hauser Wiesen

Durch ihre Kooperation im Zweckverband „Interkommunales Gewerbegebiet Hauser Wiesen“ haben die Nachbargemeinden Markt Scheidegg und Lindenberg im Allgäu erreicht, was zuvor beide alleine nur schwer verwirklichen konnten. Geeignete Gewerbeflächen zu finden, stellte für die touristisch geprägten Kurorte wegen des sensiblen Landschaftsraumes und lufthygienischer Bedenken eine Herausforderung dar. In dem auf Scheidegger Seite bereits vorhandenen Bebauungsplan für ein Gewerbegebiet war es schwer, optimale Grundstückszuschnitte zu finden, da eine vorhandene Bachverdolung, die bestehende Trafostation mit Hochspannungsleitungen, der erforderliche Abstand zur Bundesstraße 308 sowie die Lage der notwendigen Retentionsmulden den planerischen Entwurf stark einschränkten. Durch die Synergie-Effekte der letztendlich umgesetzten grenzüberschreitenden Lösung gelang es gleich mehrere dieser Probleme zu lösen bzw. zu minimieren, um vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen.

Güterverkehrszentrum

Wie schließlich der Augsburger Stadtdirektor Gerhard Ecker berichtete, waren beim Projekt Güterverkehrszentrum Region Augsburg die Städte Augsburg, Neu- saß und Gersthofen lange damit beschäftigt, auf dem 120 Hektar großen Gelände eine moderne Schnittstelle von Schiene und Straße zu schaffen. Das GVZ Region Augsburg spielt im regionalen, nationalen und internationalen Güterverkehr eine wichtige Rolle. Als Umschlagplatz in zentraler Lage an Bahn- und Straßenverbindungen ist das Areal langfristig nicht nur die Güterdrehscheibe der Region, sondern auch Gateway im alpenquerenden Verkehr, Zugang zum Korridor nach Süd- und Ost-europa und Hinterland-Standort für Seehafenverkehre. 2012 ist Baubeginn, 2013 soll das Terminal eröffnet werden. **DK**

Martin Wolf neuer Landrat in Pfaffenhofen

Der CSU-Politiker Martin Wolf wird neuer Landrat im oberbayerischen Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm. Bei einer Stichwahl entschieden sich die Bürger mit 52,1 Prozent der Stimmen für den Ministerialbeamten. Der Bewerber der Freien Wähler, Dr. Rolf Deml, erhielt 47,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 31,5 Prozent. Die gut 90.000 Stimmberechtigten waren nach der Amtseinführung des 2008 gewählten Landrats Josef Schäch von den Freien Wählern an die Urnen gerufen worden. Grund war eine Verurteilung wegen Untreue. **DK**

Donaukraftwerk Jochenstein AG:

Freude über positive Landesplanerische Beurteilung

Dem Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl einen Schritt näher

Mit der Bekanntgabe der Landesplanerischen Beurteilung beendet die Regierung von Niederbayern offiziell das Raumordnungsverfahren zum Zukunftsprojekt „Energiespeicher Riedl“, das als Ergänzung zum bestehenden Donaukraftwerk Jochenstein die Errichtung eines 300-Megawatt-Pumpspeicherkraftwerks vorsieht. Auf einer Pressekonferenz der Regierung von Niederbayern wurden die Ergebnisse vom Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Martin Zeil, und dem Regierungspräsidenten von Niederbayern, Heinz Grunwald, vorgestellt.

„Wir freuen uns, dass mit der grundsätzlich positiven Landesplanerischen Beurteilung der Regierung von Niederbayern das Raumordnungsverfahren erfolgreich beendet worden ist“, kommentierte die beiden Vorstände der Donaukraftwerk Jochenstein AG (DKJ), Herfried Harreiter und Johann Strobel, die offizielle Bekanntgabe der Ergebnisse in Landshut.

Im Sinne der Energiewende

„Mit dem vorliegenden Dokument ist ein wichtiger Schritt im Sinne der angestrebten Energiewende in Deutschland getan“, informierte Strobel, kaufmännischer Vorstand der DKJ. „Auch in der Landesplanerischen Beurteilung kommt zum Ausdruck, welchen wichtigen Beitrag der Energiespeicher Riedl leisten wird, um die dringend erforderlichen Speicherkapazitäten für Wind- und Sonnenstrom zur Verfügung zu stellen und die Stabilität unserer Netze zu unterstützen.“

Insgesamt waren über 30 Stellungnahmen zum seit 29. Oktober 2010 laufenden Raumordnungsverfahren bei der Regierung eingegangen. Aus der Bewertung dieser Stellungnahmen entwickelte die Regierung ein Paket von Optimierungsmaßnahmen zu dem Projekt der deutsch-österreichischen DKJ, an der die Rhein-Main-Donau AG und VERBUND AG jeweils zur Hälfte beteiligt sind.

Hohes Schutzniveau

Herfried Harreiter, für die Technik zuständiger Vorstand der DKJ, hält die vorliegenden Maßgaben zur Optimierung des Umwelt- und Naturschutzes für machbar: „Das Projektteam hat im Zuge der laufenden Planungen und unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus den Verhandlungen und Gesprächen mit Bürgern sowie Gemeinde- und Behördenvertretern kontinuierlich an Optimierungsvarianten gearbeitet. Wir sind überzeugt, dass wir auch mit Hilfe von erfahrenen und ausgewiesenen Experten und Sachverständigen dem sehr hohen Schutzniveau der ökologisch sensiblen FFH- und Naturschutzgebiete voll und ganz Genüge leisten werden.“

Optimierungsmaßnahmen

Schwerpunkte der Landesplanerischen Beurteilung bilden die Belange der örtlichen Bevölkerung, der Wirtschaft, der Land- und Forstwirtschaft sowie des Tourismus. Auch hier geht das Projektteam davon aus, dass durch die vorgesehenen Optimierungsmaßnahmen noch besser auf diese berechtigten Belange eingegangen werden kann. Die Donaukraftwerk Jochenstein AG ist zuversichtlich, dass trotz der notwendigen Umplanungen zur Projektoptimierung der vorgegebene Zeit- und Budgetrahmen gehalten werden kann.

Wichtigste Vorgabe der Landesplanerischen Beurteilung ist die bereits kommunizierte Planungs-optimierung durch eine Verlegung des Ein- und Auslaufbauwerks aus dem Unterwasser des Kraftwerks Jochenstein in den oberhalb des Kraftwerks gelegenen Stauraum direkt auf das Gelände des Do-

naukraftwerks Jochenstein sowie die Verlegung des Einstiegs in die Fischwanderhilfe flussabwärts auf österreichisches Gebiet, um den Lebensraum des Sterlets bei der Ortschaft Jochenstein optimal zu schützen. Daraus ergibt sich auch eine modifizierte Ausführung des Oberbeckens zwischen den Untergräbchen Orsteilen Gottsdorf und Riedl sowie bei der Streckenführung der unterirdischen Triebwasserwege.

Diese Projektoptimierungen werden in den nächsten Monaten auf ihre Machbarkeit hin untersucht. Die DKJ beabsichtigt, die Planungen bis Ende des Jahres abzuschließen, so dass die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens Anfang 2012 erfolgen kann. **□**

BAVERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Lutz Roßmann (Landtag)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Niederbayern nimmt Abschied vom Kirchturmdenken

Sieben Landkreise wollen nach oben: „Aufbruch jetzt“ als gemeinsames Zukunftsprojekt

Umfangreicher als die Bergpredigt ist eine mit über 320 Seiten starke Zusammenfassung der wichtigsten Ziele für den Bezirk Niederbayern. Die Kurzfassung mit 70 Seiten summiert alle Forderungen und Wünsche, um der demographischen Entwicklung zu begegnen. Die Erfahrungen des Alltags gaben den Ausschlag für dieses ambitionierte Vorhaben. Seit Jahren hält die Abwanderung der Jugend an, der ländliche Raum gerät ins Abseits und mit der aufblühenden Konjunktur stellt sich ein Arbeitskräftemangel ein, der wiederum die wirtschaftliche Entwicklung bremst.

Es ist schon bewundernswert, wie sich die politisch Verantwortlichen, voran alle Landräte im Regierungsbezirk, unter der Federführung ihres Deggendorfer Kollegen Christian Bernreiter, für dieses Projekt eingesetzt haben. Und zwar schon lange vor der Publikation des umstrittenen Gutachtens des wissenschaftlichen Beirats, das sich gerade aus Niederbayern einer heftigen Kritik stellen musste, weil der ländliche Raum darin weitgehend aufgegeben wurde.

Zentrale Herausforderungen

In acht Arbeitskreisen wurden alle wichtigen Politikfelder behandelt, und die zentralen Herausforderungen benannt. Wohl einzigartig an dem Vorhaben ist die Tatsache, dass sich hier eine Region – und hier ist die engagierte Zusammenarbeit der Landräte besonders zu betonen – nicht nur mit wohlfeilen Forderungen an München, Berlin und Brüssel zufrieden gibt, sondern auch direkt und durch die Blume eigene Anstrengungen anregt.

Der Passauer Landrat Franz

Euregio Inntal:

Vielfältige Aktivitäten

Mit zwei wichtigen Veranstaltungen wartete die Euregio Inntal – Chiemsee – Kaiserberge – Mangfalltal vor kurzem auf: Zum einen mit ihrer Generalversammlung, in der vielfältige Aktivitäten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufgezeigt wurden, und zum anderen mit der Fachtagung „E-Mobility“ in der Euregio. Beide Veranstaltungen fanden im österreichischen Wörgl statt.

Die Euregio arbeitet seit mittlerweile über zehn Jahren für den europäischen Einigungsprozess auf regionaler Ebene und unterstützt so den Gedanken eines zusammenwachsenden Europas. Präsident Franz X. Heinritzi, Bürgermeister des bayerischen Marktes Bruckmühl, präsentierte den Mitgliedern im Rahmen der Generalversammlung gemeinsam mit Geschäftsführer Walter Weiskopf die umfangreichen Tätigkeiten der vergangenen Monate.

So wurden in der Euregio Inntal Großprojekte aus den Bereichen Tourismus, Wirtschaft, Soziales und Netzwerke mit Gesamtkosten von rund 2,1 Mio. Euro genehmigt, die mit Förderungen der EU umgesetzt werden. Dazu kamen Kleinprojekte („people to people-Ebene“) mit Gesamtkosten in Höhe von rund 125.000 Euro.

Veranstaltungen wie die Euregio Inntal Preisverleihung an Personen und Institutionen für ihre herausragenden grenzüberschreitenden Leistungen oder öffentliche Fachtagungen zu den Themen Ländlicher Raum und Tourismus unterstützen den regionalen Zusammenhalt und boten eine ideale Diskussionsplattform für raumrelevante Anliegen.

Nach dreijähriger bayerischer Präsidentschaft standen eine Neuwahl des Präsidiums und ein Wechsel der Führung nach Tirol an. Euregio-Mitbegründer Prof. Walter J. Mayr, langjähriger Vizebürgermeister der Stadt Kufstein, wurde einstimmig als neuer Präsident gewählt. Der bisherige Präsident Franz X.

Meyer brachte gleich ein zentrales Problem zur Sprache: Die unzureichende finanzielle Grundlage der Kommunen. Im Vergleich zu den Ballungsräumen, vom „goldenen München“ gar nicht zu sprechen, müssten die Interessen der ländlichen Gebiete ausreichend berücksichtigt werden. Zugespitzt gesagt: Die großen Städte kommen beim Finanzausgleich besser weg. Es sei deshalb eine Regelung notwendig, mit der Regionen, die mit besonderen demographischen Problemen belastet sind, eine bessere Finanzausstattung erhalten. Der Demografiefaktor, der im Finanzausgleichsgesetz auf fünf Jahre befristet ist, solle fortgeführt und auf zehn Jahre ausgedehnt werden.

Prinzip des Armenrechts

In einer umfangreichen Stellungnahme zum Thema „Tourismus, Sport, Natur“, die unter Leitung des Regener Landrats Heinz Wölfl erstellt wurde, werden dringende Probleme angesprochen. Die Förderung der Tourismusregion Ostbayern auch durch den Freistaat erfolgt auf dem Prinzip

des Armenrechts. Er konnte dies mit Zahlen belegen; das kleinere Oberösterreich erhält zwölf Millionen Euro an Fördermitteln, Ostbayern gerade mal eine Million. Damit lässt sich kein wirkungsvolles Marketing finanzieren. Konkret appellierte Wölfl an das Wirtschaftsministerium, die Ansiedlung von Centerparks in Frauenau zu unterstützen. Wichtig sei ferner die Modernisierung von Sport- und Freizeitanlagen und die Unterstützung der Vereine. Außerdem sollten die Bedingungen für die Ausrichtung internationaler Wettkämpfe verbessert werden.

Landwirtschaft im Fokus

Die Landwirtschaft spielt für Niederbayern nach wie vor eine zentrale Rolle. Folgerichtig erinnerte der Landrat von Straubing-Bogen, Alfred Reisinger, wie wichtig es sei, Bauernhöfe an die Breitbandversorgung anzubinden. Er regte die Gründung einer niederbayerischen Energieagentur an und die Förderung kleiner Energieversorger, mit der Einbindung der Kommunen. Um den Flächenverbrauch zu begrenzen, sollen Ortskerne belebt und Neubaugebiete am Ortsrand reduziert werden.

Da die Zukunft den Frauen stärkere Chancen bieten muss, eine Berufstätigkeit auszuüben, gilt das große Augenmerk der Kinderbetreuung und den Kindertagesstätten. Zu dieser Schlussfolgerung kam Hubert Faltermeier, Landrat von Kelheim. Im Blick auf die wachsende Zahl der Senioren müsse der Pflegeberuf gestärkt und für junge Erwachsene solle ein soziales Jahr attraktiver werden.

Infrastrukturprojekte

Die Fachleute aus der Wirtschaft, die Präsidenten der Kammern, Josef Dachs und Franz Prebeck, sprachen von einer Angst vor dem Arbeitskräftemangel und lenkten die Aufmerksamkeit auf notwendige Infrastrukturprojekte: Weiterbau der A 94, ein zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Plattling-Landshut und positive Entscheidungen zum Donauausbau.

Ein weiterer Arbeitskreis nahm sich der Bildung und Wissenschaft an. Straubings Oberbürgermeister

Initiativen in der Forschung & Entwicklung.

Der Weg zu einer „elektrischen Massenmobilität“ ist nicht zuletzt aufgrund der aktuell hohen Preise von E-Fahrzeugen und der dazugehörigen Infrastruktur noch weit. Die Teilnehmer waren sich aber auch einig, dass die Potentiale vielfältig sind: E-Fahrzeuge weisen einen geringeren Energieverbrauch als konventionelle Kraftfahrzeuge auf, sie produzieren weniger CO₂-Emissionen, haben niedrigere Betriebs- und Wartungskosten, der Motor ist nahezu geräuschlos und nicht zuletzt bietet der neu entstehende Markt eine große Chance für die Industrie.

Ganzheitliche Mobilitätskonzepte

Um die Elektromobilität weiter voranzutreiben, ist neben einer engen Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft vor allem die Entwicklung ganzheitlicher Mobilitätskonzepte entscheidend, so das Fazit. Nachhaltige und kundensorientierte Vernetzung, z. B. zwischen öffentlichem und individuellem Verkehr, sei ein Gebot der Stunde. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Binden oder nicht binden, das ist heut' die Frage! Ist's möglich, ohne Seidenstrick zu gehen oder sollt' ich mich beugen ewer Konvention?“ Mein Chef, der Bürgermeister, stand mit offenem Hemdkragen feixend vor mir; eine scheußlich geblühte Krawatte aus den 70er Jahren in der Hand.

In seinen Augen hatte ich Spott verdient, denn ich hatte mich beim wichtigsten bayerischen Aufgeregten dieses Sommers, dem modischen Auftritt unseres Ministerpräsidenten beim Landtags-Empfang in Schleißheim, dezidiert auf die Seite der ästhetisch argumentierenden Frauen geschlagen, während mein Chef lebhaft mit dem Schlips-Boykottor Horst Seehofer sympathisierte. Und er hat ja wirklich schwer zu widerlegende Kronzeugen auf seiner Seite: So Bundespräsident Christian Wulff, der beim Sommerin-

sogar an der Art und Weise des Bindens Rückschlüsse auf den Träger ziehen, wobei ich nicht dafür die Hand ins Feuer lege, dass ein perfekt gebundener Windsor-Knoten von Intelligenz und geistiger Beweglichkeit Zeugnis ablegt, angeblich weil er so kompliziert zu formen ist.

Wie dem auch sei, eine Krawatte zu tragen, gehört sich in vielen Situationen. Basta. So sagt es die Konvention und es braucht dafür keine weitere Rechtfertigung. Obwohl in vielen Ländern die Binder-Losigkeit fortschreitet. In heißen Ländern wie Israel sind Krawatten eher unüblich und auf sehr formelle Anlässe beschränkt. In Spanien tobt derzeit ein Schlips-Krieg, weil der sozialistische Parlamentspräsident von Abgeordneten und Ministern das Tragen des seidenen Symbols maskuliner Uniformität verlangt, während sich (konservative!) Rebellen schon in Bermudas, Poloshirts und Sandalen (Gott sei Dank ohne Socken) in der Cortes haben blicken lassen.

Glaubenskriege aller Orten! Dabei sollte man die Motive der Kämpfer sorgfältig beachten. Vielen, wie den wackeren spanischen Deputierten, geht es schlicht um etwas Bequemlichkeit an heißen Tagen und eine kleine Flucht aus der Gleichförmigkeit. Andere wollen durch demonstratives Fernlassen des Symbols abendländischer Konventionen signalisieren: Hey, ich bin ein dufter Typ, einer von euch, kein abgehobener Schlips-Schnösel. Niemand sollte sich aber einbilden, er würde bloß wegen des Krawatten-Verzichts locker und volkstümlich daherkommen. Je biederer und verbiesterter der Typ, desto alberner wirkt die Binder-Abstinenz.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat für sich einen Weg gefunden: Er sieht die Krawatte als Zier an, die er trägt, wenn er es für angemessen hält und sich damit wohl fühlt. Wenn es passt, kommt er auch schon mal sportlich daher, mit Jeans, Polo- oder T-Shirt oder einem flotten Anzug oder einer Kombi mit Hemd ohne Kragenknopf. Damit wird er auch am ehesten dem Satz von Giorgio Armani auf dem heutigen Kalenderblatt gerecht: „Ein Mann muss keine Krawatte tragen, um elegant auszusehen.“

Glaubenskrieg um die Krawatte

interview Lockerheit und Volksnähe durch ein offenes Hemd demonstrierte oder den mächtigsten Mann der Welt, den US-Präsidenten und seinen mächtigsten Gegner, den republikanischen Oppositionsführer, die ihr Land demonstrativ entspannt ohne Binder, aber im Maßanzug, in den Schuldenstrudel manövrieren.

Tatsächlich ist die Krawatte das seltsamste modische Accessoire, das man sich denken kann. Einer Legende nach standen die Halbtücher, die sich verwegene kriegerische Reiter aus Kroatien im Siebenjährigen Krieg umbanden, Modell für diese Art Manneszier. Aber wozu soll ein solcher Kulturstrick gut sein, außer der vom Löffel tropfenden Suppe als Zielgebiet zu dienen?

OK, eine Krawatte kann ein Statement sein, so sagen wenigstens die Psychologen. Kräftige Farben zum weißen Hemd und dunkelblauen Anzug verraten Stärke und Entschlossenheit, weshalb sich die Führer dieser Welt gerne mit blutroten, tiefblauen oder schreiend grünen Bindern zeigen. Manche Eliteschulen und Edel-Universitäten in angelsächsischen Ländern nutzen Krawatten als Erkennungszeichen ihrer Mitglieder und Ehemaligen. Wer tief genug in die Sprache der Schlipse eingedrungen ist, kann

Markus Pannermayr und der Landrat von Dingolfing-Landau, Heinrich Trapp reklamierten zusätzliche Lehrstühle an der Universität Passau, außerdem soll ein gemeinsames Transferzentrum „Technik & Innovation“ der Uni Passau gemeinsam mit der Hochschule Deggendorf entstehen. Besonders begrüßenswert, und hier zeigt sich wohl die Handschrift des Deggendorfer Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Hochschulausschusses Bernd Sible, dass man sich in Niederbayern verstärkt auf praxisnahe Lehrstühle fokussiert, vor allem im Bereich Informationstechnik, Elektronik und Verkehr. Außerdem sollen vermehrt „Außenstellen“ der Hochschulen für Innovation in weiterem Umkreis sorgen.

chen Baden-Württembergs, sind der Schlüssel zum Erfolg einer Region.

Launige Formulierung

Natürlich ist allen Beteiligten klar, dass der Wunschzettel Kosten produzieren würde, die unerfüllbar sind. Ministerpräsident Horst Seehofer brachte es auf die etwas launige Formulierung: Für all die Wünsche Niederbayerns würde man den gesamten bayerischen Staatshaushalt benötigen. Doch sehen wir auch die Chancen einer solchen Fleißarbeit: Wenn sie von allen Ernst genommen wird, und auch Eigeninitiativen mobilisiert werden können, dann sind gemeinsame und auch erreichbare Ziele formuliert. Die oftmals so hinderliche Kirchturmpolitik und die an Wahlen orientierten Egoismen könnten leichter überwunden werden.

Gerade im Tourismus zeigt sich: Nur wenn eine größere Region alle Kraft auf einen starken Markenauftritt konzentriert, wie dies in Österreich, aber auch in anderen Ferienländern wie Kroatien mittlerweile der Fall ist, wird man in Norddeutschland wieder stärker auf den Bayerischen Wald aufmerksam. Landrat Bernreiter gebührt das Verdienst, dass er dieses schon sehr arbeitsintensive und in Deutschland wohl einmalige Projekt auf den Weg gebracht hat. Und Ministerpräsident Seehofer hat das Papier mittlerweile an alle Ministerien weitergeleitet. Im November will die Staatsregierung erste Antworten liefern

Karl Jörg Wohlhüter

the Sabriul

Verleihung des Bayerischen Verdienstordens

Ministerpräsident Horst Seehofer hat im Antiquarium der Residenz München im Rahmen einer Feierstunde 61 Persönlichkeiten mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.

Aus der kommunalpolitischen Familie wurden heuer mit dem Bayerischen Verdienstorden geehrt: Siegfried Balleis, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, Dieter Döhla, Rechtsanwalt, Oberbürgermeister a. D. der Stadt Hof sowie Bruni Mayer Landrätin des Landkreises Rottal-Inn.

Aktiver und kreativer Einsatz für den Freistaat

Wie Ministerpräsident Seehofer hervorhob, „sind Bayerns Stärke seine Menschen, die sich aktiv und kreativ für den Freistaat einsetzen und unglaublich viel bewegt haben“. Die Ordensträger seien „leuchtende Vorbilder, die sich für unsere bayerische Heimat in beeindruckender Weise verdient gemacht haben“.

Für solch engagierte Bürgerinnen und Bürgern wurde im Jahr 1957 der Bayerische Verdienstorden ins Leben gerufen. Die Gesamtzahl der lebenden Ordensträger ist auf 2000 begrenzt. □

Bald mehr Führungsfrauen beim Bezirk?

Gleichstellungsbeauftragte: In nächster Zeit werden wieder Leitungsfunktionen frei

Noch immer stehen beim Bezirk Unterfranken überwiegend Männer auf dem Podest: Von den rund 220 Leitungsfunktionen in der Hauptverwaltung und den Bezirkseinrichtungen ist nicht einmal jede dritte mit einer Frau besetzt. „Nachdem die Fluktuation momentan sehr gering ist, hat es in letzter Zeit auch nicht allzu viele Möglichkeiten gegeben, den Frauenanteil zu erhöhen“, erklärte die bezirkliche Frauenbeauftragte Brigitte Steinruck im Bezirkstag.

Ein Drittel Führungsfrauen klingt gar nicht so schlecht, doch relativiert sich das Ergebnis angesichts der hohen Zahl weiblicher Beschäftigter. Fast 2.900 Menschen arbeiten beim Bezirk. 70 Prozent sind Frauen. In den nächsten Jahren haben sie endlich wieder bessere Chancen, aufzusteigen, unterstrich Steinruck: „Aus Altersgründen stehen einige Neubesetzungen von Leitungsfunktionen an.“ Ihre Aufgabe sieht die Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht zuletzt darin, Frauen durch Fortbildungen fit zu machen für eine Funktion auf Leitungsebene. So wird es im September ein Seminar mit dem Titel „Berufliches Weiterkommen - Ich traue mir's zu!“ geben.

Dass Frauen trotz nachgewiesener besserer Schulleistungen Probleme haben, ihr Führungstalent zu erproben, hat viele Gründe. Einer ist laut Bezirkstagspräsident die Tatsache, dass viele Frauen nur Teilzeit arbeiten. Fast jeder zweite Job beim Bezirk wird nicht voll ausgeübt. Nahezu 90 Prozent aller Teilzeitkräfte sind weiblich. Dotzel: „Sie arbeiten nur 20 Stunden oder weniger in

der Woche.“ Die Gleichstellungsbeauftragte, wünscht sich der CSU-Politiker, solle Frauen stärker für eine Vollzeitstelle motivieren. Denn Führungspositionen in Teilzeit zu besetzen, gestalte sich in der Praxis oft schwierig.

Unabhängig von beruflichen Ambitionen will Steinruck auch die Souveränität, das Knowhow und die Kompetenzen von Frauen stärken und die Bezirksbeschäftigten für das Thema „Gleichstellung“ sensibilisieren. Insgesamt acht Fortbildungen finden hierzu heuer statt, zwei sind auch für Männer offen. An den fünf bereits organisierten Seminaren nahmen 60 Bezirksbeschäftigte teil. Sieben davon waren Männer. Um Frauen in Führungs- und Leitungspositionen zu unterstützen, gibt es außerdem vier Supervisionsgruppen mit jeweils bis zu neun Frauen, die sich dreimal im Jahr treffen.

Neben dem Thema „Gleichstellung“ sind auch sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mobbing beim Bezirk keine Tabuthemen. In Bezirkseinrichtungen wie den Kliniken in Lohr, Münnerstadt oder Werneck bietet Steinruck regelmäßig Sprechstunden für

Frauen an, die Probleme an ihrem Arbeitsplatz haben: „Daneben kommen Kolleginnen auch zu mir ins Büro.“

Forderungen

Das Thema „Gleichstellung“ ist aktuell brisant, wird doch just massive Kritik daran geübt, wie



Botschafter werben für Bamberg

Das diesjährige Treffen der Botschafter des Wirtschaftsraumes Bamberg auf der Giechburg stand ganz im Zeichen des bewährten Erfahrungsaustausches sowie der Neuaufnahme weiterer regionaler Persönlichkeiten in die Botschafter-Riege: Der Erfolgsmanager der Brose Baskets, Wolfgang Heyder (2. v. l.), Rhetorik-Trainer Michael Ehlers (Mitte) sowie Hans Thomann vom größten Musikhaus Europas aus Treppendorf (2. v. r.) wurden an diesem Abend von Landrat Dr. Günther Denzler (r.) und Oberbürgermeister Andreas Starke (l.) zu Botschaftern für Stadt und Landkreis Bamberg ernannt.

2002 haben die Wirtschaftsförderungen von Stadt und Landkreis die Aktion „Botschafter werben für den Wirtschaftsraum Bamberg“ ins Leben gerufen. Ziel war und ist es, gemeinsam neue Wege der Vermarktung der Region Bamberg zu beschreiten und Netzwerkmöglichkeiten zu schaffen. Die Aktion stößt seitdem auf großes Interesse. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur haben sich in den vergangenen Jahren bereit erklärt, ihre nationalen und internationalen Kontakte zu nutzen, um als Botschafter für die Region Bamberg zu werben. Mit der Initiative soll die Region als begehrter Wirtschaftsstandort weiter ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt und die Attraktivität des Wirtschaftsraumes nach außen getragen werden.

die Bundesregierung mit der Problematik der noch immer nicht gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern umgeht. Anlass ist die Veröffentlichung des Ersten Gleichstellungsberichts. Er vergleicht die Lebensläufe von Männern und Frauen in Deutschland. Zwei Jahre hatte eine Sachverständigenkommission hieran gearbeitet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros (BAG) fordert mit Verweis auf den Bericht die Abschaffung der Minijobs, gleiche Entlohnung und eine Frauenquote in Führungspositionen. Hier tue die Politik deutlich zu wenig.

Pat Christ

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LK Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH, München sowie eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Genossenschaftstag 2011 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Bürgermeisterkonferenz im Landkreis Regensburg:

Nachdenken über neue Formen der Bürgerbeteiligung

Regensburg/Mühlbach (RL). „Wieviel Protest verträgt, wieviel Mitwirkung erfordert die Gemeinschaft?“: Diese Frage will Landrat Herbert Mirbeth nach der Sommerpause bei einer breit angelegten Veranstaltung mit Politikern, Verbandsvertretern und Medienleuten diskutieren.

Dieses Thema, das auch vor einigen Wochen auf der Tagesordnung der jährlichen Bürgermeisterkonferenz in Mühlbach stand, beschäftigt den Landrat schon seit geraumer Zeit. „und nicht erst seit Stuttgart 21“, wie Mirbeth betont. „Es geht nicht darum, der Bürgerbeteiligung Restriktionen aufzuerlegen oder gar Bürgerrechte zu beschränken“, so der Landrat. Vielmehr müsse versucht werden, die Grenzlinie zu definieren, wo das System der Repräsentativen Demokratie, also das Treffen politischer Entscheidungen durch gewählte Volksvertreter, und die Einforderung von Mitwirkung und Mitbeteiligung seitens der Bevölkerung in eine problematische Schnittmenge kämen.

Extremfall

Im Extremfall, so Mirbeth, würde eine Gesellschaft handlungsunfähig, sollte der Wahrnehmung von Einzel- und Gruppeninteressen ein zu hohes Gewicht eingeräumt werden. Mit der Folge, dass Projekte, die unter Umständen schon ausreichend demokratisch legitimiert

seien, verhindert werden können.

Kultur des Respekts

„Dass das Anheften eines Schriftstückes an einer Gemeindefestplatte kein geeignetes Mittel mehr ist, Sachverhalte der Bevölkerung mitzuteilen“, sei unstrittig, so Mirbeth. Es müssten vielmehr zeitgemäße und den veränderten Bedürfnissen der Gesellschaft angepasste Formen von angemessenen Bürgerbeteiligungsmodellen und -mechanismen gefunden werden, ohne dass dadurch das System als Ganzes in Frage gestellt werde.

Die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu Politikberatern zu machen, das sei in der Kommunalpolitik nicht neu, stellt der Landrat fest. Wichtig aber sei, dass nach dem Dialog aus einer Gesamtschau und einer Gesamtverantwortung heraus die Entscheidung erfolge. Dies setze nach seinen Worten aber auch eine „Kultur der gegenseitigen Anerkennung und des gegenseitigen Respekts“ voraus. „Ein spannendes Thema“, so Mirbeth, „über das es sich zu diskutieren lohnt.“ □

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 15. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Garten- und Landschaftsbau, Grünanlagen
- Kommunalfahrzeuge
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorggraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ
SPORT

Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/6905-77 · info@benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

112. VERBANDSTAG DER BAYERISCHEN GENOSSENSCHAFTEN

Genossenschaften in Bayern: Vorsprung durch Bildung

Beim 112. Verbandstag der bayerischen Genossenschaftsorganisation drehte sich alles um das Thema Bildung.



Präsidium und Vorstand des GVB folgen den Ausführungen von Prof. Lenzen (v. li.): Konrad Irtel, Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl, Manfred Nüssel, Rainer Schaidnager und Erhard Gschrey.

Im Internationalen Congress Center der Messe München fand vor zahlreichen Ehrengästen aus Politik, Medien und Wirtschaft der 112. Verbandstag der bayerischen Genossenschaftsorganisation statt. Das diesjährige Motto lautete ›Vorsprung durch Bildung‹. Und so machte der ehrenamtliche Verbandspräsident und Vorsitzender des Verbandsrats, Konrad Irtel, in seiner Begrüßung die Bedeutung von Bildung für die genossenschaftliche Organisation klar.

Für Genossenschaften sei Bildung nichts Neues, betonte Irtel. Schon Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch beschäftigten sich mit dem Thema und hätten das Genossenschaftswesen entsprechend breit aufgestellt. Und dieses Erbe ist bis heute spürbar, wie Irtel mit Zahlen belegte: »Unsere Bildungsanstrengungen sind überdurchschnittlich. Mit 7 Prozent Auszubildendenquote liegen wir deutlich vor unseren Wettbewer-



Verbandstagsredner Dieter Lenzen: »Das deutsche Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert.«

bern. Jedes Jahr nehmen 29.950 Mitarbeiter an 1.400 Seminaren der ABG Gruppe teil – das entspricht 99.500 Seminartagen.«

Der Verbandsratsvorsitzende des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) machte deutlich, dass er in dieser Bildungslandschaft und der Präsenz der Volksbanken und Raiffeisenbanken in der Fläche einen Wettbewerbsvorteil sieht: »Wir sind ein wesentlicher Bestandteil



des ländlichen Raums und überzeugen mit unserem Geschäftsmodell.« Die bayerischen Genossenschaften könnten folglich beim Kampf um junge Talente einige Pfunde in die Waagschale werfen.

GVB-Präsident Stephan Götzl hielt zu Beginn seiner Grundsatzrede kurz inne, um der bayerischen Staatsregierung ausdrücklich für ihre Unterstützung im Kampf um einen Freibetrag bei der Bankenabgabe zu danken: »Das war keine Selbstverständlichkeit. Sich so für das ordnungspolitisch Richtige einzusetzen, verdient Respekt«. Im Anschluss widmete sich der Verbandspräsident dann aber ganz dem Thema ›Vorsprung durch Bildung‹.

Götzl betonte, dass er Bildung als gesamtgesellschaftlichen Auftrag wahrnimmt: »Politik und Privatwirtschaft müssen sich genau überlegen, wie viel ihnen Bildung wert ist und ob ausreichende Maßnahmen ergriffen werden, um Bildungsmissstände frühzeitig zu verhindern.« Es verwies auf den ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy, der sagte: »Es gibt nur eins, was auf die Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.«

Der Verbandspräsident ließ keinen Zweifel daran, dass die Genossenschaftsorganisation im Freistaat diese Verantwortung wahrnimmt: Traditionell sei sie einer der größten Ausbilder in der bayerischen Wirtschaft. »Rund 3.200 junge Menschen haben bei uns derzeit einen Ausbildungsplatz. Jährlich können rund 800 junge Menschen darauf bauen, eine qualifizierte Ausbildung bei genossenschaftlichen Unternehmen zu starten.« Genossenschaften seien

damit ein starker Partner in der bayerischen Ausbildungslandschaft, so Götzl: Sie sorgten dafür, dass jungen Menschen interessante Berufschancen auch außerhalb von Ballungsräumen geboten werden.

Gleichzeitig stellte er jedoch klar, dass es bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von Flexibilität und Mobilität auch bei jungen

das Bildungssystem entschlossen finanziell und strukturell zu unterstützen, damit aus der ersten Dekade einer gelingenden Bildungsreform eine echte Bildungsrepublik erwächst.« Ansonsten würden Verlust von Loyalität und Motivation sowie offener Widerspruch die Folge und zehn Jahre Bildungsreform zunichte gemacht sein.

Amtschef des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, versicherte, dass mit der Mittelschule eine Schulform geschaffen worden sei, die in der Fläche verankert bayernweit bestmöglich ausgebildeten Nachwuchs hervorbringe. Regina Pötke, Geschäftsführerin der Roland Berger Stiftung, mahnte jedoch an, dass Kinder aus prekären Verhältnissen noch deutlich mehr Förderung brauchen, als ihnen die Schule geben kann.



Große Aufmerksamkeit im Plenum: Insgesamt 1.400 Gäste kamen zum 112. Verbandstag.

Menschen Zumutbarkeitsgrenzen gebe. Er appellierte daher ausdrücklich in Richtung Politik, weiterhin ein flächendeckendes Angebot an Berufsschulen zu erhalten. »Denn regionale Ausbildung ist nach wie vor ein Erfolgskonzept. Dies zeigt auch das seit dem Jahr 2005 von der genossenschaftlichen Organisation angebotene Verbundstudium«, so Götzl.

Diesjähriger Festredner war Dieter Lenzen. Der Professor für Erziehungswissenschaft und Präsident der Universität Hamburg gehört zu den erfolgreichsten Hochschulmanagern in Deutschland und ist Mitglied zahlreicher Expertengremien zum Thema Bildung. In seinem Vortrag ging er ausführlich auf die Herausforderungen des deutschen Bildungssystems ein, zu denen der demografische Wandel, die Integration von Migranten und veränderte globale Rahmenbedingungen gehören. Hierbei stellte er klar, dass seit einem Jahrzehnt ein in seiner Geschwindigkeit nie dagewesener Wandel im deutschen Bildungswesen zu beobachten ist: »Das deutsche Bildungssystem hat oft ohne politische oder finanzielle Unterstützung seine Reformfähigkeit unter Beweis gestellt.« Doch nun sei seiner Einschätzung nach die Obergrenze des durch Effizienzsteigerung Möglichen erreicht. »Jetzt ist die Politik an der Reihe,



Diskussionspanel zum Thema Bildung (v. li.): Axel Kehl, Peter Müller, Moderatorin Jeanne Rubner, Dieter Lenzen, Regina Pötke und Randolph Menna.

Sollte die Reform jedoch gelingen, könne am Ende ein Bildungssystem stehen, das nicht mehr allein der Wissensvermittlung dient, sondern auch der Persönlichkeitsentwicklung. Denn seine Erfahrungen – auch mit Blick auf die Finanzkrise – sei, dass Bildung ohne Wissen wirkungslos sei, Wissen ohne Bildung jedoch gefährlich werden könne.

Die anschließende Diskussionsrunde griff Götzls Forderung nach einer flächendeckenden Bildungsinfrastruktur auch in den Regionen wieder auf. Peter Müller, stellvertretender

Axel Kehl, der Vorstandsvorsitzende der Akademie Deutscher Genossenschaften in Montabaur, forderte, sich davon lösen, Bildung vor dem inneren Auge immer auf das Schulhaus zu reduzieren. Hierbei lenkte er den Blick auf die dezentrale Ausrichtung der genossenschaftlichen Bildungseinrichtungen. Zu moderner betrieblicher Weiterbildung gehöre es, in die Unternehmen zu gehen. »Bereits heute ist das deutsche Genossenschaftswesen der größte E-Learning-Anbieter in Europa«, so Kehl.

Die qualitativen Anforderungen an das genossenschaftliche Bildungswesen definierte am Ende der Diskussion Randolph Menna, der

Vorsitzende des GVB-Fachausschusses Bildungswesen: Der große Unterschied zwischen Kapitalgesellschaften und Genossenschaften sei die Wertekultur in den Unternehmen. »Doch Werte entstehen nicht von heute auf morgen – sie müssen weitergegeben werden.« Die genossenschaftlichen Bildungseinrichtungen müssten daher nicht nur Fachwissen vermitteln, sondern auch dieses Wertefundament. Vorsprung durch Bildung, so kann vielleicht auch das Fazit des Verbandstags lauten, bedeutet eben nicht allein ›Vorsprung durch Fachwissen«. ■

BILDUNGSSTANDORT DEUTSCHLAND

Willkommen in der ›Bildungsrepublik‹!

Hochschulmanager und Bildungsforscher Dieter Lenzen spricht über die Stärken und Schwächen des Bildungsstandorts Deutschland

Dieter Lenzen ist Erziehungswissenschaftler und als Präsident der Universität Hamburg einer der profiliertesten Hochschulmanager des Landes. Vor dem GVB-Verbandstag sprach er über die Zukunft der Schul- und Universitätslandschaft, den Bildungsstandort Deutschland und die unterschätzte Bedeutung des ›lebenslangen Lernens‹.

Woran denken Sie, wenn Sie Politiker von der Bildungsrepublik Deutschland reden hören?

Dieter Lenzen: Das ist ein sehr gelungener Marketinggag, der mit Wirklichkeit unterfüttert werden muss.

Wie kann das geschehen?

Das ist ein langer Prozess. Das Ziel muss sein, die Grenzen des Föderalismus in Deutschland zu überwinden und ein einheitliches Schulsystem zu schaffen, das Familien nicht in ihrer Mobilität behindert und bundesweit gleiche Chancen herstellt. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass es Bundesländer gibt, in denen die Schulleistungen zwei Jahre hinter denen anderer Wettbewerber liegen.

Wird dieses neue Schulsystem ein dreigliedriges Schulsystem mit Gymnasium, Real- und Hauptschule?

Das dreigliedrige Schulsystem hat keine Zukunft. Schon die demografische Entwicklung macht es unmöglich, drei Schultypen für eine Alterskohorte anzubieten – zumindest ohne unseren Kindern Schulwege von 100 Kilometern zuzumuten. Hinzu kommt der Umstand, dass abgesehen von Bayern und Baden-Württemberg die Hauptschule zu einer Resteschule geworden ist, auf die keine 6 Prozent der Schüler eines Jahrgangs gehen. Das ist ein großes sozialpolitisches Versagen.

Wenn wir den Ist-Status betrachten: Wie gut sind Deutschlands Schulen und Universitäten im internationalen Vergleich?

Die internationalen Vergleichsstudien – wie

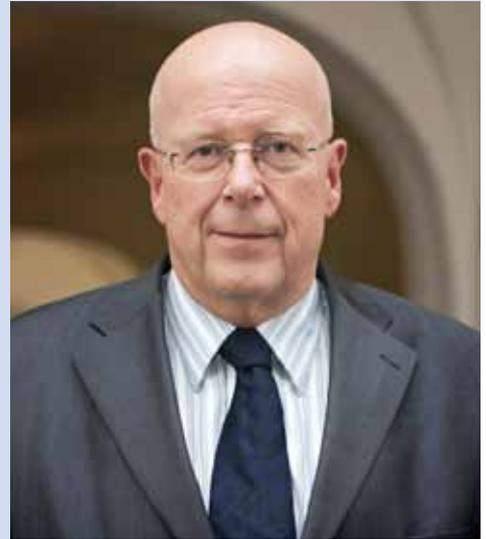
Pisa und Iglu – haben Anfang des Jahrtausends gezeigt, dass das deutsche Schulsystem teilweise im unteren Drittel der Industrieländer anzusiedeln war. Seitdem ist viel geschehen und es geht langsam aufwärts. Bis zum obersten Viertel ist der Weg jedoch noch sehr weit.

Auch die Universitäten in Deutschland belegen in internationalen Vergleichsrangings nur hintere Plätze...

In Deutschland haben wir eine breit aufgestellte staatliche Forschungslandschaft, zu der nicht nur die Hochschulen, sondern auch die Max-Planck-Institute oder die Ressort-Institute der Ministerien gehören. In den USA, die die Rankings anführen, forschen dagegen nur die Universitäten, sodass diese einen höheren Output haben, als es bei uns der Fall ist.

Wie könnten die deutschen Hochschulen besser werden?

Da wäre zum einen das leidige Thema Geld: Die deutschen Hochschulen sind seit Jahren chronisch unterfinanziert. Vielerorts wurden Gelder zusammengestrichen – allein in Hamburg 40 Prozent des Etats in den letzten drei Jahrzehnten. Seit der Bildungsexpansion der 70er Jahre wird an den Hochschulen nur noch gespart. Mit anderen Worten: Die Universitäten werden systematisch in den Burnout getrieben. Zum anderen wäre der Bereich Internationalität zu nennen: Der Bolognaprozess, also die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums, hat die Mobilität von Studenten nicht heraufgesetzt. Auch die Bereitschaft und die Fähigkeit, Unterricht auf Englisch zu geben, ist hierzulande vielerorts noch unterentwickelt. Zuletzt wäre da noch das Thema Autonomie: Eigentlich sollten Universitäten frei sein und sich selbst verwalten. Hier können wir seit Jahren Rückschritte erleben. Einzelne Landesregierungen versuchen wieder, in die Hochschulen reinzuregieren, dabei bräuchte man gerade mehr Autonomie, um wettbewerbsfähig zu sein.



Dieter Lenzen

Von den Menschen verlangt die Politik dagegen mehr Eigenverantwortung in Bildungsfragen, insbesondere bei der Finanzierung. Ist das ein richtiger Weg?

Nein, ganz sicher nicht. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Es gehört zu den großen sozialen Errungenschaften des 19. Jahrhunderts, dass hierzulande ein Bildungssystem existiert, das den sozialen Aufstieg durch das kostenlose Angebot von Bildung ermöglicht. Das kann man jetzt nicht einfach zurückdrehen. Eigenverantwortung heißt aber auch, den Menschen abzuverlangen, einen Teil ihres Bildungswegs selbst zu steuern und sich nicht allein auf den Staat zu verlassen.

Wie wichtig ist Weiterbildung im Prozess des ›lebenslangen Lernens‹?

Weiterbildung spielt leider noch eine zu geringe Rolle. Die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland muss dringend steigen. Es gibt hierzulande eine Weiterbildungsabstinentz – besonders bei Männern. Diese sind häufig nur bereit sich weiterzubilden, wenn Beruf und Karriere in Gefahr sind. Stattdessen brauchen wir eine Kultur, in der die regelmäßige Selbstkontrolle, ob der eigene Bildungsstand noch ausreicht, so selbstverständlich wird, wie der Kontrollgang zum Zahnarzt.

Herr Professor, vielen Dank für das Gespräch. ■

BERUFLICHE FORTBILDUNG

Sicher gebildet

Wie Genossenschaften Bildung leben

Die Zeiten, in denen mit Abschluss einer soliden Berufsausbildung die Lehrjahre vorbei waren, sind Vergangenheit. Um mit dem zunehmenden Wandel im privaten und beruflichen Alltag Schritt halten zu können, ist eine laufende Weiterbildung unerlässlich. Gerade die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt: Viele Bürger sind beispielweise nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Abläufe und Fragen der eigenen Finanzen zu durchschauen. Im schlimmsten Fall stehen sie ihnen gleichgültig gegenüber. Doch Ökonomie ist heute mehr denn je alltägliche, komplexe Lebenswirklichkeit. Umso wichtiger ist es, den Verbrauchern als mündigen Wirtschaftsbürgern eine reflektierte, selbstbestimmte und verantwortungsvolle Teilnahme am Marktgeschehen zu ermöglichen. Bildung bestimmt maßgeblich über den Erfolg des Einzelnen, eines Unternehmens und einer Gesellschaft als Ganzes. Die Genossenschaftsorganisation hat diese grundlegende Bedeutung von Bildung schon früh erkannt.

Bildung als Auftrag

Seit ihrer Gründung vor 160 Jahren ist es das satzungsgemäße Ziel der Genossenschaftsorganisation, ihre Mitglieder vor allem durch ständig weiterentwickelte Bildungsangebote zu fördern. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter der Genossenschaften im Freistaat ist in der Akademie Bayerischer Genossenschaften gebündelt. Dort wird nicht nur Fachwissen vermittelt, sondern auch das genossenschaftliche Wertefundament gefestigt. Sie gewährleistet, dass nicht nur der Kopf, sondern auch das Herz und der Charakter gebildet werden.

Entsprechend versteht die Akademie die Unterstützung der genossenschaftlichen Mitgliedsunternehmen bei der Lehrlingsausbildung als eine ihrer Hauptaufgaben. Rund 3.200 junge Menschen haben derzeit einen Ausbildungsplatz bei bayerischen Genossenschaften. Jährlich werden über 800 neue Ausbildungsplätze angeboten. Ein weiteres Beispiel für bewährte Bildungsmöglichkeiten in der Genossenschaftsorganisation ist das sogenannte ›Verbundstudium‹ – eine Kombinati-



Lorena Zapf, Auszubildende zur Bankkauffrau bei der VR Bank Nürnberg: »Allein die Tatsache, dass es die genossenschaftlichen Bildungszentren überhaupt gibt, finde ich toll. Man kann sich hier in kurzer Zeit viel Wissen aneignen. Das ist zwar sehr fordernd, aber es bringt enorm weiter.«



Johannes Past, Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisenbank München-Nord eG: »Ich halte nicht viel von Pflichtseminaren. Wichtig ist, die Themen im Blick zu haben und sich dann weiter zu informieren, wenn ein Thema wirklich interessant ist und passt.«

on aus Ausbildung zum Bankkaufmann und parallelem Bachelorstudium. Die Bildungseinrichtung gewinnt auf der einen Seite durch den Wissensaustausch mit genossenschaftlichen Unternehmen. Die Verbundstudenten profitieren auf der anderen Seite von einer hochqualitativen und gleichzeitig praxisnahen Ausbildung. Seit dem Start des Verbundstudiums, das seit 2005 von der Akademie angeboten wird, haben sich rund 185 Studenten für diese Ausbildungsvariante entschieden. Inzwischen legen in Bayern jedes Jahr über 40 Nachwuchskräfte mit ihrem Verbundstudium den Grundstein dafür, dass sie später verantwortungsvolle Tätigkeiten in der Genossenschaftsorganisation übernehmen können.

Zeitgemäßes Lernen

Die Akademie Bayerischer Genossenschaften bietet darüber hinaus eine ganze Palette von Qualifizierungsmöglichkeiten an. Das macht sie zu einem wichtigen Bestandteil des dualen Ausbildungssystems in Bayern. Mitarbeiter,

die zielstrebig sind und sich in ihrem Beruf bewährt haben, finden bei der Akademie alle Möglichkeiten. Über verschiedene Module, zunehmend auch über E-Learning, können die Bildungsteilnehmer das nötige Fachwissen zu genau den Themen erwerben und vertiefen, die der Markt aufwirft. Denn die genossenschaftliche Akademie entwickelt ihre Bildungsprogramme nicht am grünen Tisch, sondern im direkten Austausch mit Banken und Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften.

Der genossenschaftliche Bildungsauftrag endet dabei keineswegs bei den eigenen Mitgliedern. Über das Genossenschaftswesen hinaus engagiert sich der Genossenschaftsverband Bayern auch dort, wo jungen Menschen täglich Bildung vermittelt wird: an Schulen und Hochschulen.

So organisiert die Akademie Bayerischer Genossenschaften beispielsweise regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen mit bayerischen Realschullehrern und mit Berufsschullehrern.



Georg Halbritter, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenbank Riedenburg-Lobsing: »Lernen ist wie Rudern gegen den Strom – wenn man aufhört, treibt man zurück! Diese Erfahrung macht man gerade in unserem Beruf als Banker immer wieder. Daher ist die genossenschaftliche Weiterbildung für mich und unser Unternehmen nicht wegzudenken.«

Veronika Klippel, Groß- und Außenhandelskauffrau im Lagerhaus Aßling der Raiffeisenbank Ebersberg: »Für uns ist Weiterbildung wichtig, weil wir schließlich immer über die neuesten Produkte und Methoden auf dem Laufenden sein müssen. Nur so können wir die Kunden richtig beraten. Wenn wir stehen bleiben, kaufen die Kunden woanders ein.«

Auf der Tagesordnung dieser Veranstaltungen stehen neben Wirtschaftsthemen auch Fragen der richtigen Berufsvorbereitung und Berufswahl.

Im Hochschulbereich hat sich der Genossenschaftsverband Bayern zur Förderung des talentierten Nachwuchses der Initiative ›Deutschlandstipendium‹ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung angeschlossen. Das Deutschlandstipendium startet zum Sommersemester 2011 an deutschen Hochschulen. Es fördert mit 300 Euro monatlich Studierende, deren Werdegang herausragende Leistungen in Studium und Beruf erwarten lässt. Dabei wird die eine Hälfte des Stipendiums von privaten Stiftern, die andere Hälfte vom Bund gezahlt. Mit seinem Engagement unterstützt der GVB Stipendiaten zum Beispiel aus den Bereichen Bankbetriebswirtschaft und Wirtschaftsprüfung

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die beste Voraussetzung für solides und vertrauens-

volles Wirtschaften. Deshalb tragen auch die GVB-Vorstände selbst als Lehrbeauftragte am Lehrstuhl für Industriebetriebslehre der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie an der Universität Bayreuth aktiv dazu bei, dass genossenschaftliche Inhalte und Werte bei jungen Leuten Eingang finden.

Nah an den Studenten und möglichen Fachkräften von morgen ist die genossenschaftliche ABG Akademie auch mit ihrem Studentenförderprogramm VR KarriereStart. Unter dem Motto ›Vom Hörsaal in die Bank‹ – bereitet die Akademie Studenten auf den Berufseinstieg vor. Interessierte können sich bewerben und werden dann über ein Assessmentcenter für das Programm ausgewählt. Über den Besuch von Hochschulmessen, beispielsweise der Fachhochschulen Aschaffenburg, Würzburg, Ingolstadt sowie der Universität Bayreuth, stellt der Genossenschaftsverband Bayern zudem laufend den Kontakt zu Unternehmen, Professoren und Studenten her.

Lernen: Jederzeit

Wie hoch Weiterbildung bei den bayerischen Genossenschaften im Kurs steht, zeigen die Zahlen aus dem vergangenen Jahr: Insgesamt 29.949 Teilnehmer nutzten 2010 das Fortbildungsangebot des Genossenschaftsverbands Bayern und seiner Akademie. Sie besuchten dabei 1.893 Seminare an insgesamt 99.540 Teilnehmertagen. Der Begriff des lebenslangen Lernens hat in der Genossenschaftsorganisation damit seine ganz eigene Bedeutung. Er ist nicht nur Programm, sondern grundlegende Antriebsfeder seit der Gründung der ersten Genossenschaften. Der Bildungsalltag in den genossenschaftlichen Fortbildungszentren zeigt dabei nicht nur, wie groß die Bandbreite der Themen und die Interessenlagen der Teilnehmer sind. Ein Blick in den Bildungsbetrieb offenbart auch: Genossenschaftliche Bildung wird gelebt und in die Region getragen. Täglich, selbstverständlich und ein Genossenschaftsleben lang. ■

BAYERN UND SEINE GENOSSENSCHAFTEN

Zahlen und Fakten

Was Genossenschaften im Freistaat leisten



1.162

genossenschaftliche Unternehmen gibt es in Bayern. Darunter sind 300 Volksbanken und Raiffeisenbanken, 566 Raiffeisen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften und genossenschaftliche Unternehmen, 242 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie 54 weitere Unternehmen und Zentralen.



11,67

Milliarden Euro Gesamtumsatz inkl. Vermittlungsumsätze erwirtschafteten die ländlichen und gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in Bayern im Jahr 2010.



35

Branchen in Bayern werden von genossenschaftlichen Unternehmen geprägt. Zusammen bilden die verschiedenen Unternehmen ein Netzwerk aus Produzenten, Zulieferern und Dienstleistern.

53.300

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Arbeitnehmer bei genossenschaftlichen Unternehmen, davon 3.161 Auszubildende.



2,67

Millionen Bürger sind Mitglied einer Genossenschaft, das ist jeder vierte erwachsene Einwohner Bayerns.



Genossenschaften Bayern

21

Genossenschaftsmolkereien gibt es in Bayern. Allein die zehn größten Betriebe erfassen dabei die Hälfte der bayerischen Milch.



25

Genossenschaften arbeiten im Gesundheitsbereich: z. B. zur Bündelung administrativer Aufgaben und medizinischer Leistungen oder im Bereich der Notfallversorgung.



94

Energiegenossenschaften, darunter 30 Neugründungen, bieten Versorgungssicherheit und machen unabhängig von Heizöl und fossilen Energieträgern.



8

Winzergenossenschaften sorgen für bayerischen Qualitätswein. Jede dritte Flasche Frankenwein stammt aus genossenschaftlicher Produktion.



54

neue Genossenschaften wurden im Jahr 2010 im Genossenschaftsregister eingetragen.



5.698

Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder engagieren sich ehrenamtlich für genossenschaftliche Unternehmen.



ORGANISATIONSFORM

Innovativ und nachhaltig

Wie Genossenschaften Zukunft gestalten

Seit 160 Jahren bündeln Menschen ihre Kräfte in Genossenschaften, um Ressourcen besser nutzen zu können und ihre Zukunft zu sichern. Die Perspektive der Unternehmensform Genossenschaft ist seit jeher langfristig und generationenübergreifend angelegt. Jede Phase der wirtschaftlichen Entwicklung brachte ihre eigenen genossenschaftlichen Unternehmen hervor: Kredit- und Handwerks-genossenschaften in einer ersten Gründungswelle Ende des 19. Jahrhunderts, ländliche Genossenschaften zur Professionalisierung der Landwirtschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Im späten 20. Jahrhundert wurde die Rechtsform Genossenschaft durch ihre Flexibilität für Dienstleister und die IT-Branche sowie für Energieerzeuger attraktiv. Derzeit boomt die Genossenschaft als Gründungsmodell insbesondere in den Bereichen der regenerativen Energien und im Gesundheitssektor.

Mit ihrer kontinuierlichen Erfolgsgeschichte und der Integration von ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen tragen die Genossenschaften maßgeblich dazu bei, dass die Lebenschancen heutiger und zukünftiger Generationen gewahrt werden. 2,67 Millionen Bayern engagieren sich in 1.162 genossenschaftlichen Unternehmen. Die bayerischen Genossenschaften bieten 53.300 Menschen einen Arbeitsplatz im Freistaat. Die Wirtschaftskraft und der wirtschaft-

liche Erfolg der bayerischen Genossenschaften sind dabei beständig und tief in den ländlichen Räumen verwurzelt.

Ein Blick auf die Altersstruktur der genossenschaftlichen Unternehmen in Bayern zeigt: Über die Hälfte der GVB-Mitgliedsgenossenschaften sind 75 Jahre oder älter. Sie bringen ihren Mitgliedern seit vielen Jahrzehnten beständigen Nutzen. Ein weiteres Viertel der Genossenschaften ist zwischen 25 und 50 Jahre tätig. Für die ungebrochene Attraktivität der Unternehmensform spricht, dass fast ein Viertel der GVB-Mitgliedsgenossenschaften 25 Jahre oder jünger ist. 12 Prozent sind sogar weniger als fünf Jahre alt. Im Jahr 2010 konnten bayernweit 54 Neugründungen verzeichnet werden. Damit wurde die Gründungsrekordmarke des Vorjahrs nochmals übertroffen.

Als mittelständische Unternehmen erhalten Genossenschaften die Wirtschaftskraft vor Ort. Kurze Wege ermöglichen Geschäftsentscheidungen, die auf persönlichem Kontakt und Verantwortungsgefühl für die Heimat basieren. Insbesondere in den Branchen, in denen neu gegründete Genossenschaften Dienstleistungen anbieten, profitieren die örtliche Bevölkerung und die Unternehmen vom wirtschaftlichen Impuls der Genossenschaften.

Medizinischer Bereich wächst weiter

Als stark wachsende Bereiche kristallisieren sich mit dem Gesundheits- und dem Energie-

sektor zwei Zukunftsbranchen innerhalb der Genossenschaftsorganisation heraus. Noch bis vor Kurzem waren Genossenschaften im Medizinbereich eine große Unbekannte. Inzwischen haben Ärzte, Apotheker und andere Heilberufe die Rechtsform der Genossenschaft für sich entdeckt. Mit drei weiteren Neugründungen im Jahr 2010 stieg die Zahl der Genossenschaften im Gesundheitsbereich auf 25 und die Anzahl der Mitglieder damit auf mehr als 13.500. Da Einzelkämpfer es im Medizinbereich zunehmend schwer haben, schließen sich kommunale Krankenhäuser und Arztpraxen vermehrt in Kooperationen zusammen. Gemeinsam wollen die so entstehenden Gesundheitszentren Synergien nutzen, ihre Angebote verbessern und ihre Marktposition stärken. Die Genossenschaft ermöglicht hier, Eigenständigkeit und unternehmerischen Freiraum zu erhalten und dennoch von einem starken Netzwerk zu profitieren.

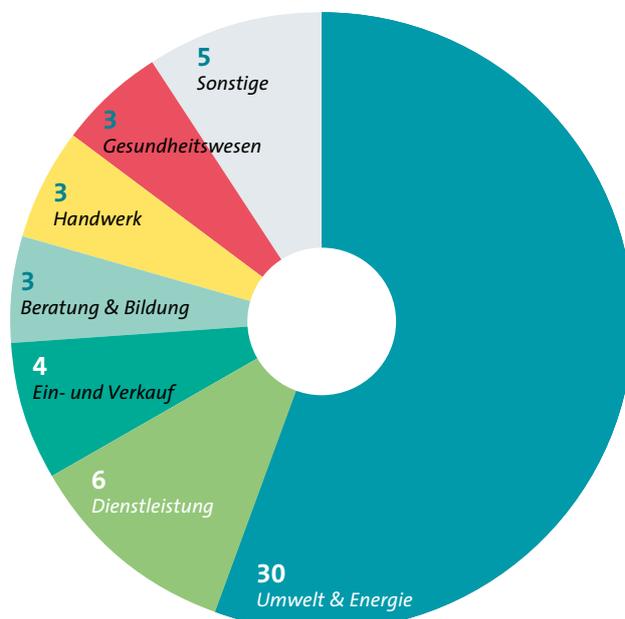
Energiesektor gewinnt an Bedeutung

Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen gewinnt in Bayern immer mehr an Bedeutung. Neu gegründete Nahwärme-genossenschaften, die oft von Bürgern initiiert werden, nutzen Solarenergie, Biomasse und Wasserkraft zur Versorgung der Region. Mit dem Anbau von Rohstoffen, dem Holzeinkauf, der Hackschnitzelproduktion vor Ort und generell der heimatnahen Wertschöpfung stärken die neuen Genossenschaften nicht nur regionale Wirtschaftskreisläufe, sondern machen auch dauerhaft unabhängig von fossilen Brennstoffen. Von den bayerischen Energiegenossenschaften werden derzeit 12.900 Megawatt Strom regenerativ erzeugt, und das mit steigender Tendenz. Die Branche zeigte im vergangenen Jahr eine kräftige Gründungsdynamik. Mit 30 Genossenschaften entfielen mehr als die Hälfte der Neugründungen auf diesen Bereich. Insgesamt arbeiten derzeit im Freistaat 100 Genossenschaften im Bereich Energie und Umwelt.

Die Beispiele der Wachstumsbranchen Energie und Umwelt sowie Gesundheit zeigen deutlich: Genossenschaften sind eine Reaktion auf die Erfordernisse ihrer Zeit. Mit ihnen lässt sich die Zukunft flexibel und nachhaltig gestalten. ■

54 neu gegründete Genossenschaften im Jahr 2010

Der Trend zur Genossenschaft hält an. Genossenschaftsgründungen gab es 2010 in allen Regionen Bayerns. Wachstumsfelder sind insbesondere die Bereiche Energie, Gesundheit und kommunale Zusammenarbeit.



siehe auch Kasten Seite 9

Gründungsberatung von A bis Z

Wann ist die eG die richtige Rechtsform? Welche rechtlichen und steuerlichen Vorteile bietet sie? Welche Gründungsschritte führen zur eingetragenen Genossenschaft?

Die Ansprechpartner des Genossenschaftsverbands Bayern e.V. (GVB) bieten eine umfassende Begleitung des Gründungsprozesses und stehen jederzeit gerne beratend und unterstützend zur Seite:

Wolfdieter von Trotha

Türkenstraße 22-24, 80333 München

Telefon: (089) 28 68 35 62

Telefax: (089) 28 68 35 75

E-Mail: gruendungsberatung@gv-bayern.de

Oberbayern:

Anton Kandler

Türkenstraße 22-24, 80333 München

Telefon: (089) 28 68 38 90

Telefax: (089) 28 68 38 92

E-Mail: akandler@gv-bayern.de

Ober-, Mittel- und Unterfranken:

Friedrich-Anton Blaser

Roland Streng

Ludwigstraße 6, 97070 Würzburg

Telefon: (0931) 50 113

Telefax: (0931) 50 114

E-Mail: fblaser@gv-bayern.de

rstreng@gv-bayern.de

Oberpfalz und Niederbayern:

Gerhard Hornauer

Dreikronengasse 2, 93047 Regensburg

Telefon: (0941) 54 082

Telefax: (0941) 56 28 28

E-Mail: ghornauer@gv-bayern.de

Schwaben:

Peter Ferner

Maximilianstraße 11, 86150 Augsburg

Telefon: (0821) 35 005

Telefax: (0821) 15 92 98

E-Mail: pferner@gv-bayern.de

ENERGIEVERSORGUNG

Mit der eG die Wende schaffen

Wie Bürger und Kommunen die Energiegewinnung selbst in die Hand nehmen können

Die Bundesregierung hat ihre energiepolitischen Ziele einer sicheren, bezahlbaren und umweltverträglichen Energieversorgung festgelegt. Sie sollen mit einem Ausbau von erneuerbaren Energieformen wie der Wasserkraft, Wind-, Bio- und Solarenergie sowie der Tiefengeothermie erreicht werden. Dabei soll der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kontinuierlich erhöht werden und bis 2020 auf mindestens 35 Prozent steigen. Auch die Bayerische Staatsregierung hat auf Landesebene für die Umsetzung der Energieziele bis 2020 konkrete Zahlen festgelegt. Dazu zählt die Deckung des Stromverbrauchs durch Photovoltaik mit über 16 Prozent, durch Windenergie und Biomasse mit jeweils 10 Prozent.

Die Forderung der Politik nach einer Energiewende führt dazu, dass neue Wege bei der Gestaltung der Energieerzeugung beschritten werden müssen. Eine flächendeckende

Nutzung regenerativer Energiequellen ist nur über eine dezentrale Energieerzeugung und -versorgung möglich, also über die Abkehr von großen zentralen Anlagen und die Hinwendung zu kleineren dezentralen Erzeugungseinheiten. Die Ressourcen aus der Region können für die regionale Energieproduktion und somit für eine nachhaltige Regionalentwicklung genutzt werden. Eine dezentrale Energieversorgung bietet zudem den wirtschaftlichen Vorteil, dass durch die Nutzung der regionalen Energiequellen die Wertschöpfung und die Wirtschaftskraft in der Region bleiben.

Die Genossenschaft ist die ideale Unternehmensform zur Organisation dezentraler Energieversorgung. Sie bietet Landwirten, Bürgern und Kommunen eine bewährte, praktikable und demokratische Rechtsform. Sie schafft stabile Rahmenbedingungen, um regional eigenverantwortliche und aktive Beiträge zur Energiesicherung und dem Erhalt von Lebens-

qualität zu ermöglichen. Die Genossenschaft gewährleistet eine echte Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der Energieversorgung, denn die Bürger sind in der Genossenschaft nicht nur Mitglied, sondern auch gleichzeitig Eigentümer und Nutzer der Leistungen.

Dezentrale Energieerzeugung für Genossenschaften längst Tradition

Bereits Anfang des letzten Jahrhunderts fand ein Umbruch in der Energieerzeugung und -versorgung in Bayern statt. Vorwiegend an den Wasserläufen gründeten sich eine Vielzahl von Elektrizitätsgenossenschaften. Die Genossenschaften waren ein zentraler Bestandteil der Elektrifizierung und somit wichtige Träger der Entwicklung des ländlichen Raums in Bayern. Damals wie heute sehen insbesondere die kommunalen Vertreter die Notwendigkeit, die Wertschöpfung in der Region zu halten oder neu zu schaffen. Das Modell der Energiegenossenschaft bietet sich hier in besonderer Weise an. Insbesondere die Zusammenarbeit

Fortsetzung Seite 10



Fortsetzung von Seite 9: Mit der eG die Wende schaffen

der Kommune mit der Genossenschaftsbank vor Ort hat sich dabei als eine schlagkräftige Variante der Genossenschaftsgründung herausgestellt.

100 Energiegenossenschaften gibt es heute in Bayern, 68 davon wurden in den letzten fünf Jahren gegründet. Insbesondere bei den Photovoltaik- und Wärmeversorgungs-genossenschaften ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Bayern nimmt bereits heute bei der Nutzung von Solarenergie und Biomasse im Bundesvergleich eine führende Rolle ein. Die vorhandenen Potenziale von Sonne, Biomasse und Wind sind dennoch bei Weitem nicht ausgeschöpft. Sie bieten sich besonders für eine dezentrale Energieversorgung an, da die Energie in Form von Strom oder Wärme direkt dort erzeugt wird, wo sie an den Verbraucher weitergeleitet und verwertet wird.

Die Genossenschaft ermöglicht es, durch Bürgerbeteiligung Kräfte zu bündeln, Identifikation zu schaffen und Hemmnisse abzubauen. Als Rechtsform ist sie ein Zusammenschluss



Windkraftanlage in der Oberpfalz: Beteiligungsobjekt der Jurenergie eG.

von natürlichen (Bürgern) oder juristischen Personen (Kommunen oder Unternehmen), die sich gemeinsam unternehmerisch betätigen. Mit nur drei Mindestmitgliedern ist sie einfach zu gründen und auch Ein- und Austritt sind problemlos möglich; die Mitgliederzahl ist nicht begrenzt. Unabhängig von der Kapitalbeteiligung hat jedes Mitglied eine Stimme. Die Haftung der Mitglieder ist lediglich auf die Geschäftsanteile begrenzt. Der einfache Aufbau (Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung) sowie die demokratischen Spielregeln

machen die Genossenschaft zu einer transparenten Unternehmensform.

Die Gründung einer Genossenschaft vollzieht sich in sechs Schritten. Die Gründungsberater des Genossenschaftsverbands Bayern unterstützen jeden einzelnen davon und begleiten den Gründungsprozess von der Idee einer Energiegenossenschaft bis zur Aufnahme des Geschäftsbetriebs. Hand in Hand wird Kooperation so zu einem echten Zukunftsmodell. ■

GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Spendenaktion ›Aller Ehren wert!‹

Der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Prof. Dr. h. c. Stephan Götzl zur Spendenaktion der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken 2011.

›Aller Ehren wert!‹ – unter diesem Motto steht die diesjährige Spendenaktion der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Welche Philosophie steckt dahinter?

Stephan Götzl: Die EU-Kommission hat 2011 zum Jahr der Freiwilligentätigkeit ausgerufen. Sie möchte damit die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Helfer honorieren, deren Leistung stärker anerkennen und die Öffentlichkeit über die Bedeutung des Ehrenamts aufklären. Das Gedenkjahr haben wir zum Anlass genommen, um bürgerschaftliches Engagement in den Mittelpunkt unserer diesjährigen Spendenaktion zu stellen. Dafür nehmen wir insgesamt 10 x 10.000 Euro in die Hand. Denn zu helfen, wenn andere Hilfe brauchen, ist ›aller Ehren wert!‹.

Welche Bedeutung hat bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt für die heutige Gesellschaft?

Unsere Gesellschaft braucht Bürger, die sich engagieren: Egal, ob Menschen unentgeltlich in der Altenpflege tätig sind, sich für Kinder stark machen oder in ihrer Freizeit politisch aktiv sind: Mehr als 3,8 Millionen Bürger in Bayern setzen sich für das Gemeinwohl ein. Sie sind damit eine unverzichtbare Größe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne die vielen freiwilligen Helfer wäre unsere Gesellschaft ein ganzes Stück ärmer. Ihre Leistung verdient deshalb Anerkennung.

Weshalb ist es wichtig, dass auch Unternehmen wie die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sich sozial engagieren?

Für ein vertrauensvolles Miteinander und eine lebendige Gesellschaft müssen alle mithelfen: Der Einzelne, die Gemeinden und Städte, die Vereine, aber auch die Wirtschaft. Und die Genossenschaftsbanken nehmen ihre gesellschaft-



liche Verpflichtung sehr ernst: Seit 160 Jahren sind sie in den Regionen verwurzelt, kümmern sich um die Menschen vor Ort, fördern Vereine und gemeinnützige Einrichtungen in ihrem Geschäftsgebiet und unterstützen so den Dienst am Nächsten. Gemäß dem genossenschaftlichen Grundsatz ›Hilfe zur Selbsthilfe‹ übernehmen sie damit soziale Verantwortung in Bayern und leisten einen aktiven Beitrag für ein intaktes Gemeinwesen.

Nähere Informationen zur Spendenaktion ›Aller Ehren wert!‹ der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken im Internet unter www.aller-ehren-wert.info oder auf Facebook unter www.facebook.com/allerehrenwert ■

Genossenschaft: Ein Gewinn für alle

Das Internationale Jahr der Genossenschaften unterstreicht die weltweite Bedeutung der Unternehmensform.

Das kommende Jahr hat einiges an Großereignissen zu bieten: Die Fußball-europameisterschaft in Polen und der Ukraine, die Olympischen Sommerspiele in London und die Präsidentschaftswahl in den USA.

Und auch Genossenschaften werden 2012 prägen. Denn die Vereinten Nationen haben es zum Internationalen Jahr der Genossenschaften gemacht. Mit der Deklaration soll die weltweite Bedeutung von Genossenschaften für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hervorgehoben werden.

Was vor 160 Jahren in Deutschland seinen Ursprung hatte, ist mittlerweile zum globalen Erfolgsmodell geworden. Denn Genossenschaften bieten Antworten auf die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie sind dort aktiv, wo Märkte versagen, Gleichgesinnte sich selbst helfen und Marktwirtschaft organisieren. Nach Angaben der UNO gibt es weltweit 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder in über 100 Ländern; mehr als 100 Millionen Arbeitsplätze werden von Genossenschaften bereitgestellt. Dabei sind allein in Bayern 2,67 Millionen Bürger Mitglieder in insgesamt 1.162 Genossenschaften. Das ist jeder vierte erwachsene Einwohner des Freistaats.

Die ländlichen, gewerblichen und Kreditgenossenschaften stabilisieren lokale Wirtschaftskreisläufe, weil sie tief vor Ort verwurzelt sind. Sie fördern die Interessen ihrer Mitglieder und sind wichtige Arbeitgeber in ihrem Geschäftsgebiet. Für Genossenschaften ist es gelebte Tradition, Verantwortung in der Region zu

übernehmen. Ihr Wirken und ihre Leistungskraft im Kleinen macht sie zusammengenommen zu einem unersetzlichen Wirtschaftsfaktor und Stabilisator der Volkswirtschaft. In der genossenschaftlichen Zusammenarbeit

tausch der Genossenschaften untereinander zu fördern und Neugründungen anzustoßen. Die Genossenschaft als moderne Rechtsform, ihr Grundsatz: ›Hilfe zur Selbsthilfe‹ und ihr nachhaltiges Geschäftsmodell werden dabei ebenso im Mittelpunkt stehen wie ihre Bedeutung für den ländlichen Raum und eine zukunftsorientierte Bürgergesellschaft.



Welche wichtige Rolle die Genossenschaften in den ländlichen Regionen einnehmen, hat man in Bayern längst erkannt. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer bringt es auf den Punkt: »Nachhaltig, regional, erfolgreich – Genossenschaften sind seit mehr als 150 Jahren ein Wachstumsmotor im ländlichen Raum Bayerns, ob als bedeutender Arbeitgeber oder als Garant für die flächendeckende Versorgung mit

Finanzdienstleistungen. Mehr noch: Genossenschaften gehören zum ›gesellschaftlichen Kitt‹ Bayerns. Sie praktizieren das, was die Soziale Marktwirtschaft im Erhardschen Sinne ausmacht: Unternehmergeist und Hilfe zur Selbsthilfe. Dieses Potenzial für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung in ganz Bayern gilt es auch in Zukunft zu nutzen.« ■

liegen aber auch Antworten auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunftsfragen, etwa die bürgernahe Verbreitung erneuerbarer Energien, die Unterstützung bei der kommunalen Daseinsvorsorge, die Nahversorgung mit Lebensmitteln in ländlichen Regionen oder die Förderung von Selbständigen und Freiberuflern in einem zunehmend internationalen Wettbewerb.

Genossenschaften leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag für ein solidarisches Miteinander: Allein die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben im vergangenen Jahr über 14 Millionen Euro für wohltätige Zwecke gespendet. Das zeigt: Genossenschaften nehmen ihre soziale Verpflichtung ernst. Mit dem Gedenkjahr bieten die Vereinten Nationen eine Plattform, um die breite Öffentlichkeit über die Vorteile der Unternehmensform zu informieren, die Vernetzung und den Aus-

Finanzdienstleistungen. Mehr noch: Genossenschaften gehören zum ›gesellschaftlichen Kitt‹ Bayerns. Sie praktizieren das, was die Soziale Marktwirtschaft im Erhardschen Sinne ausmacht: Unternehmergeist und Hilfe zur Selbsthilfe. Dieses Potenzial für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung in ganz Bayern gilt es auch in Zukunft zu nutzen.« ■

**BAYERISCHE
Gemeindezeitung**

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung

Herausgeber: Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Türkenstraße 22-24, 80333 München

Telefon (089) 2868-3412, Telefax (089) 2868-3405

E-Mail: Kontakt@gv-bayern.de

Verantwortlich: Dr. Jürgen Gros

Redaktion: Regina Wenninger, Susanne Drexl

Satz und Layout: Grafik Design Lang

Bildnachweis: panthermedia (S. 6,7),

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Druck: Creo Druck, Gutenbergstraße 1, 96050 Bamberg



Im FinanzVerbund der
Volksbanken Raiffeisenbanken

Weil Gesundheit zählt: Meine SDK

Anni Friesinger



sdk.de

Nichts ist wichtiger als Gesundheit

Sind Sie der Meinung wie unsere Markenbotschafterin Anni Friesinger?
Dann können wir viel für Sie und alle, die Ihnen nahe stehen, tun.
Wir versichern Menschen - kompetent und zuverlässig.

**Informationen zu unseren leistungsstarken Voll- und Zusatzversicherungen
gibt's bei den Volksbanken Raiffeisenbanken oder unter 01801/5778-68*.**

Wir versichern Menschen



* Die Kosten betragen für Anrufe aus dem Festnetz der Deutschen Telekom 0,039 EUR/Min., für Anrufe aus dem Mobilfunk max. 0,42 EUR/Min.

LKC KOMMUNALFORUM 2011

in Kooperation mit der
Landesgruppe Bayern im VKU e.V.

mit Innenminister Joachim Herrmann u.a.



Mittwoch, 12. Oktober 2011 | Bürgerhaus Pullach

Kommunalwirtschaft:
EU-Beihilferecht
und
Besteuerung der öffentlichen Hand



Veranstalter

LKC Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Prinzregentenstraße 22 | 80538 München
Tel. 089 2324169-10 | Fax 089 2324169-20 | www.lkc.de
www.lkc.de/kommunalforum

in Kooperation mit dem

**Verband kommunaler Unternehmen e.V.,
Landesgruppe Bayern**

Ansprechpartner | Organisation

Dr. Stefan Detig | LKC
Teresa Dickhöver | LKC
Telefon Tagungsbüro **089 546701-44**

Anmeldung

per Fax **089 546701-40** oder E-Mail an
teresa.dickhoever@lkc.de
Letzter Anmeldetermin ist der 28.09.2011

Teilnahmegebühr (pro Person)

70 € zzgl. USt für Mitglieder des VKU
80 € zzgl. USt für Vertreter von Kommunen
160 € zzgl. USt für Privatpersonen und Vertreter sonstiger
Unternehmen

Der Preis schließt Tagungsunterlagen, einen Mittagsimbiss
und Erfrischungsgetränke ein.

Die Anmeldung ist verbindlich. Im Falle einer Stornierung kann
die Gebühr nicht erstattet werden.

Anfahrtsplan (Pkw | S-Bahn S7)

unter www.buergerhaus-pullach.de

Behörde | Kanzlei | Firma _____

Name | Vorname _____

Position | Funktion _____

Adresse _____

Telefon _____

Datum _____

Verbandsmitglied _____

nein
 ja, beim VKU

Mitgliedsnummer _____

Fax _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Anmeldung LKC KommunalForum 2011
Mittwoch, 12.10.2011 | Bürgerhaus Pullach

per Fax **089 546701-40**
(Frau Dickhöver)



Mittwoch, 12.10.2011

Bürgerhaus Pullach

Heilmannstr. 2 | 82049 Pullach
www.buergerhaus-pullach.de

Die Kanzleigruppe LKC und die Landesgruppe Bayern im Verband kommunaler Unternehmen laden Sie sehr herzlich zum **LKC KommunalForum 2011** ein.

Das **EU-Beihilferecht** stellt die Kommunen und ihre Unternehmen zunehmend vor größere Herausforderungen und Haftungsrisiken. Die neuere Rechtsprechung und die Entscheidungen der EU-Kommission werden ebenso ein Schwerpunkt der Vorträge sein, wie die Gestaltungsmöglichkeiten in der täglichen Praxis.

Ergänzend ist die **Besteuerung der öffentlichen Hand** auch dieses Jahr ein weiteres Kernthema des LKC KommunalForums. Aktuelle Probleme und deren Lösungsansätze werden verständlich vorgetragen und mit den Teilnehmern diskutiert.

Ihr Nutzen:

- Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen des EU-Beihilferechts und der Besteuerung der öffentlichen Hand
- Hochkarätige Referenten aus Ministerien, Beratung und VKU
- Kompakte Wissensvermittlung aus unterschiedlichen Perspektiven an nur einem Tag
- Tagungsordner als Arbeitshilfe und Nachschlagewerk
- Lockere Atmosphäre

Das jährlich veranstaltete LKC KommunalForum richtet sich an (Ober-) Bürgermeister, Kämmerer sowie Geschäftsführer und Vorstände kommunaler Unternehmen.

Programm

9.30 **Check-In der Teilnehmer**

10.00 **Begrüßung**

Dr. Franz-Stephan v. Gronau | Dipl.-Kfm., Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner, LKC

Kurz-Referate

Moderation: Dr. Stefan Detig, M.B.A. | Rechtsanwalt, Altbürgermeister, Partner, LKC

1. EU-Beihilferecht

einschließlich fachlicher Diskussion

mit **Joachim Herrmann | Bayerischer Staatsminister des Innern**

Einführung in das EU-Beihilferecht - Zuschüsse und Bürgschaften für Unternehmen und Vereine

Dr. Stefan Detig, M.B.A. | Rechtsanwalt, Partner, LKC

Praxisrelevante Einzelaspekte des EU-Beihilferechts

Claudia Vilgertshofer | Oberregierungsrätin, Bayerisches Staatsministerium des Innern

Reform des Monti-Pakets nach den ersten Äußerungen der EU-Kommission

Dr. Klaus-Hannes Schäch | Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Umsatzsteuerpflicht von Zuschüssen und Verlustausgleichszahlungen

Andrea Nast-Kolb | Steuerberaterin, Partnerin, LKC

EU-Beihilferecht in der Jahresabschlussprüfung IDW PS 700 v. 23.06.2010

Dr. Franz-Stephan v. Gronau | Dipl.-Kfm., Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner, LKC

12.30 **Imbiss**

13.30 **Fortsetzung einschließlich Kaffeepause**

2. Besteuerung der öffentlichen Hand

Contracting-Gestaltungen im Bereich der öffentlichen Hand

Erich Pinkos | Referent im Körperschaft- und Gewerbesteuerreferat, Bundesfinanzministerium, Berlin

Steuerliche Fallstricke beim Vermögensübergang auf ein Kommunalunternehmen

Dr. Stephan Salzmann | Dipl.-Kfm., Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner, LKC

Begründung von Betrieben gewerblicher Art durch Kooperation zwischen mehreren Gemeinden

Erich Pinkos | Referent im Körperschaft- und Gewerbesteuerreferat, Bundesfinanzministerium, Berlin

Antworten auf aktuelle Fragen des Energiesteuerrechts

Dr. Susanne Weber | Rechtsanwältin, Stellvertretende Bereichsleiterin, Bereich Finanzen und Steuern, Verband kommunaler Unternehmen e. V., Berlin

Bewertung von Unternehmen im Rahmen der Besteuerung der öffentlichen Hand

Dr. Robert Konold | Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner, LKC

ca.
16.00 **Veranstaltungsende**

LKC Wirtschaftsprüfer
Rechtsanwälte
Steuerberater

VKU Verband kommunaler
Unternehmen e.V.
Landesgruppe Bayern

BAVERISCHE
GemeindeZeitung